Dienstag, 21. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE  WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 141 - 25.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf.10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Länder fordern 2,5 Milliarden als Ausgleich

HH. Bonn

Noch bevor das Bundeskabinett am 29. Juni den Haushaltsentwurf 1984 mit Begleitgesetzen verabschieden wird, haben die Länder für die zu erwartenden Steuerausfälle Ausgleichszahlungen bis zu 2,5 Milliarden Mark jährlich gefordert. Hierüber ist es gestern zu einem ersten Gespräch zwischen Bundesfinanzminister Stoltenberg sowie den Ministerpräsidenten Börner und Späth und den Finanzministern Posser und Streibl gekommen. Ihre vier Länder nehmen in der eingerichteten Verhandlungskommission „Neuverteilung der Umsatzsteuer" die Interessen der Länder wahr (Die WELT vom 15. Juni). Sie veranschlagen die Einnahmeausfälle für die Länder durch das Steuerentlastungsgesetz für 1984 bis 1987 auf Beträge zwischen 1,6 Milliarden und 2,5 Milliarden Mark und fordern bis zu zwei Prozentpunkte in der Mehrwertsteuerverteilung. Derzeit beträgt der Länderanteil 33,5 Prozent. Bonn will dagegen nur die Verluste ausgleichen, die „im Ergebnis verbleiben", also auch Ausgabenminderungen (darunter die Besoldungsrunde im öffentlichen Dienst) gegenrechnen. Vor dem 29. Juni soll es noch zu einem weiteren Gespräch kommen.

„Verkürzung der Arbeitszeit löst keine Probleme"

dpa, Hamburg

Gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit hat sich der Leiter des Hamburger Wirtschaftsforschungsinstituts (HWWA), Professor Armin Gutowski, ausgesprochen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich führe zu einer nur geringen Verminderung der Arbeitslosigkeit. Zudem koste sie mehr, als ihre Verfechter glauben machen wollten. Wie Gutowski gestern in einer Pressemitteilung des Instituts erklärte, würde es durch die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Umverteilung von Arbeitslosigkeit kommen, auch wenn ihr der Deckmantel einer gerechteren Verteilung der Arbeit umgehängt werde. Die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten müßten nach Ansicht Gutowskis erheblich mehr zurückgehen, als es dem Rückgang der Arbeitszeit entspreche. Darüber hinaus würden die steuerlichen Mindereinnahmen als Folge der Arbeitslosigkeit, die jetzt noch als zeitweilige Erscheinung gelten, dann auf Dauer festgeschrieben. Insofern erhöhe also eine Arbeitszeitverkürzung das strukturelle Staatsdefizit, das früher oder später konsolidiert werden müsse. Dazu aber müßten dann wieder die Steuern zusätzlich erhöht werden.

ZITAT DES TAGES

„Nach dieser Konferenz mit zum Teil harten Auseinandersetzungen gibt es keine Sieger und auch keine Besiegten, sondern eine Chance für Europa."

Bundeskanzler Helmut Kohl in der „Bild"-Zeitung zu der Situation nach dem Stuttgarter EG-Gipfel. (Seite 4)
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

EG-Präsident lobt Kohl

dpa, Köln

Der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, hat die deutsche Verhandlungsführung beim EG-Gipfeltreffen in Stuttgart gelobt. Nach dramatischen Momenten, sagte Thorn gestern im Deutschlandfunk, sei die Konferenz besonders dank des Einsatzes von Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher gerettet worden. Wenn Kohl nicht gewesen wäre, wäre alles zusammengebrochen, meinte Thorn weiter. Zu der Rückzahlung von rund 1,7 Milliarden Mark sagte der Kommissionspräsident, er hoffe, daß Frau Thatcher verstanden habe, daß sie nicht mehr Geld erwarten könne, sondern weniger.

Asyl für Vietnamesen

schw. Hannover

Niedersachsen will bei einer neuen Rettungsaktion für vietnamesische Bootsflüchtlinge im Südchinesischen Meer 100 Vietnamesen aufnehmen. Dies teilte Ministerpräsident Ernst Albrecht gestern nach einem Beschluß seiner Regierung Außenminister Genscher brieflich mit. Nachdem das deutsche Rettungsschiff Cap Anamur seinen Dienst im Südchinesischen Meer einstellen mußte, beteiligen sich die Organisatoren an einer französischen Hilfsaktion.

Li Xiannian eingeladen

dpa, Bonn

Bundespräsident Karl Carstens hat den neugewählten Präsidenten der Volksrepublik China, Li Xiannian, zu einem Besuch der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. In einem gestern veröffentlichten Telegramm übermittelte der Bundespräsident dem neuen Präsidenten Chinas gleichzeitig Glückwünsche zu seiner Wahl.

WIRTSCHAFT

Erdöl: Nachfrage sinkt

AP/rtr, Bonn

Bei steigenden Preisen für Treibstoff und leichtes Heizöl ist der Absatz von Erdölprodukten in der Bundesrepublik weiter zurückgegangen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern mitteilte, sank der Inlandsabsatz im ersten Quartal 1983 um 6,1 Prozent und damit stärker als der gesamte Primärenergieverbrauch, der um 4,8 Prozent zurückging. Die Nachfrage nach Benzin ging in den ersten vier Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,1 Prozent, nach Dieselkraftstoff um 3,2 Prozent und nach schwerem Heizöl sogar um rund 20 Prozent zurück. Als Folge der Stabilisierung der Rohölpreise durch die Opec und der Stärkung des US-Dollars haben sich aber seit Anfang 1983 die Preise für Ölprodukte erhöht. Bei Benzin wurden die Tankstellenpreise von Mitte März bis Ende Mai um rund sieben Pfennig pro Liter angehoben.

Kredit für Senegal

dpa, Bonn

Die Bundesregierung wird die westafrikanische Republik Senegal künftig besonders in der Landwirtschaft und der Energieerzeugung fördern. Zur Unterstützung solcher Projekte will Bonn dem Senegal für 1983 und 1984 einen langfristigen Kredit von 53 Millionen Mark und einen Zuschuß von 21 Millionen Mark gewähren.

Aktien fester

DW. Frankfurt

Bei ruhigem Geschäft stiegen die Aktienkurse durchweg an. Besonders gefragt waren Autoaktien. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 137,8 (137,1). Dollarmittelkurs 2,5525 (2,5548) Mark. Goldpreis je Feinunze 415,75 (415,50) Dollar.

KULTUR

Ephraim-Palais

F. D. Berlin

Der Berliner Senat wird Ost-Berlin die im Westteil der Stadt lagernden Teile des ehemaligen Ephraim-Palais übergeben, damit die „DDR" das 1762 im Bezirk Mitte errichtete Gebäude im Jahr 1987 wiedererrichten kann. Mit dem Abtransport der in Kreuzberg lagernden rund 2000 Fassadenteile wird heute begonnen. Nach Worten von Berlins Regierendem Bürgermeister Richard von Weizsäcker erhofft sich der Senat von der Übergabe ein Entgegenkommen Ost-Berlins in bezug auf „bestimmte Wünsche", die allerdings noch nicht konkretisiert worden seien.

WETTER

Sonnig und warm

DW. Essen

Im Süden anfangs noch wolkig. Im Tagesverlauf wie im übrigen Bundesgebiet sonnig mit Temperaturen um 28 Grad. In der Nacht zwischen 18 und 13 Grad.

Heute in der WELT

Moskau blockiert Gespräche über Mittelstreckenraketen

Pokert der Kreml hoch, um später durch Einlenken Konzessionen zu erlangen?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen herrscht nach Darstellung gutunterrichteter westlicher Kreise Stillstand – als Folge der sowjetischen Haltung. In Brüsseler NATO-Kreisen wird es jedoch für möglich gehalten, daß Moskau gegenwärtig hoch pokert, um den Westen durch späteres Einlenken zu Konzessionen zu bewegen.

Obgleich von beiden Seiten Geheimhaltung über den Verlauf der Genfer Verhandlungen vereinbart worden ist, wurde bekannt, daß die Sowjetunion bei ihrem Njet zu den zwei Vorschlägen der USA geblieben ist und ihrerseits nichts Substantielles mehr in den Gesprächen vorgetragen hat.

Im Augenblick herrscht nach diesen Informationen in Genf ein absoluter Tiefstand. Amerikanische Beamte haben ihre NATO-Partner informiert, daß „praktisch nichts mehr läuft". Die Sowjets weigerten sich, den jüngsten amerikanischen Vorschlag für eine Zwischenlösung näher zu behandeln. Moskaus Unterhändler weigern sich jedoch bislang, ihre negative Haltung zu den Vorschlägen der Vereinigten Staaten näher zu erläutern. Eine NATO-Quelle äußerte: „Im Ergebnis sieht es so aus, als ob die Sowjetunion an ernsten Gesprächen in Genf zur Zeit nicht interessiert ist."

Wie aus Brüssel verlautet, blokkiert Moskau zur Zeit jede weitere Diskussion über die von den Amerikanern vorgeschlagene beiderseitige Null-Lösung und den Vorschlag für eine Zwischenlösung mit dem Verlangen, die Zahl der französischen und britischen Atomwaffen müsse bei einem Abkommen in Genf angerechnet werden. Dies aber ist von den Vereinigten Staaten im engen Einvernehmen mit den europäischen NATO-Partnern abgelehnt worden. Im NATO-Rat wacht Frankreich dem Vernehmen nach so eifersüchtig über seine nukleare Selbständigkeit, daß der französische Vertreter jede Erwähnung des Themas mit den Worten abschneidet: „Das ist feindselig."

Tatsächlich geht die Ablehnung dor sowjetischen Forderung nach Kompensation für die französischen und britischen Atomwaffen auf die tiefe Überzeugung der europäischen Partner zurück, daß auf diese Weise die Vertreibung der USA aus Westeuropa bewerkstelligt oder zumindest eingeleitet werden solle. Die Moskauer Rechnung sieht nämlich vor, so viele SS-20-Raketen in der westlichen Sowjetunion zu belassen, wie Paris und London zusammen an Atomwaffen-tragenden Raketen besitzen. Amerika würde damit das Recht verlieren, derartige Waffen in Europa zu stationieren: Die strategische Abkoppelung wäre perfekt.

In der NATO wird ein Scheitern der Genfer Verhandlungen vorhergesagt, wenn die Sowjetunion weiter auf der Anrechnung der französischen und britischen Systeme bestehe. Es gibt jedoch Hinweise

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Irreführung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Weltpolitische Entscheidungen, die zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion ausgehandelt werden müssen, fallen nicht auf der Straße. Daran kann keine Friedensbewegung und kein „heißer Herbst" etwas ändern. Hingegen braucht man nicht daran zu zweifeln, daß die Sowjets den Protest auf der Straße ins eiskalte Kalkül ihrer Verhandlung in Genf einbeziehen, wenn er sich als eine Schwäche der Amerikaner darstellen und in diesem Sinne am Verhandlungstisch ausnutzen läßt. Im Clinch mit den USA sind sie einzig und allein auf ihren machtpolitischen Vorteil aus.

Einer in der internationalen Politik so erfahrenen Partei wie der SPD sollte man diesen Sachverhalt nicht auseinandersetzen müssen. Gleichwohl ist es nötig. Denn die Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa treten auf der Stelle, weil die Sowjets sie blockieren, indem sie starr an einer Forderung festhalten, von der sie genau wissen, daß die Amerikaner sie nicht erfüllen können. Sie verlangen die Anrechnung der französischen und britischen Mittelstreckensysteme auf ihren Bestand an SS-20-Raketen, obwohl die USA weder von Frankreich noch von Großbritannien ein Verhandlungsmandat erhalten haben. Paris und London können sich darauf berufen, daß auch andere europäische Partner der atlantischen Allianz die von den Sowjets hartnäckig geforderte Aufrechnung keineswegs wünschen, weil das auf eine Abkoppelung der amerikanischen Abschreckungsmacht von Westeuropa hinausliefe.

Der SPD ist das durchaus geläufig. Sie glaubt aber, den gordischen Knoten durchschlagen zu können, indem sie vorschlägt, ein Gespräch über die britischen und französischen Systeme möglich zu machen, indem man die in Genf bisher getrennt geführten Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen und die interkontinentalen Waffen zusammenlegt. Die SPD sollte wissen, daß eine solche Formsache die Bedenken der Europäer in der Sache keineswegs ausräumen könnte. Dennoch scheut sie nicht vor der Behauptung zurück, die USA hätten die Ernsthaftigkeit ihres Verhandlungswillens noch nicht unter Beweis gestellt. Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Der Wahrheit gemäß müßte die SPD sagen: Die Amerikaner können in Genf nicht tun, wozu Hans-Jochen Vogel rät, weil europäische Bündnispartner aus existentiellen Gründen dagegen sind.

Warschau über Papst-Reise beunruhigt

Demonstrationen: Die Regierung droht der Kirche mit „Konsequenzen"

F. MEICHSNER/DW. Posen

Unter dem Eindruck einer versteckten, aber unüberhörbaren Drohung des Warschauer Militärregimes gegen die Kirche stand gestern der vierte Tag des Papst-Besuchs in Polen. Regierungssprecher Urban hatte am Sonntagabend die zwischen Regierung und Episkopat getroffene Vereinbarung in Erinnerung gebracht, daß politische Demonstrationen während der Pilgerreise unterbunden werden müßten. Der Sprecher der Warschauer Regierung kündigte sogar „Konsequenzen" bei weiteren Manifestationen des politisch-sozialen Protests an.

Die Kirchenvertreter hatten offenbar zugesagt, durch ihren eigenen Ordnungsdienst regimekritische Kundgebungen während der von ihnen organisierten Veranstaltungen zu verhindern. Das ist weder in Warschau noch in Tschenstochau geschehen. Und es geschah auch in Posen nicht.

Die Männer des kirchlichen Ordnungsdienstes kann man sich in der Tat nicht als „Hilfspolizisten" des Regimes vorstellen. Sie achten zwar peinlich genau darauf, daß sich niemand während der Messe eine Zigarette ansteckt, aber Transparente inmitten einer festgefügten Menge einzuziehen oder gar den Menschen die erhobenen Hände mit dem V-Zeichen herunterzureißen, dazu sind sie einfach nicht in der Lage. Mit einigem Bangen sehen manche Beobachter angesichts der vom Regime eingestandenen Unruhe der Breslauer Etappe der Reise entgegen. In Breslau scheint vor allem die regimekritische Intelligenz am aktivsten zu sein. Da die Papst-Reden schon in Rom ausgearbeitet worden sind, ist es sicherlich nur ein Zufall und nicht eine Folge des Warschauer Monitums am Sonntagabend, daß Johannes Paul II. in seiner Posener Rede andere Bezüge zur aktuellen gesellschaftlichen Situation herstellte als in Warschau und in Tschenstochau. Aber es reichte schon, daß er in Zusammenhang mit der Zitierung einer Äußerung des 1981 verstorbenen Kardinals Wyszynski erstmals auf dieser Reise direkt die Bauerngewerkschaft („Landsolidarität") beim Namen nannte, um die Menge damit zu Beifall herauszufordern. Auch in dieser Rede stellte er die für Polen existentielle Einheit von Katholizismus und Patriotismus heraus. „Ich bin mir bewußt", so sagte er, „daß der Ort, in dem ich mich befinde, nicht nur in der Geschichte der Christenheit, sondern auch in der Geschichte des Staates und in der polnischen Kultur eine fundamentale Rolle gespielt hat. Die Kathedrale der heiligen Apostel Peter und Paul zeugt von der Tatsache, daß die Kirche in diesem Land der Piasten und in ganz Polen von Anbeginn an mit Rom vereint war. Mit Rom – nicht nur mit

■ Fortsetzung Seite 5

SEITE 2:
Wir können keine Sklaven sein
SEITE 5:
So war es 1979

Ehrlichs Tod verschärft Israels Krise

Begins Stellvertreter galt als Mann des Ausgleichs / Likud-Fraktion gefährdet?

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Der Tod des stellvertretenden israelischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der liberalen Partei, Simcha Ehrlich, fällt zufällig mit den jetzt schon fast katastrophalen Auswirkungen des Ärztestreiks im jüdischen Staat zusammen. Die Kombination beider Ereignisse könnte eine Krise auslösen, die zu umwälzenden Änderungen führen und sogar die Position von Ministerpräsident Menachem Begin gefährden könnte.

Die liberale Partei stellte vor Ehrlichs Tod 18 der 46 Mitglieder der regierenden Likud-Fraktion. Ehrlich galt als ein um Ausgleich bemühter Politiker. Sein Nachfolger auf der Likud-Liste jedoch wird als ausgesprochener „Falke" eingeschätzt. Die Liberalen werden daher gegenüber den 29 Herut-Abgeordneten Begins ein schwacher Partner im Likud-Block sein.

Bereits geraume Zeit vor Ehrlichs Tod begann ein Machtkampf innerhalb der Liberalen Partei. Es gibt dort zwei Hauptlager – das mehr zu Begin neigende unter Energieminister Modai und das gemäßigtere unter Handelsminister Patt. Eine dritte Gruppe von vier Abgeordneten findet beide Lager zu extrem und stimmt manchmal mit der Opposition. Zu ihnen zählen Yitzhak Berman, der wegen des Libanon-Krieges aus der Regierung ausschied sowie der Präsident der Knesset, Menachem Savidor.

Bei dem Machtkampf, der unweigerlich Ehrlichs Ableben folgen wird, geht es nicht nur um seinen Ministersessel, sondern auch um die Führung der Partei. Ehrlichs großer Rivale war bisher der Energieminister Yitzhak Modai. Sollte dieser gewinnen, so ist es möglich, daß die Gruppe unter Berman die Likud-Fraktion verläßt und diese damit zur parlamentarischen Minderheit degradiert.

Eine solche Entwicklung hat Ehrlich vorausgesagt. Um ihr vorauszugreifen, hatte er bereits vor Monaten vertrauliche Gespräche mit Ezer Weizman geführt. Weizman, Mitglied von Begins „Herut"-Partei und Verteidigungsminister im ersten Kabinett Begin, war zurückgetreten, weil er Begins Politik gegenüber den Arabern ablehnte. Ehrlich versuchte nun Weizman über die Liberale Partei in die Regierung zurückzuschleusen. Hier konnte Begin nicht nein sagen.

Weizman kommt der monatelange Ärztestreik zugute: Gesundheitsminister Shostak will die Forderungen der Ärzte annehmen, aber Finanzminister Aridor ist dagegen. Beide haben sich festgefahren. Begin kann Aridor zum Nachgeben zwingen, doch dann ist es möglich, daß Aridor zurücktritt und seine Machtposition als Generalsekretär der Herut-Partei ins Spiel bringen wird.

Sollte nun zu diesem Zeitpunkt Weizman auf der politischen Bühne Israels erscheinen, so könnte dies jene Herut-Abgeordneten umstimmen, die seine Rückkehr in den Likud verhindern wollten.

All diese Spekulationen werden mit zunehmender Heftigkeit von den Hinterbänklern der Herut heftig diskutiert. Das sind zumeist jüngere Abgeordnete, die ein Ende der Karriere Begins voraussehen. Sicher ist auf jeden Fall, daß Ehrlichs Abgang eine politische Lücke schafft, die sich nicht so leicht schließen läßt. (SAD)

Athen droht mit Schließung von US-Basen

AP/AFP/dpa, Athen

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou hat den USA angedroht, deren Stützpunkte in Griechenland in einer „einseitigen Aktion" zu schließen, falls nicht bald ein neues Stationierungsabkommen zustande kommt. Die Gespräche über ein neues Abkommen waren am vergangenen Freitag kurz vor ihrem erwarteten Abschluß unterbrochen worden.

Bei seiner Rückkehr von der EG-Gipfelkonferenz in Stuttgart sagte Papandreou vor Journalisten, die Geduld der griechischen Regierung sei begrenzt. „Die USA täten gut daran, eine Lösung des Problems herbeizuführen, andernfalls wir uns gezwungen sähen, einseitige Maßnahmen zu ergreifen."

Papandreou wiederholte die Forderungen seiner Regierung: einen Zeitplan, an dessen Ende die Auflösung der Stützpunkte stehen soll, die Zusage der USA, das Gleichgewicht der Kräfte (gegenüber der Türkei) in der Ägäis aufrechtzuerhalten, und die Unterstellung der Basen unter die Kontrolle Griechenlands.

Die USA unterhalten vier große und mehrere kleinere Stützpunkte auf dem griechischen Festland und auf Kreta. Auf ihnen sind ständig rund 4000 amerikanische Soldaten stationiert. Griechenland, Partner der USA in der NATO, will für die weitere Stationierungserlaubnis zudem eine Zusage fortgesetzter Militärhilfe im Verhältnis sieben zu zehn zu der der Türkei gewährten Unterstützung. Die Kasernen waren eins der wichtigsten Wahlkampfthemen Papandreous, der versprochen hatte, die Stützpunkte in absehbarer Zeit aufzulösen.

Seite 2: Salto rückwärts in Athen

Ghana: Putsch gegen Rawlings gescheitert

rtr/DW. London/Lome

In Ghana ist am vergangenen Wochenende der vierte Umsturzversuch gegen das seit Ende 1981 herrschende Regime des ehemaligen Luftwaffenoffiziers Jerry Rawlings gescheitert.

In einer Rundfunkansprache sagte Rawlings, einige Putschisten seien getötet, andere seien verhaftet worden. Die Regierungstruppen hätten jetzt sämtliche Armeeeinheiten und strategisch wichtigen Punkte unter Kontrolle. Ghanas Grenzen blieben bis auf weiteres geschlossen. Die bereits zuvor geltende nächtliche Ausgangssperre wurde ausgeweitet.

Dem Vernehmen nach konzentrierten sich die Kämpfe zwischen Putschisten und Regierungstruppen auf das Armeehauptquartier in der Hauptstadt, auf das Gebäude des staatlichen Rundfunks und auf den internationalen Flughafen von Accra. Zu Beginn der Aktion war es den Rebellen gelungen, vorübergehend die staatliche Rundfunkstation zu besetzen und die „Auflösung" des regierenden „provisorischen nationalen Verteidigungsrates" zu verkünden.

Jerry Rawlings war am 31. Dezember 1981 durch einen Umsturz wieder an die Macht gekommen. Von Juni bis September 1979 hatte der ehemalige Hauptmann schon einmal eine Revolutionsregierung geführt, war dann jedoch freiwillig zurückgetreten. Er trat damals die Amtsgeschäfte an eine gewählte Regierung ab. Ghana, das seit 1957 unabhängig ist, gehörte früher zu den politisch einflußreichsten und wirtschaftlich wohlhabendsten Staaten Afrikas, befindet sich heute jedoch in einer schweren Wirtschaftskrise.

Kreml wartet Machtkampf in der PLO ab

DW. Beirut/London

Die Vertreter der PLO im Ausland sind bislang nicht dem dringenden Appell ihres Vorsitzenden Yassir Arafat nachgekommen, ihm öffentlich Solidarität in der gegenwärtigen Auseinandersetzung in der PLO zu bekunden. Lediglich der PLO-Vertreter in London, Nabil Ramlawi, bekundete Arafat seine Unterstützung, allerdings in einem persönlichen Gespräch.

Dazu heißt es in gutunterrichteten Kreisen in der libanesischen Hauptstadt, die PLO-Auslandsvertreter seien sich über den Ausgang der Rebellion großer Teile der PLO gegen Arafats Führungsanspruch noch im unklaren. Sie wollten abwarten, wer aus dem gegenwärtigen Ringen als Sieger hervorgehe.

Die gleiche abwartende Haltung nimmt gegenwärtig offenbar auch die Sowjetunion ein. So lehnte Moskau das Ansinnen Arafats nach einem Treffen mit KPdSU-Chef Andropow ab. Der PLO-Chef hatte, wie erst jetzt bekannt wurde, während seines Rumänienbesuchs am 3. Juni durch den sowjetischen Botschafter in Bukarest eine entsprechende Bitte nach Moskau übermitteln lassen.

Zwei Erklärungen des Kanzlers im Bundestag

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird in dieser Woche zwei Regierungserklärungen vor dem Bundestag abgeben. Zunächst wird der Kanzler am Mittwoch zu den Ergebnissen des EG-Gipfels in Stuttgart Stellung nehmen. Am Donnerstag wird Kohl dann vor dem Parlament den „Bericht zur Lage der Nation" vortragen. An beide Regierungserklärungen schließen sich Debatten an.

Offen war gestern noch, ob die SPD-Bundestagsfraktion die von ihrem Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel angedeutete Möglichkeit realisiert und im Bundestag den Antrag stellt, in dem der Bundeskanzler zur Entlassung von Minister Heiner Geißler aufgefordert wird.

Geißler hatte in der sicherheitspolitischen Debatte gesagt: „Der Pazifismus der dreißiger Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der dreißiger Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht." Diese Aussage hat einen heftigen Meinungsstreit entfacht.

Vogel mit Wörner-Antwort unzufrieden

gba, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat sich gegen den Beginn einer eventuellen Stationierung von Mittelstreckenwaffen im Spätherbst vor einer Entscheidung des Bundestages gewandt. In einem zweiten Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl schrieb Vogel, sollte der Bundestag erst nach Beginn der Stationierung mit dieser Frage befaßt werden, so müßte das „in weiten Teilen der Öffentlichkeit als Täuschung empfunden werden".

Anlaß für Vogels neuerliches Schreiben an den Kanzler ist die Antwort von Bundesverteidigungsminister Wörner. Der Minister hatte im Kanzler-Auftrag auf Vogels ersten Brief zur Stationierungsfrage vom 10. Juni erklärt, eine etwaige Stationierung im Sinne des NATO-Doppelbeschlusses werde „nicht vor dem 15. November 1983" beginnen. Bis zu diesem Termin allerdings sollen die Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen zwischen den USA und der Sowjetunion dauern. Nun sei unklar, meint Vogel, ob nach entsprechendem Ergebnis der Genfer Verhandlungen sofort nach dem 15. November stationiert werden könnte, oder ob zuvor der Bundestag befragt werde.

Kanzler Sinowatz ruft zwei Minister zur Ordnung

Kritik an Forderung nach 35-Stunden-Woche

HEINZ SCHEWE, Wien

„Wir hatten einen Sonnenkönig. Nun haben wir Fred mit den leeren Taschen ..." So zwinkert man sich in Österreich zu – mit einem wehmütigen Rückblick auf die 13 Regierungsjahre des Bundeskanzlers Bruno Kreisky. Der neue Kanzler Fred Sinowatz hat ein Erbe angetreten, um das er nicht zu beneiden ist.

Sieben Wochen nach der Wahl hat Sinowatz zum ersten Mal erkennen lassen, daß er nicht nur ein „Kanzler der Demut" sein will. Er rief zwei Minister deutlich zur Ordnung. Sie wissen nun: Auch ohne Bruno Kreisky gibt es noch einen Hausherrn am Ballhausplatz in Wien.

Die beiden gerüffelten Minister verfügen über das geringste Maß an Beliebtheit in der österreichischen Öffentlichkeit: Alfred Dallinger, der Sozialminister, und Karl Sekanina, der Bauminister. Dallinger, gelernter Drogist, ist gleichzeitig auch noch Vorsitzender der Gewerkschaft der privaten Angestellten. Er fordert bei jeder Gelegenheit die 35-Stunden-Arbeitswoche, mit unvermindertem Lohnausgleich.

„Minister Dallinger spricht in dieser Sache als Gewerkschafter", erklärte Sinowatz nach einer Ministerratssitzung. „Für die Regierung aber spreche ich. Wahrscheinlich wird es im Laufe der achtziger Jahre eine Arbeitszeitverkürzung geben. Aber sicher nicht allgemein und schon gar nicht so schnell, wie Herr Dallinger meint."

Sinowatz weiß, daß er beim Bremsen nicht allein ist. Gewerkschaftspräsident Anton Benya hilft ihm dabei. Auch ihm sind die jungen Pferde zu stürmisch und zu wenig realitätsbewußt.

Karl Sekanina, der Bauminister, bis 1982 auch Präsident des österreichischen Fußballbundes, legte sich jetzt mit den Autofahrern an. Er forderte eine „Sondersteuer" von etwa 700 Schilling im Jahr, das sind 100 Mark, von jedem Autofahrer. Für dieses Geld – insgesamt 21 Milliarden Schilling im Jahr will Sekanina neue Straßen bauen.

Auch in diesem Punkt hat Sinowatz eingegriffen. Der Kanzler kann sich weitere Belastungen für den Autofahrer gegenwärtig nicht vorstellen. (SAD)

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gegenzug von Marchais

Von August Graf Kageneck

Zum ersten Mal sind in Frankreich an die 250 000 Leute zusammengekommen, um gegen Atomwaffen zu demonstrieren. Glaubte man Frankreich bisher als einziges Land Westeuropas gänzlich gefeit gegen solche Wallungen dank eines phänomenalen nationalen Konsenses in der Verteidigungspolitik – schließlich verfügt es ja auch, im Unterschied zu seinen Nachbarn, über eigene Atomwaffen auf seinem Boden, ohne fremde Raketen dort stationiert zu haben –, so bemerkt man jetzt eine gewisse Nervosität der für Frankreichs Sicherheit Verantwortlichen.

Aber natürlich kamen die Menschen nicht alle spontan zu dem Happening im Park von Vincennes. Und während in Deutschland kaum jemand das beim Namen zu nennen wagt – und wenn er es tut, wird er der Verleumdung geziehen –, spricht in Frankreich alle Welt offen davon, daß die Kommunistische Partei das „Friedensfest" organisiert hatte.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so lieferte ihn die sowjetische Nachrichtenagentur Tass am Montagmorgen mit einem flammenden Lob über die gelungene Veranstaltung. Offenbar hatte die Freude darüber, daß nun auch Franzosen in die Reihe der nützlichen Idioten eingeschert sind, den Moskauer Kommentatoren jeden Sinn für taktische Vorsicht vernebelt.

Frankreichs Kommunisten wissen freilich genau, daß ihre Machtdemonstration kein Jota an der französischen Sicherheitspolitik ändern wird. Die Sozialisten blieben dem Unternehmen ostentativ fern, und Verteidigungsminister Hernu konterte gelassen, das Basisprinzip „Frieden durch Abschreckung" werde nicht angerührt, doch die in letzter Zeit von Mitterrand arg geschundene und zum Mittragen seiner Politik der Entschlossenheit gegenüber Moskau gezwungene KPF hat ihm mit direkter Indirektheit gezeigt, was sie kann – eine Demonstration eigener Art.

Jubiläum der Mullahs

Von Peter M. Ranke

Die Islamische Republik Iran begeht ihren vierten Jahrestag. Zum Feiern ist kein Anlaß. Das Regime der schiitischen Mullahs kontrolliert das Land mit Koran und Kalaschnikow. Unter den düsteren und wachsamen Augen des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini ist Staatspräsident Ali Khamenei wieder zum Generalsekretär der islamischen Staatspartei gewählt worden. Mit seinen Revolutionsgarden hat er die Armee im Golfkrieg als Konkurrenten mattgesetzt. Innere Feinde wie die linksrevolutionären Volksmujahedin und Kommunisten wurden ausgeschaltet.

Die Sowjets nahmen, wie erwartet, den Sturz der Tudeh-Partei grollend hin. Sie sind an iranischen Gaslieferungen interessiert und vermeiden alles, was die Perser aktiv an die Seite des afghanischen Widerstandes treiben könnte. Die arabischen Feinde der Mullahs wie Irak können sie höchstens mit Waffen unterstützen.

Die islamische Revolution über die Grenzen hinweg ist ausgeblieben, sie hat bei den Schiiten in Irak und am Golf nicht gezündet. Nur die Kurden rebellieren, werden aber von der neuen Militärachse Türkei–Irak niedergehalten. Für die Mullahs jedoch wirft die Ölproduktion genug Geld ab, um Krieg und wirtschaftliche Existenz der Bevölkerung auf niedrigem Niveau zu garantieren.

Auf dieser Basis knüpft Teheran vorsichtig neue Beziehungen nach West und Ost. Persischer Pragmatismus überwiegt dabei. Doch die Islamische Republik bleibt isoliert, auch wenn ihre Beben weit in die islamischen Länder reichen. Dieser Ayatollah Khomeini und seine Mullahs bringen der Welt nicht Gottes Reich.

Salto rückwärts in Athen

Von Evangelos Antonaros

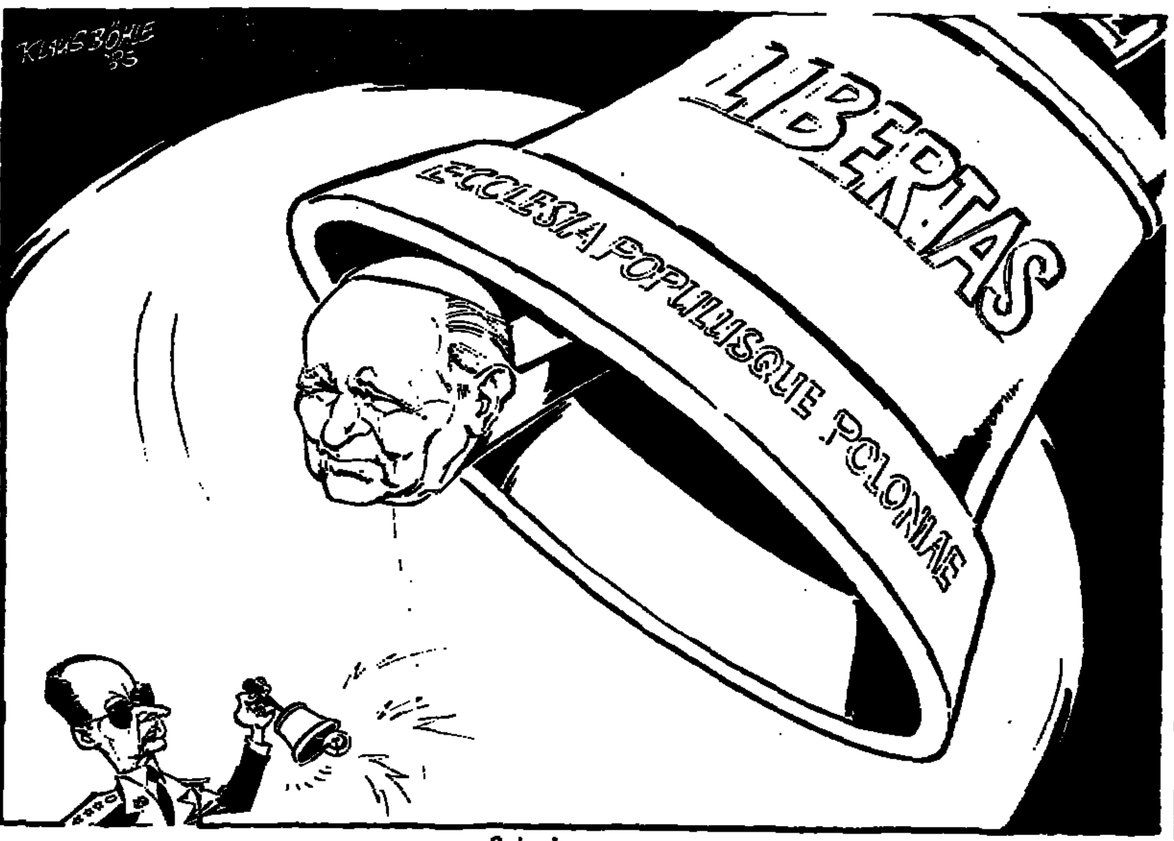
Die Pessimisten haben recht behalten, die Anfang letzter Woche nicht an einen bevorstehenden Abschluß der griechisch-amerikanischen Stützpunktverhandlungen glauben wollten. Athens Regierungschef Papandreou, nach nur zwanzig Monaten im Amt zu Recht als Enfant terrible Westeuropas abgestempelt, hat aus innenpolitischen Überlegungen das beinahe fertige Abkommen platzen lassen.

Er hat alle von ihm selbst gesetzten Fristen über Bord geworfen und den Amerikanern „neue Gesamtvorschläge" präsentiert. Während der neuen Verhandlungsrunden wird er die Griechen mit immer neuen unpopulären Maßnahmen im innen- und wirtschaftspolitischen Bereich überhäufen.

Der Nervenkrieg geht weiter. Ein Vertragsabschluß in absehbarer Zeit ist nicht zu erwarten. Zwar sind die Amerikaner im Genuß eines sogenannten „provisorischen Status". Aber im Grunde genommen können sie nicht wissen, ob und wann Papandreou unter innenpolitischem Druck ganz durchdrehen und die endgültige Schließung der Basen fordern könnte.

Der Zusammenhalt der Allianz wird dadurch nicht gefördert. Aber Papandreous Narrenfreiheit ist lehrreich: Sie zeigt nämlich, wie unabhängig alle NATO-Mitgliedsländer in ihren Enscheidungen sind. Ihnen wird, anders als manche Friedensapostel in Westeuropa glauben wollen, nichts aufgezwungen, weder ein Nachrüstungsbeschluß noch die Erhaltung von US-Stützpunkten.

Papandreou darf die Großmacht Amerika sogar regelrecht an der Nase herumführen und braucht nichts zu befürchten – schon gar nicht einen Truppeneinmarsch. Jedenfalls keinen westlichen.



Schwingungen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wir können keine Sklaven sein

Von Herbert Kremp

Die Szene ist so ungewöhnlich, daß sie die Dimension des gewohnten, gewöhnlichen und eingefressenen Denkens sprengt: Das Oberhaupt der katholischen Kirche tritt als der wahre Führer Polens auf, dessen Volk und Staat dem totalitären Machtanspruch der sowjetischen Hegemonie unterworfen ist und bleiben soll, wie Gromyko es in dürren, unmißverständlichen Worten gerade wiederholt hat. Der Widerspruch ist unauflösbar und hoch gespannt. So etwas hat es in der Welt des modernsten und umfassendsten aller diktatorischen Systeme noch nicht gegeben. Es steht außerhalb jeder Erfahrung.

Zeigte sich der Papst allein als Patriot, müßten die Machthaber in ihren bewehrten Zitadellen die Niederlage nicht eingestehen. Aber Wojtyla pilgert politisch durch sein Land, er löst eine riesige, immer breiter strömende Abstimmung aus, er führt, ganz offensichtlich bewußt, das ganze Volk auf den Höhepunkt seiner Identität, wenn er sagt: „Als Kinder Gottes können wir keine Sklaven sein. Unsere Kindschaft Gottes trägt das Erbe der Freiheit in sich." Das ist, auf hohem Niveau, die Gegen-Botschaft zur kommunistischen Revolution, die konsequent nach dem ganzen Menschen greift und nun erleben muß, daß sich Menschen dem Machtbereich dieser Revolution ganz entziehen. Die Situation treibt die radikale Konsequenz hervor: Die Polen stehen in der Revolte.

Daß Revolte etwas ganz anderes ist als schierer Aufruhr, ja geradezu der Gegensatz zur immer machtergreifenden Revolution, ist in gewohnten historischen Begriffen nur schwer zu verstehen. Politiker im Westen legen ihre Stirn in dieselben Dackelfalten wie die im Osten angesichts des Zeugnisses, das die polnischen Massen ablegen. Man befürchtet eine Explosion, ein krachendes Ende des Crescendo, ein Strafgericht der Militär-Statthalter oder gar eine Reichsexekution der Sowjets, die das Vertrauen in die polnischen Vollstrecker ihres Willens verloren haben. Es könnte so kommen. Denn Kommunisten wollen den historischen Sieg, nicht den historischen Kompromiß.

Angesichts dieser Möglichkeit, die durchaus in der Logik unauflöslicher Macht-Widersprüche liegt, muß man zunächst die Selbstdisziplin und Beherrschtheit der Demonstrationen beachten. Solches ist den Polen nicht auf den Leib geschrieben, aber es gehört zum Begriff der Revolte, wenn man diesen richtig versteht: er enthält ein Nein und zugleich ein Ja, wie der französische Nobelpreisträger Albert Camus in einem seiner leuchtenden Essays erklärt. Von der Über-Macht herausgefordert, „demonstriert der Mensch in der Revolte hartnäckig, daß es in ihm etwas gibt, das ‚die Mühe lohnt', das beachtet zu werden verlangt. In gewisser Weise stellt er der Ordnung, die ihn bedrückt, eine Art Recht entgegen, nicht bedrückt zu werden über das hinaus, was er zulassen kann."

Dies genau ist die Lage der Polen, wie überhaupt das keimende oder entfaltete Bewußtsein all derjenigen, die unter der unbegrenzten Zumutung totalitären Herrschaftsanspruchs leben. Sie revoltieren heute in den verschiedensten Formen, überwiegend in nichtmateriellen, in Polen zumal in spirituellen, deren grundsätzliche, baumwurzelhafte Gegen-Kraft die örtlichen und die zentralen Machthaber in höchste, sozusagen klirrende Erregung versetzt. Denn die spüren, daß sie verloren haben; daß sie niemanden mehr erreichen; daß alles, was sie sagen und tun, wie ins Wasser geschrieben ist.

Der Prozeß muß dramatisch verlaufen, denn die kommunistische Revolution empfindet sich als letzte Auskunft und kann daher nur alles gewinnen oder alles verlieren, sagte Camus: „Die absolute Revolution setzt tatsächlich die absolute Formbarkeit der menschlichen Natur voraus, ihre mögliche Rückbildung auf den Stand einer Geschichtskraft. Aber die Revolte ist die Weigerung des Menschen, als Ding behandelt und auf die bloße Geschichte zurückgeführt zu werden. Sie ist die Bekräftigung einer allen Menschen gemeinsamen Natur, die sich der Welt der Macht entzieht. Die triumphierende Revolution muß mit ihrer Polizei, ihren Prozessen und ihren Exkommunikationen beweisen, daß es keine menschliche Natur gibt. Die gedemütigte Revolte muß durch ihre Widersprüche, ihre Leiden, ihre wiederholten Niederlagen und ihren unablässigen Stolz dieser Natur ihren Gehalt von Schmerz und Hoffnung geben."

An der Gegenüberstellung erkennt man, worum es geht. Die Einheit von historischer Nation und katholischer Religion befähigt die Polen in besonderem Maße, der absoluten Formbarkeit der menschlichen Natur, dieser äußersten Herausforderung des Zeitalters, entgegenzutreten. Dies geschieht innerhalb des kommunistischen Machtbereichs, nicht in weltpolitischer „Konfrontation". Der Mensch in der Revolte ist kein Krieger, er ist nicht Putschist, nicht Ideologe, sondern er fühlt sich frei und berechtigt aus sich selbst.



Gegen-Botschaft zur kommunistischen Revolution: Der Papst in Polen FOTO: AP

Der polnische Papst, der sich seinerseits „verantwortlich fühlt für das große gemeinsame Erbe, dessen Name Polen ist", widmet dem Bewußtsein des Volkes seine Persönlichkeit. Die Nachbar-Völker, so unterschiedlich sie in ihrem Herkommen und in ihrer Spiritualität sein mögen, hören die Signale.

IM GESPRÄCH Rodolfo Seguel

Pinochets Gegenspieler

Von Werner Thomas und Günter Friedländer

Einige Bewunderer nennen ihn „Chiles Walesa", andere assoziieren ihn gar mit Gandhi. Der Gewerkschaftsführer hält nicht viel von solchen Vergleichen: „Ich bin weder Walesa noch Gandhi. Ich bin Rodolfo Seguel, der die Rechte der chilenischen Arbeiter verteidigt."

Rodolfo Seguel hat in den letzten Monaten aber auch eine andere Rolle übernommen: Er profilierte sich als der gefährlichste Gegenspieler des chilenischen Staatspräsidenten General Augusto Pinochet. Er will durch Protest- und Streikaktionen den Rücktritt oder die Entmachtung des Generals erzwingen, „damit eine neue demokratische Ära beginnen kann". Ob ihm das gelingt, ist fraglich. Seguel stürzte Pinochet jedoch in den letzten Tagen in die schwerste Krise seiner fast zehnjährigen Amtszeit, indem er zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen landesweite Demonstrationen organisierte und anschließend festgenommen wurde. Seither herrscht eine Atmosphäre der Rebellion in den Kupferbergwerken des Landes.

Rodolfo Seguel war vor sechs Monaten noch ein unbekannter Angestellter der staatlichen Kupfermine „El Teniente", 85 Kilometer südlich von Santiago gelegen. Er absolvierte in der Zwischenzeit eine kometenhafte Karriere, die in der chilenischen Gewerkschaftskarriere keine Parallelen kennt. Der zweifache Familienvater und passionierte Karatesportler, der mit seinem buschigen Schnauzbart, seinem pechschwarzen Haar und seinem breiten Mestizengesicht aussieht wie der typische Vertreter der unteren Mittelschicht, der er ist, wurde im Dezember zum Chef einer der acht Einzelgewerkschaften der gigantischen El-Teniente-Grube (zehntausend Bergleute) gewählt. Einen Monat später, im Januar, übernahm er die Führung eines Zusammenschlusses oppositioneller Gewerkschaftsverbände, „Comando Nacional de Trabajadores" (CNT) genannt, nationale Kommandantur der Arbeiter. Vier Wochen später folgte die Wahl zum Präsidenten der Kupferarbeiter-Gewerkschaft, der einflußreichsten im Lande: Trotz energischer Diversifizierungsversuche der Pinochet-Regierung bringt Kupfer der Nation immer noch mehr als fünfzig Prozent der Devisen.

Seguel, ein erklärter Christdemokrat, will den General mit friedlichen Demonstrationen in die Knie zwingen. Jedoch sie sind bisher nicht gewaltlos geblieben. Sechs Personen kamen ums Leben, Hunderte erlitten Verletzungen. Der Häftling Seguel, der „Anstiftung zum Terrorismus" beschuldigt, wurde vom populären Politiker zur Märtyrer-Figur. Andere Gefangene applaudieren und skandieren „Seguel, Seguel", wenn er in der Kantine zum Essen oder auf dem Hof zum Spaziergang erscheint. Die Vertreter des gemäßigten Flügels der Regierung hoffen, daß Seguel bald entlassen wird.



Vom unbekannten Angestellten zum Chef der Kupferbergleute: Seguel FOTO: BOTTARO/STUDIO X

„Walesa", sagt Seguel, „lebt in einer kommunistischen Diktatur. Das hat ihn tüchtig rangenommen. Wir leben hier auch in einer Diktatur, die von rechts kommt und ganz anders ist. Aber ich glaube, daß im Grunde genommen beide die Arbeiter unterdrücken." Er weiß, was er zu sagen hat, um jeden Vorwurf von sich zu weisen, daß er zu denen gehört, die nach den Worten Pinochets die „kommunistische Gefahr für Chile" bedeuten. „Ich möchte so leben", sagt er, „wie es in den Zeiten Eduardo Freis war. Ich bin da ja noch ein ‚Cabrito' (Zicklein) gewesen, aber ich kann mich doch daran erinnern, wie die Arbeiter und die Familien lebten: Die Leute konnten sagen, was sie fühlten." Rodolfo Seguel weiß sich volkstümlich auszudrücken. Überall macht sein Wort die Runde: „Man kann nicht früh genug etwas tun, was man für notwendig hält. Ich möchte nicht ins Grab gehen, ohne etwas in dieser Richtung getan zu haben."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt beschreibt Kohl als Sieger des Stuttgarter EG-Gipfels:

Der Sieger ist Helmut Kohl, der sich beglückwünschen kann, weil er den Zusammenprall vermieden hat und für den das Ergebnis hinreicht ... Er ist nicht nur politisch gestärkt aus dieser Prüfung hervorgegangen, er wird in Moskau zumindest in der Raketenfrage sogar im Namen eines vereinten Europa sprechen können.

DIE PRESSE

Zum EG-Gipfel schreibt die österreichische Tageszeitung:

Die vorprogrammierte, aber dennoch nur mühsam errungene Einigung beim Stuttgarter EG-Gipfel ist eher dem Verhandlungsgeschick des deutschen Gastgebers Helmut Kohl. als einer Übereinstimmung der Ansichten zu verdanken ... Das alte Rezept, nach dem die EG jahrelang zumindest nach außen hin zusammengehalten werden konnte, funktioniert nur noch begrenzt: Die Mehrheit schafft an, und die Deutschen zahlen.

YOMIURI SHIMBUN

Die japanische Zeitung kommentiert die Neuwahl der chinesischen Führung durch den Nationalen Volkskongreß:

Nach den bitteren Erfahrungen der Mao-Ära, die ihren Höhepunkt in der Kulturrevolution erlebte, hat China allmählich die Machtkonzentration in einer Person beseitigt und, anders als die Sowjetunion, die Dezentralisierung der Autorität vorangetrieben. Während der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Jurij Andropow, zum Präsidenten des Obersten Sowjet sowie zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates ernannt wurde, widmet sich der Generalsekretär der chinesischen (Kommunisten), Hu (Yaobang), den Parteiangelegenheiten ohne gleichzeitige Regierungsämter ... Der am meisten beachtete Posten, der neugeschaffene Vorsitz in der Zentralen Militärkommission, ging wie erwartet an Deng Xiaoping, der auf diese Weise Chinas Streitkräfte kontrolliert ... Es ist jedoch etwas paradox, daß in China, das praktisch von einer Partei regiert wird, der Generalsekretär der Partei keine Gewalt über die Streitkräfte hat und der Staatspräsident zwar die Nation repräsentiert, aber ebenfalls praktisch keine Macht ausübt.

LES ECHOS

In einem Kommentar zum Papst-Besuch bezeichnet die Pariser Wirtschaftszeitung Johannes Paul II. als ein Idol und ein Symbol für die katholische Tradition in Polen:

In Polen bejubelt die Bevölkerung in Johannes Paul II. nicht einen Rivalen der politischen Macht, sondern ein Idol. Für fast alle Polen ist der Papst das Symbol einer Institution und einer Lebensweise, die seit Jahrhunderten existieren. Jaruzelski dagegen verkörpert, von seinen Orden und seinem persönlichen Mut abgesehen, nichts weiter als eine vor vierzig Jahren nach dem Abkommen von Jalta aufgezwungene Diktatur, das heißt das Produkt eines Betrugs der vier damaligen Großmächte.

Libanon oder Wie ein geteiltes Land entsteht

Vom sowjetischen Streben. einen Fuß in der Tür zu behalten / Von Jürgen Liminski

Die Republik Libanon ist politisch, religiös und geographisch ein faszinierendes Puzzle. Auf nur 10 452 Quadratkilometern leben siebzehn Konfessionsgemeinschaften, drei Religionen, mächtige und ohnmächtige Sippen und Clans. Sie alle teilen sich die auf fragilem konfessionellem Proporz fußende Demokratie an der Levante.

Diese Demokratie aber ist seit dem Ausbruch des Krieges am 13. April 1975 eine Farce. Seit diesem Tag, noch deutlicher seit dem Einmarsch der Syrer im November 1976 und schließlich dem israelischen Libanon-Feldzug im Juni vergangenen Jahres schwebt über dem Land zudem das Damoklesschwert der Teilung. Denn seit den Interventionen der fremden Truppen ist das Land dreifach besetzt: im Norden und Nordosten von Syrern und Palästinensern, im Süden von Israel.

Es gab eine Sternstunde für die geprüfte Nation, als Jerusalem sich anschickte, das gesamte Staatsgebiet von Palästinensern und Syrern zu „säubern". So war es, kann man heute in Beirut hören, zwischen Begin, Scharon und Beshir Gemayel ausgemacht. Aber es kam anders. Die Vereinigten Staaten stoppten den israelischen Vormarsch und ließen die Gunst der Stunde ungenutzt verstreichen.

Heute konstatiert Außenminister Shultz: „Ich glaube, es liegt eher im Interesse Syriens, ein wohlhabendes stabiles Libanon als Nachbar zu haben, frei von fremden Truppen, als ein geteiltes Libanon, was aber das Ergebnis sein wird, wenn Damaskus seine Truppen nicht zurückzieht." Moskau und Damaskus sehen das anders. Und nun versucht Syrien, natürlich mit Unterstützung Moskaus, im Norden eine Gegenregierung auszurufen. Das läuft genau auf dieses Ergebnis hinaus – mit anderen Worten: man kann wieder einmal beobachten, wie ein Land geteilt wird. „Gründe" gibt es allemal, aber der Grund aller Gründe ist stets derselbe: zwei verschiedene Seiten stehen im Land, und die eine Seite, die damit rechnen kann, daß das ganze Land ihm nicht freiwillig folgen wird, besteht darauf, wenigstens den Teil festzuhalten, den sie hat.

Die Idee, die Teilung auch noch zu legitimieren, stammt aus der UdSSR. Kaum ein Orientale käme auf den (europäischen) Gedanken, eine gegebene Machtkonstellation legitimieren zu müssen.

Während das Weiße Haus einen Abzug aller Besatzungstruppen anstrebt, bauen die Syrer unter sowjetischer Anleitung ihre politischen und militärischen Stellungen aus. Washingtons Aufgabe wird dadurch erschwert, daß die Regierung Begin unter starkem innenpolitischen Druck steht, die „Jungens" der Armee aus der Gefahrenzone in die Heimat, oder wenigstens auf eine Sicherheitslinie, den Fluß Awali, zurückzuholen. Das aber würde lokale Arrangements zur Befriedigung sicherheitspolitischer Bedürfnisse notwendig machen. Von der israelischen Option einer „Allianz der Autochthonen" ist neuerdings viel die Rede, sprich: von einem Bündnis der Schiitenführer im Süden mit Israel und auch zwischen den Drusen im libanesischen Zentralgebiet und Jerusalem. Das würde die De-facto-Teilung auf unabsehbare Zeit verfestigen. Vorerst scheint diese Gefahr aber abgewendet zu sein. Weinbergers Wende, der Rückgriff auf das Memorandum über die strategische Zusammenarbeit, hat der Regierung Begin vorerst innenpolitisch wieder etwas Luft verschafft.

Washington fühlt sich in die Pflicht genommen. Schon einmal, 1958, retteten amerikanische Marines die Einheit des Landes. Ihr Partner damals war der libanesische Staatspräsident Camille Schamoun. Heute steht dafür Präsident Amin Gemayel. Aber nicht er, sondern der Chef der christlichen Milizen, Fady Frem, sagte in einem Zeitungsinterview: „Die Ablehnung des libanesisch-israelischen Abkommens durch Damaskus unterstreicht den Willen der Syrer, einen Teil des libanesischen Territoriums zu kontrollieren und schließlich dieses Land zu teilen." Wenn sich die Syrer nicht zurückzögen, „dann gibt es keine andere Alternative als einen Befreiungskrieg in diesen Gebieten".

Die libanesischen Christen sind nationalbewußt. Ihr Verständnis von Staat und Nation ist europäisch, aber auch – als Reaktion der Selbstbehauptung im islamischen Meer ringsum – religiös motiviert. In der größten Not haben sie sich, ähnlich wie die Polen, auch immer an die Schutzherrin ihres Landes „Notre Dame du Liban" gewandt. Hoch ragt das Standbild über der Bucht von Dschunijeh weithin sichtbar in den Himmel der Libanon-Berge. Widerstandskraft, Überlebens- und Freiheitswille der Bergbauern und der Beiruter Studenten sind nicht zu unterschätzen.





Bremen kämpft für die Trikolore an der Weser

Von WINFRIED WESSENDORF

Die Nachricht fuhr den Bremern wie ein Schock in die Glieder. Am 30. Juni soll die Trikolore an der Weser eingeholt werden. Damit fällt, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, eines der ältesten französischen Konsulate auf der Welt dem Rotstift zum Opfer.

Die Hanseaten haben aber noch nicht aufgegeben, sie kämpfen für ihre seit 1792 bestehende Verbindung zu Paris. Mehr als 10 000 Bürger haben bereits eine Protest-Resolution unterschrieben. Regierungschef Bürgermeister Hans Koschnick, zu Beginn des Jahres erst zum Bundesbeauftragten für die deutsch-französischen Beziehungen ernannt, ist ebenso empört. Aber auch seine Gespräche mit Staatschef Mitterrand und Außenminister Cheysson konnten den Entschluß bisher nicht korrigieren. Paris bleibt hart: Nur noch das französische Konsulat in Hamburg soll den norddeutschen Raum betreuen.

„Die 20-Jahr-Feier des Deutsch-Französischen Vertrags läßt sich mit der Schließung des Konsulats nicht vereinbaren", protestiert auch Delphine Brox-Brochot, Abgeordnete der Bremer Grünen Liste in der Bremer Bürgerschaft. Sie schickte ein entsprechendes Telegramm an den französischen Außenminister. Die temperamentvolle Französin, die aus demselben Ort wie Präsident Mitterrand, aus Chateau-Chinon en Morvan, stammt, telegrafierte: „Wir rechnen mit Ihrem Eingreifen, um diese Verwaltungsentscheidung, deren Konsequenzen nicht zu unterschätzen sind, rückgängig zu machen."

Der französische Konsul in Bremen, Pierre Guth, ist „gerührt über diese große Anteilnahme". Erst seit einem Jahr nimmt er die französischen Interessen in Bremen wahr. Eine seiner vornehmsten Aufgaben sieht er im Aufbau einer deutsch-französischen interkulturellen Schule, die sich an einen deutsch-französischen Kindergarten anschließen soll. Doch viel Hoffnung kann auch er den Bremern nicht machen.

Die Schließung des Konsulats scheint wie ein Schlag ins Gesicht für die vielfältigen Verbindungen zwischen der deutschen Handelsstadt und Frankreich. Mehrere hundert bremische Firmen sind intensiv im Frankreichhandel tätig, vor allem im Ex- und Import von Wein, Textilien und elektronischen Produkten sowie im Flugzeugbau und der Raumfahrt. Die Handelsbeziehungen zwischen Bremen und Frankreich reichen bis weit ins 16. Jahrhundert zurück.

Einst stritten sie heftig. 1446, so steht es im „Ratsdenkel-Buch" und in den Hanse-Protokollen geschrieben, gab es Auseinandersetzungen mit Seeräubern, ungetreues Verhalten von Schiffsführern gegenüber ihren Reedern und das Kapern eines Schiffes durch Bremer. Leider war das ein Schiff, das Königin Marie von Frankreich gehörte. Um den Schadensersatz stritten sich Frankreich und Bremen 15 Jahre lang, dann schloß Frankreich mit Bremen „ewigen Frieden" – wie es im Vertragstext heißt.

„Bremen hatte fortan von Politik die Nase voll", erzählte Bremens Bürgermeister Hans Koschnick vor wenigen Jahren vor der Deutsch-Französischen Gesellschaft. Man habe dann peinlich darauf geachtet, das Verhältnis zu Frankreich allein auf Handelsbeziehungen zu beschränken. Das bekam auch ein Gesandter Franz I. zu spüren. Er sollte die Bremer für eine Auseinandersetzung gegen Karl V. gewinnen. Hamburg und Lübeck ließen den Gesandten wie Bremen abfahren, der in Paris klagte: „Ich habe alle Städte besucht, vergeblich. Sie werden von Kaufleuten regiert, die nicht über ihre eigenen Nasenspitzen hinaussehen."

Dennoch zahlte der damalige Bremer Rat 4000 Taler. Das Darleben wurde allerdings bis heute nicht zurückgezahlt. Die Archive vermelden auch, daß schon 1730 Bremer Kaufleute besonders die ordinären französischen Rot- und Weißweine in großen Mengen preiswert einkauften. Diese Rebensäfte wurden in den Kellern mit feurig-spanischem Wein gemischt. Eine französische Quelle berichtet über die Trinkgewohnheiten in den norddeutschen Städten: „Man trinkt dort Rheinwein, das gewöhnliche Volk trinkt Bordeaux." Das Rathaus reicht heute noch hohen Staatsgästen deutschen Weißwein – die Handelskammer ist für ihren Bordeaux berühmt.

Die Handelskammer Bremen mahnte denn auch, daß Frankreich mit Abstand der wichtigste Außenhandelspartner der Hansestadt sei. Der Präses der Handelskammer Bremen, Horst Willner, schrieb an den französischen Botschafter in Bonn: „Die bremische Wirtschaft ist über diese Entscheidung außerordentlich überrascht, entspricht sie doch nicht der Tradition, dem Gewicht und der Bedeutung der gegenseitigen Beziehungen."

Ironie des Schicksals: Die rund 800 Franzosen in Bremen haben 1981 bei der französischen Präsidentschaftswahl als einziger Ort außerhalb Frankreichs Mitterrand mit absoluter Mehrheit gewählt. Doch nun zieht das amerikanische Konsulat in das Haus an der Marcusallee ein. Es hält damit nach fünf Jahren Abstinenz wieder Einkehr in die Hansestadt. Unter Jimmy Carters Präsidentschaft war das amerikanische Konsulat, eines unter 38 Bremer Landesvertretungen, auch schon dem Rotstift zum Opfer gefallen. Bürgermeister Koschnick hatte seitdem versucht, den Rückzug rückgängig zu machen. Mit Erfolg. So geben sich denn Franzosen und Amerikaner jetzt die Klinke in die Hand. Im Herbst wird das US-Konsulat wiedereröffnet.



Paris will aus Kostengründen sein Konsulat in Bremen schließen. FOTO: PETER BISCHOFF



Nichts bleibt den „Quartiermachern" der Touristik verborgen; auch nicht die kleinen palmenbedeckten Inseln im Indischen Ozean. FOTO: MICHAEL FRIEDEL

Die Suche nach neuen Ufern

Von HEINZ HORRMANN

Die Melodie von den „Hohen Tannen", unter Palmen und tropischen Farnen zum Mutmachen gepfiffen, geht in der allgemeinen Dschungelsymphonie unter. Das durchdringende Fauchen eines Leoparden übertönt den Lärm der Zikaden, Vögel und Affen. Der Jagdruf der gefleckten Raubkatze ist erschreckend nahe. Johann Engel, TUI-Beauftragter für neue Projekte, fühlt, wie sich die nackte Angst in seinem Nacken verkrallt. Die Hand umspannt den Griff der Machete, während er mit langen, raumgreifenden Schritten das Land vermißt, das die Eingeborenen „Perle der Perlen" nennen.

Das Dschungelgrundstück, das bis an den weißen Sandstrand des Indischen Ozeans reicht, hat nicht einmal eine halbe Million Mark gekostet. Hier hat noch kein Weißer Wege geschlagen und Häuser gebaut. „Ein gewaltiger Affenbrotbaum auf einem Hügel hoch über dem Regenwald ist das einzige Erkennungszeichen vom Meer aus", schrieb Engel damals in seine Kladde.

Heute, elf Jahre später, ist von diesem Dschungelgebiet mit jagenden Leoparden und kreischenden Affen so gut wie nichts mehr geblieben. Nur der gewaltige Baum steht noch als Wahrzeichen. Die Robinson-Clubanlage, die an dieser Stelle errichtet wurde, trägt seinen Namen: „Baobab".

Als Engel damals mit dem Boot an der Küste entlangpaddelte und mit dem Rucksack auf dem Rükken den Strandbereich zwischen Mombasa und der tansanischen Grenze nach zukünftigen Touristenzielen erforschte, mußten vor jeder Landung eines Flugzeuges die Giraffen und Gnus von der Piste vertrieben werden. Heute gehört die Hafenstadt zu den verkehrsreichsten Flughäfen Afrikas. Engel, inzwischen Geschäftsführer der Robinson-Clubhotels, ist immer noch unterwegs – auf der Suche nach weißen Flecken auf der touristischen Landkarte. Er ist einer jener Pioniere, die gegenläufig zu den glatt und stromlinienförmig gewordenen Touristikangeboten der Großveranstalter ständig auf der Suche nach neuen, ausgefallenen Reisezielen sind.

Laut einer Untersuchung Georg Bleies, Professor der Touristikbetriebswirtschaft, sind die Deutschen seit 1972 Weltmeister im internationalen Reiseverkehr. Auch in den Zeiten der Budgetverknappung durch Rezession packten 22,7 Millionen Deutsche einmal jährlich die Koffer, drei Millionen zog es zweimal und häufiger in die Ferne. Das von Massenveranstaltern beklagte Sparverhalten fällt gruppenspezifisch sehr unterschiedlich aus. Während Verbraucher der mittleren und unteren Einkommensgruppen spontan reagierten und für Buchungsrückgänge bis zu zehn Prozent sorgten, änderten sich in Haushalten, die den höheren Einkommenskategorien zuzurechnen sind, die Reisegewohnheiten kaum und werden das wohl auch nicht in Zukunft tun. Individuelle Trips nach Brasilien, auf die Andamanen oder in die Südsee belegen das.

Der Frankfurter Karl-Heinz Reimers gehört als Freischaffender zur Gilde der Hoteleinkäufer und Quartiermacher jener kleinen Spezialveranstalter, die erfolgreich Marktnischen füllen, die die Großen, wie TUI, Neckermann und ITS, zwangsläufig offenlassen.

Kollegen behaupten von dem Weltreiseprofi, er sei immer etwas benommen im Kopf, weil er überall viel zu kurz Station machen könne. Wenn er in Mexiko lande, würde der Körper noch immer im Zeitrhythmus der Komoren arbeiten. Nicht alle Entdeckungsreisen enden erfolgreich. Die Tschad-Ebene fand Reimers „unglaublich faszinierend". Sie erwies sich aber als ungeeignet fürs Geschäft, weil keine zumutbaren Hotels zu finden und keine Landebahn für Großraumjets vorhanden war.

Eine Reise auf Kapitän James Cooks Spuren führte in die Region der schlummernden Vulkane nach Neukaledonien und zur paradiesischen Inselgruppe der Neuen Hebriden. Auch dieser Südseetraum ging nicht in einem der Kataloge der Tourismusgiganten auf, sondern fand sich nur in Individualangeboten wieder.

Für Großveranstalter, führt TUI-Sprecher Günter Pölzelmayer aus, gibt es nur alle Jahre wieder mal eine neue Entdeckung. Damit sich ein Zielgebiet lohnt, muß es mit Großflugzeugen zu erreichen sein und bereits eine gesunde Infrastruktur haben. Zur rein kaufmännischen Seite führt der Touristikfachmann aus: „Für uns ist nicht entscheidend, ein neues paradiesisches Fleckchen irgendwo in den Anden oder auf den Philippinen zu entdecken. Selbst das schönste exklusive Feriengebiet wird für uns erst interessant, wenn eine sorgfältige Marktanalyse so viele Buchungen verspricht, daß sich eine Katalogseite, die zwischen 20 000 und 30 000 Mark kostet, wirklich lohnt." „Hin und wieder kommt es vor", sagt Pölzelmayer, „daß wir in Europa als Pioniere auftreten." So sei gerade in Bulgarien ein bisher völlig unbekanntes Wintersportdorf eingekauft worden mit einem anliegenden zauberhaften Skigebiet. Der TUI-Sprecher: „Die Erschließung nehmen wir gemeinsam mit der Regierung vor."

Bei Neckermann und Reisen haben ähnliche Überlegungen Gültigkeit. Pressechef Karl Maute: „Ferienländer treten von sich aus oft mit Angeboten an uns heran. Doch in einer Zeit straffster Kalkulation bleibt für Experimente kein Platz. Die Inseln um Tahiti können noch so malerisch sein, 22 Stunden Flug sind hinderlich, von den Kosten ganz zu schweigen."

Nicht überall stoßen die Pioniere, die Entdecker, die Wegbereiter der Spezialveranstalter auf Sympathie. Die Zahl der Umweltschützer wird größer, die in den Expeditionsplanern und Einkäufern so etwas wie apokalyptische Reiter sehen, die Unrat hinter sich herschleifen, mit schnellem Geld zwar locken, letztlich aber die Landschaft vernichten. Als Beispiel für schnelles Verdienen und Verderben wird immer wieder die Malediven-Gruppe angeführt.

Der 1200-Insel-Staat im Indischen Ozean wurde vor zwölf Jahren erstmals als Ausflugsmöglichkeit von Ceylon aus angeboten. Heute begrüßt ein Schild „Wellcome at Male International" auf dem Flughafen Touristen, die in Großraumjets von Düsseldorf, Frankfurt, Zürich und Rom den Airport direkt anfliegen. Mehr als 60 000 Gäste kamen allein im letzten Jahr. Die vorgelagerten Riffe wurden abgebrochen, um schnellstens Steine für nötige Urlaubshäuser zu gewinnen. Damit sägen sich die Einheimischen aber selber den Ast ab, auf dem sie sitzen. Wo keine Korallenbänke und Riffe die Brandung abfangen, werden am ungeschützten, geplünderten Strand die Palmen unterspült. Sie kippen ins Wasser, das Land wird vom Meer verschlungen.

176 bewohnte Inseln sind heute noch touristisch unerschlossen. Es werden von Monat zu Monat weniger.

Neu entdeckte Urlaubsparadiese haben die größten Chancen, erschlossen zu werden, wenn Geldgeber im Lande am Ausbau beteiligt sind. So finanzierte eine staatliche Versicherungsgesellschaft 90 Prozent der 15 Millionen, die der Bau des jüngsten Robinson-Clubs Bentota auf einer Landzunge in Sri Lanka kostet. John Drake, der Architekt, Ururenkel des Freibeuters Sir Francis Drake, sah nur einmal den Eröffnungstermin im Herbst in Gefahr: als bei Pfahlbauarbeiten im Meer ein Floß umkippte und drei einheimische Arbeiter ertranken. Da wurde tagelang gestreikt.

Wo es touristisch nichts mehr zu entdecken gibt, greift man geschickt zum Wiederentdecken. Die Touristik Union International nimmt das einst als schönste karibische Insel gefeierte Kuba wieder ins Programm, und am holländischen Ijsselmeer wurde das alte Fischerdorf Enkhuizen zur neuen Attraktion für Touristen aus dem Nachbarland Deutschland aufpoliert und zum Teil rekonstruiert. Kosten: 40 Millionen Mark.

In den USA bauen Experten handgemachte Feriendomizile vor die eigene Haustür. So wird zur Zeit im Chicago-River eine Insel aufgeschüttet, die ab der Weltausstellung für Wochenendausflügler angeboten wird.

Der vielleicht letzte echte weiße Fleck auf der touristischen Weltkarte fiel Seglern durch Zufall auf. Die Insel ist ein Spiegel aller bisher entdeckten und erschlossenen Feriengebiete auf diesem Erdball. Auf Yaku-Jima zwischen Kyuschu und Okinawa gedeihen alle Vegetationen dieser Welt auf engstem Raum. Die ältesten Bäume sind 1500 Jahre alt.

Bildung in USA – Nur jeder 2. kann ohne Problem lesen

Von WOLFGANG WILL

Professor Henry Labrie von der Universität Boston hatte sich einen Test einfallen lassen, der den Wissens- und Bildungsstand seiner Studenten des zweiten Semesters – mit Hauptfächern Journalismus und Englisch – dokumentieren sollte. Dieser Test fiel, für den Professor nicht unerwartet, geradezu erschütternd aus: So wußten zum Beispiel 44 Prozent der Studenten weder Vor- noch Familiennamen des amerikanischen Vizepräsidenten, George Bush, der kanadische Ministerpräsident Pierre Trudeau wurde als „Hokkeyspieler aus Montreal" klassifiziert, Libyens Diktator Khadhafi avancierte zum israelischen Staatschef, und die amerikanische UNO-Botschafterin wurde zur „Marathonläuferin aus Boston".

Wer glaubt, die Studenten hätten sich hierbei einen Scherz erlaubt, muß bitter enttäuscht werden – nein: Professor Henry Labrie erbrachte lediglich den praktischen Beweis für den „laxen Standard" und „falsche Prioritäten" im US-Erziehungswesen.

Diese beiden Formulierungen sind dem Bericht der „Präsidentiellen Kommission zum Studium des amerikanischen Erziehungs- und Bildungssystems" entnommen. Die 18 Experten der Kommission – Professoren, Lehrer, Pädagogen, Wissenschaftler – haben die Situation an Grund- und Oberschulen, Colleges und Universitäten 18 Monate lang studiert, um in einem „offenen Brief an das amerikanische Volk" ein beispiellos negatives Fazit zu ziehen und in den schärfstmöglichen Formulierungen zu warnen. Da heißt es etwa:

- „Hätte eine feindliche Macht unserer Nation dieses mittelmäßige Erziehungsprogramm aufgezwungen, mit dem wir es heute an unseren Schulen zu tun haben, wäre das als kriegerischer Akt gewertet worden. Doch die Schuld trifft allein uns."
- „Die erziehungspolitische Grundlage unserer Gesellschaft wird durch eine ansteigende Woge der Mittelmäßigkeit ausgehöhlt, und dadurch wird die Zukunft Amerikas – als Volk und als Nation – gefährdet."

Beispiele für Mittelmäßigkeit

Zum Thema Mittelmäßigkeit gibt die Kommission Beispiele: So gehören zu einem Test an Oberschulen in Florida folgende Fragen mit den US-typisch möglichen Antworten, von denen nur eine die richtige ist, die angekreuzt werden muß:

1. John Williams sucht ein Fischrestaurant – wo schaut er nach: im Straßenatlas, im Branchenfernsprechbuch, im Wörterbuch, im Lexikon? (Richtig: Branchenfernsprechbuch)

2. Phils Restaurantrechnung macht 4,80 Dollar aus – er will 15 Prozent Trinkgeld lassen – sind das 29 Cent, 32 Cent, 72 Cent oder 4,95 Dollar? (Richtig: 72 Cent)

3. Harry hat auf seine Kreditkarte 120 Dollar Kreditkauf getätigt und muß dafür pro Monat drei Prozent Zinsen zahlen – muß er nach einem Monat drei Dollar, 3,60 Dollar, 116,40 Dollar oder 123,60 Dollar zahlen? (Richtig: 3,60 Dollar)

Die Anforderungen an Schüler und Studenten, so heißt es in einer anderen Analyse, müssen erhöht werden. Diese zusätzliche Analyse wurde, unabhängig von der Präsidentiellen Kommission, von der „National Task Force on Education for Economic Growth" verfaßt. Für diesen Report sind 41 Gouverneure, Ökonomen, Firmenpräsidenten sowie Hochschullehrer verantwortlich.

Als Beispiel, wenn nicht Vorbild, wird in beiden Berichten das Bildungswesen anderer Staaten, besonders das japanische, erwähnt. In gleichem Sinne wird auf mögliche volkswirtschaftliche Folgen der pädagogischen Rückständigkeit Bezug genommen.

William O. Baker von der Rockefeller University – früher Vorsitzender des Forschungsinstituts Bell Laboratories – beklagt, daß „Oberschüler und Berufsschulabgänger nicht die Fähigkeiten haben, Berufe in sich neu entwickelnden Industrien auszuüben". Und Frank Press, Präsident der National Academy of Sciences, meinte, zu viele Studenten seien „technologische Analphabeten", die Führungspositionen „als Anwälte oder Regierungsbeamte anstreben, obwohl sie in Wirklichkeit ignorant sind. Aber: Sie stimmen über Kernkraft ab, über Abrüstungsfragen, über viele Dinge, von denen sie keine Ahnung haben."

Fremdsprachen spielen keine Rolle

40 bis 50 Prozent aller städtischen Schulbesucher haben „ernsthafte Probleme zu lesen". 13 Prozent aller US-Oberschüler im Alter von 17 Jahren müssen als „nahezu des Lesens und Schreibens unkundig" eingestuft werden, nur 20 Prozent dieser Gruppe sind in der Lage, Aufsätze zu schreiben, 65 Prozent der 17jährigen konnten keine mathematischen Aufgaben lösen, die mehrere rechnerische Schritte voraussetzen. Fremdsprachen sind faktisch weder für den Oberschulabschluß noch für Collegeaufnahme oder Universitätsbesuch eine Vorbedingung.

Kategorisch verlangen die Mitglieder der Studienkommissionen eine Reform des amerikanischen Bildungswesens mit dem Ziel, die Forderungen an Schüler und Studenten zu erhöhen. Dabei werden im einzelnen Vorschläge gemacht, die beispielsweise auch für Deutschland von Bedeutung sind, wo viele der amerikanischen Standards und Regeln übernommen worden sind. So müsse es ein „Zurück zum Basis-Lernen" geben, mit Schwerpunkt auf den Fächern Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften und Computer-Technologie. Vernachlässigung oder gar, wozu Schüler oder Eltern oft das Recht haben, „Ausklammerung" solcher Basis-Fächer zugunsten sogenannter „genereller Kurse" dürften nicht mehr erlaubt werden. Grund- und Oberschulen müßten die Zahl der Unterrichtsstunden erhöhen. Die Unterrichtstage des gegenwärtigen Schuljahres müßten von derzeit 180 auf 220 erhöht werden. Den Schülern müßten wieder mehr Hausarbeiten aufgegeben werden.

„Wenn wir es ernst meinen mit ökonomischem Wachstum in Amerika", heißt es in dem „National Task Force"-Report, „ernst auch mit dem Wunsch, die Produktivität zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Grundindustrien zu verbessern, dann müssen wir darangehen, unser Erziehungs- und Ausbildungswesen auf einen höheren Standard zu bringen, und damit müssen wir heute beginnen." Und in dem Report der Präsidentiellen Kommission wird festgestellt: „Zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes übersteigen die Kenntnisse einer Generation nicht diejenigen ihrer Eltern – ja: Diese Kenntnisse kommen denen der Eltern nicht einmal gleich, auch nicht nur annähernd."

Und „Newsweek", das amerikanische Wochen-Nachrichtenmagazin, beendet eine eigene Analyse mit den Worten: „The country is in trouble" – das Land ist in Schwierigkeiten.

Wachsendes Mißbehagen an Raus Führungsstil

Von WILM HERLYN

Ich bin stolz auf diese Mannschaft", sprach Johannes Rau, „das wird Sachstreit geben, aber keine Loyalitätskonflikte." Das sagte er am 28. Mai 1980, just als er sein nordrhein-westfälisches Kabinett nach dem absoluten Wahlsieg der SPD vorstellte. Seitdem werden in schöner Regelmäßigkeit Gerüchte lanciert, Rau wolle oder müsse seine Mannschaft umbilden. Die Provokation des Hans-Otto Bäumer aber zwingen den Regierungschef nun, die Gedanken, mit denen er seit einigen Wochen spielt, auch in die Tat umzusetzen – früher als geplant. Spätestens Ende dieses Jahres wollte er eine zugkräftige Spitzen-Elf zusammenstellen. Denn die Kommunalwahlen im Herbst 1984 stehen vor der Tür, und dieselbe Mannschaft soll auch die schwierigere Landtagswahl im Frühjahr 1985 bestehen. Hinter vielen Namen stand ein


Landesbericht Nordrhein-Westfalen

Fragezeichen – keines aber hinter dem des Landwirtschaftsministers. Bäumer war eine Bank, auf die man getrost setzen konnte – trotz der in jüngster Zeit zunehmenden Disharmonie zwischen den beiden Politikern, die so unterschiedlich im Naturell sind.

Der „Poltergeist", der aber auch die leisen Töne beherrscht, den die Genossen auch „Zornkönig" nennen, weil er der Königsmacher von Rau in Partei und Regierung war und weil er niemals die Faust in der Tasche ballt, sondern damit impulsiv auf den Tisch schlägt. Bäumer ist einer, der für Überraschungen immer gut ist, der kein Blatt vor den Mund nimmt und dabei auch die eigene Partei nicht schont – und sich selbst auch nicht.

Es ist nicht nur das wachsende Mißbehagen am Führungsstil des Johannes Rau, sondern vielmehr ein Verlust an Vertrauen, mit dieser Art die kommende Zeit zu bestehen. Bäumer meint, die Politik der Zuwendung, der Harmonie und des Dialogs – die Schlagworte und Maxime der Rau'schen Politik – seien nicht mehr zeitgemäß. Rau dürfe „das Land nicht mehr in der Art eines Dorfschulzen betreuen, sondern wahrhaft regieren, sich durchsetzen, auch mit Mehrheiten statt geschlossener Unterstützung arbeiten".

Für die Partei sind die Schönwetterzeiten längst vorbei: Draußen im Land wird der SPD angelastet, sie habe keine Antwort gewußt auf die wirtschaftliche Misere, auf steigende Arbeitslosenzahlen und drängende Umweltprobleme. Für Bäumer ist es ein billiger Triumph, zu wissen, daß er darauf schon lange zuvor hingewiesen hat. Im November 1981 – ein Jahr vor der Wende in Bonn – rief er die SPD auf: „Wir sollten kein Risiko scheuen und lieber Signale setzen, statt eine uferlose und treibsandartige Vermischung der Argumente mitzumachen und hinzunehmen."

Zweieinhalb Jahre später zitiert ihn seine Umgebung: „Die Basis wird aufbegehren, wenn sie dahinterkommt, was sich gelegentlich in Düsseldorf abspielt. Wenn sich Malocher und Waldläufer nicht einmal am Kabinettstisch einigen können, wie soll das Bündnis der Vernunft dann im Lande funktionieren?"

Damit legt Bäumer den Finger in die Wunde der SPD, in ihre „offene grüne Flanke". Er weiß, daß bei den vergangenen Bundestagswahlen in vielen SPD-Ortsvereinen der Kandidat zwar noch gewählt wurde, die Zweitstimme aber den Grünen gehört. Sichtbares Zeichen setzte vor allem der Rand des Ruhrgebiets, in dem die Grünen auf durchschnittlich 4,9 Prozent kamen – nach der Analyse durch frühere SPD-Wähler.

Den Grundstein für den absoluten Wahlsieg 1980 hatte die SPD in ihrem Stammland, im Revier, gelegt – vor allem auch mit ihrem Versprechen einer Kohle-Vorrang-Politik. Inzwischen ist diese Politik ins Wanken geraten, nicht nur wegen der schwierigen Absatzlage der Kohle, sondern auch wegen ihrer Umweltbelastung. Die Umweltargumente lassen die SPD-Wähler schwankend werden und treiben sie den Grünen zu. Bäumer ist der Erfinder des „Bündnisses der Vernunft", des „Bündnisses von Malochern und Waldläufern" – er will damit Umweltpolitik gleichrangig mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verzahnen. Seine Kabinetts-Kollegen sahen das durchaus nicht ein und bügelten ihn einstimmig bei der Verordnung für die Großfeuerungsanlagen nieder, die Bäumer als viel zu zahm ansieht.

Angesichts dieser Haltung nimmt nur noch die Hurtigkeit der Wende wunder, die gestern der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Wohnungsminister Christoph Zöpel vollzog. Schwerpunkt des Regierungshandels sei eine „integrierte Wirtschafts- und Umweltpolitik", erklärte er mit Blickrichtung auf den Landesparteitag an diesem Sonnabend. So ähnlich hätte das Hans-Otto Bäumer auch formulieren können. Die Absicht dieser Erklärung ist leicht zu durchschauen: Auf dem Parteitag in Duisburg soll bohrenden Fragen die Spitze abgebrochen werden mit dem Hinweis: Bäumer hätte – wegen der Umweltpolitik – doch gar nicht zurücktreten müssen. Das liegt auf der Linie von Johannes Rau, der „keinen sachlichen Grund" für Bäumers Demission erkennen konnte.

In früheren Meldungen zu Kabinettsumbildungen fielen häufig die Namen von Inge Donnepp (Justizministerin), Diether Haak (Bundesratsminister), Jürgen Girgensohn (Kultus) und gar Reimut Jochimsen (Wirtschaft). Um so erstaunter wurde jetzt zur Kenntnis genommen, daß Arbeitsminister Friedhelm Farthmann in der vergangenen Woche erklärte: „Manch einer sähe es gerne, wenn ich in die Industrie gehe." Im Gespräch sei, hieß es in Düsseldorf, der Posten des Arbeitsdirektors bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE). „Barer Unsinn", konterte gestern sein Sprecher: „Farthmann seilt sich nicht ab."

Umbesetzungen in Pekinger Regierung

dpa, Peking

Eine Reihe von Umbesetzungen in der Pekinger Regierung hat gestern der chinesische Volkskongreß beschlossen. Dabei wurde mit der Einrichtung eines neuen Ministeriums für Staatssicherheit der chinesische Sicherheitsapparat neu gegliedert und verstärkt.

Das neue Ministerium leitet der bisherige Justizminister Ling Yun. Sein Ministerium übernimmt der bisherige Vizeminister Zhou Yu. An die Spitze des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, dem unter anderem die Polizei untersteht, rückte der 65jährige Liu Fuzhi.

Umbesetzt wurden ferner das Landwirtschaftsministerium sowie die Ministerien für Atomindustrie und Elektronik. Der 65jährige Vize-Ministerpräsident Yao Yilin verlor die Leitung der staatlichen Planungskommission, die künftig von Song Ping geführt wird. Neugegründet wurde eine Kommission für Wissenschaft, Technologie und Rüstungsindustrie, die ebenfalls im Rang eines Ministeriums steht. Beobachter vermuten, daß sie sich vor allem mit der Entwicklung neuer Waffensysteme beschäftigen soll.

In die von Deng Xiaoping geleitete neue Zentrale Militärkommission wählte der Volkskongreß weitere Spitzenfunktionäre, die so wie Deng ebenfalls der Militärkommission der Partei angehören. Zu ihnen zählen der greise Marschall Ye Jianying sowie Verteidigungsminister Zhang Aiping und Generalstabschef Yang Dezhi. Die Umbesetzungen sollen, wie es in Erklärungen des Volkskongresses hieß, eine größere Zahl von jüngeren und gut ausgebildeten Funktionären in führende Positionen bringen.

CSU-Forderungen zur Sozialhilfe

lz. München

Die Sozialhilfe als unterstes Netz der Absicherung soll nach Ansicht des bayerischen Sozialministers Fritz Pirkl nicht durch weitere Kürzungen belastet werden. Die notwendigen Einsparungen könnten durch ein besseres Kontrollsystem erzielt werden, das „schwarze Schafe" aussortiert und die Sozialhilfe auf die wirklich Bedürftigen beschränkt. Der CSU-Politiker schlägt deshalb vor, den Datenschutz und das Bankgeheimnis für den Sozialbereich zu lockern und damit die Angaben über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse besser überprüfen zu können.

Als weitere Maßnahme empfiehlt Pirkl, die Arbeitspflicht von arbeitsfähigen Hilfeempfängern auf vorwiegend gemeinnützige Aufgaben auszudehnen. Dagegen lehnt der CSU-Politiker Bestrebungen ab, unter bestimmten Umständen die Gewährung der Sozialhilfe an Eigenheimbesitzer vom Verkauf ihrer Wohnobjekte abhängig zu machen. Außerdem lehnt Pirkl ab, das Zusatz-Taschengeld für Altenheimbewohner zu streichen, die Hilfe für junge Behinderte zu kürzen, den Leistungsnachweis für Schwerstbehinderte zu verschärfen und bei der Hilfe zum Lebensunterhalt zu kürzen. Für die Sozialhilfe mußten 1982 bundesweit knapp 15 Milliarden Mark gezahlt werden, die Steigerungsrate im letzten Jahr wird auf 15 Prozent geschätzt.

Lissabon treibt Sanierung voran

Mario Soares: Unsere Wirtschaftspolitik entscheidet über die Zukunft der Demokratie

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Noch während die Minister des portugiesischen Koalitionskabinetts Soares ihre Schreibtische einräumen und Staatssekretäre ernennen, laufen die ersten Verhandlungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Angelpunkt für Erfolg oder Mißerfolg der sozialistisch-sozialdemokratischen Koalition bildet ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Wie Kabinettschef Mario Soares bereits in seiner Regierungserklärung betonte, „kommt der Stabilisierung der Zahlungsbilanz absolute Priorität zu".

In Erinnerung an die jahrelange Blockade der Gesetze zur Liberalisierung der Wirtschaft durch den Revolutionsrat der Offiziere wies Soares bei seiner Investitur Staatspräsident General Eanes ganz trocken auf dessen nunmehr beschränkten Aufgabenbereich hin. Nach der Verfassungsreform wurde der Revolutionsrat, dem Eanes vorstand, aufgelöst. Auch Einsetzung und Auflösung eines Kabinetts gehören nicht mehr allein in den Aufgabenbereich des Präsidenten, sondern sind Befugnisse des Parlaments und des (zivilen) Staatsrates. Eanes konterte ebenso nüchtern, indem er Soares, der 1978 als Chef einer Minderheitsregierung gescheitert war, auf dessen erheblich bessere Bedingungen hinwies: „Der Erfolg hängt jetzt allein von Ihrer Kapazität und dem Verantwortungsbewußtsein der neuen Dirigenten ab." Damit die Spannung zwischen beiden erhalten bleibt, ernannte die Koalition Vizeministerpräsident Mota Pinto zum Verteidigungsminister. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Chefs der Streitkräfte zu ernennen, eine Aufgabe, die sich lange Zeit Eanes vorbehielt.

Die Regierung Soares läßt keinen Zweifel offen, daß über ihren Bestand und damit über die demokratische Entwicklung des Landes allein die Wirtschaftspolitik entscheidet. Damit Finanzminister Hernani Lopes in Kürze mit maßgeblichen Funktionären des IWF verhandeln kann, müssen schon in den nächsten Tagen im Parlament die legislativen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Die Regierungskoalition verfügt über eine ausreichende Mehrheit im Parlament, um die Ende nächster Woche anstehenden Parlamentsferien so lange hinauszuschieben, bis die ersten Liberalisierungsgesetze verabschiedet sind: unter anderem die Zulassung privater Banken und Versicherungsinstitute und die Reprivatisierung verschiedener Wirtschaftszweige.

Maßnahmen dieser Art bilden die Voraussetzung für eine Steigerung der Produktivität in Industrie und Landwirtschaft über den Wettbewerb. Offensichtlich gehört das auch zu den Mindestforderungen des IWF für einen Initialkredit der letzten Stunde: Die Auslandsschulden Portugals betragen bereits 13 Milliarden Dollar; das sind 57 Prozent des Bruttonationalproduktes. Vier Milliarden Dollar Schulden müßten eigentlich bis Ende dieses Jahres zurückgezahlt werden. Der kürzlich von einem privaten internationalen Bankenkonsortium gewährte Kredit von 300 Millionen Dollar genügt hierzu nicht.

Hinter dem ebenfalls heißumkämpften „Gesetz zur Abgrenzung des öffentlichen und privaten Sektors" der Wirtschaft, das auch in den nächsten Tagen verabschiedet werden muß, verbergen sich die Zulassung privater Banken und Versicherungsanstalten neben den verstaatlichten Geldinstituten sowie eine Förderung und Erweiterung der Privatwirtschaft durch Investitionsanreize. Mario Soares: „Die Überbürokratie teurer Staatsbetriebe können wir uns einfach nicht mehr leisten – auch nicht in der Landwirtschaft." Die Kommunistische Partei wird nicht nur im Parlament heftig dagegen opponieren; KP-Chef Cunhal kündigte bereits „Maßnahmen" an, um die „Errungenschaften" jener Revolution zu verteidigen, die die portugiesische Volkswirtschaft um ein Jahrzehnt mindestens zurückgeworfen hat.

Da die Mehrzahl der Arbeiter längst die Folgen jener Abeiterselbstverwaltung in den Betrieben erfuhr, beschränkt sich die Wirksamkeit politischer Streiks auf den Lissabonner Industriegürtel und die von kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären beherrschten Kollektivgüter im Gebiet der Landreform. Einen gefährlichen Druck kann die KP allerdings über die großen Industriebetriebe auf die Regierung ausüben. (SAD)

Rom erlebt eine farblose Kampagne

Italien in der Endphase des Wahlkampfs / Erwartet wird bestenfalls ein Null zu Null

Von F. MEICHSNER

Die Italiener sprechen über Politik wie über Fußball: um sich zu vergnügen." Fiat-Präsident Gianni Agnelli sagte das dieser Tage in einem Interview, das er in New York der „New York Times" gab. Er verschwieg dabei freilich, daß von wirklichem Vergnügen im Augenblick weder im einen noch im anderen Fall die Rede sein kann. Der Wahlkampf für die um ein Jahr vorgezogenen Parlamentsneuwahlen am 26. und 27. Juni ist ebenso langweilig, wie das die letzten Spiele der italienischen Fußballnationalmannschaft waren.

Und wie bei diesen Spielen der müde gewordenen „Azzurri" ist das Ergebnis auch in der politischen Arena vorauszusehen: eine Niederlage, die sich nach monatelanger Lähmung der Legislative in einer neuerlichen Verschärfung der Krise ausdrücken kann, oder bestenfalls ein ebenso überflüssiges wie unbefriedigendes Null zu Null, das heißt eine Bestätigung des alten politischen Kräfteverhältnisses.

Eintönig-grau, wie sie begonnen hatte, geht die Wahlkampagne in ihre letzte Phase. Die Positionen sind unverändert. Auf der einen Seite fordern die Christdemokraten ein Mandat für eine entschiedenere Sparpolitik und für die Fortsetzung der traditionellen Sicherheitspolitik, die sich heute auf die volle Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses zur Wiederherstellung des Raketengleichgewichtes in Europa konzentriert. Auf der anderen Seite versprechen die Kommunisten ein wirtschaftliches Krisenmanagement ohne allzu große Opfer für die Arbeiterklasse und die Friedenssicherung ohne westliche Nachrüstung.

Dazwischen steht der sozialistische Parteisekretär Craxi. Er will sich weder auf die eine noch auf die andere Position festlegen lassen und hält seine Karten weitgehend verdeckt. Das einzige, was er bisher klar zu erkennen gegeben hat, ist sein Ehrgeiz, nach den Wahlen Ministerpräsident zu werden. In der Wirtschaftspolitik erweckt er den Anschein, als wolle auch er – wie das die Kommunisten versprechen – die Krise weniger durch Opfer, die die Masse der Bevölkerung treffen müßten, als durch eine dirigistische Investitionspolitik beilegen.

In der Sicherheitspolitik verweist er zwar gelegentlich auf die sowjetischen Raketen, die auf Italien gerichtet sind, plädiert aber gleichzeitig für die zeitlich unbegrenzte Fortsetzung der Genfer Ost-West-Verhandlungen bis zur Erreichung eines Kompromisses.

Manche Beobachter sind der Überzeugung, daß Craxi „das linke Blinklicht einschaltet, um dann nach rechts abzubiegen". Ministerpräsident kann er jedenfalls nur dann werden, wenn seine Partei bei den Wahlen einen deutlichen Stimmenzuwachs erhält (bei den letzten Wahlen betrug der Stimmenanteil nur 9,8 Prozent), und wenn er sich mit der Democrazia Cristiana über ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen kann. Für die von der KP angestrebte Linksalternative dürfte auch im neuen Parlament die Basis fehlen. Craxi hat sie deshalb – und das war bisher eine seiner wenigen klaren Aussagen im Wahlkampf – als nicht aktuell ausgeschlossen.

Für etwas Farbe sorgen in der ansonsten recht farblosen Kampagne am Rande eigentlich nur die Radikalen. Ihr Chef Marco Panella präsentierte sich dieser Tage im Fernsehen im Hungerstreik-Look – abgemagert, ohne Oberhemd, in einem kragenlosen Strickpullover – und attackierte die gesamte „Partitokratie", von den Christdemokraten über die Sozialisten bis zu den Kommunisten. Er forderte die Wähler auf, wenn sie schon nicht radikal wählen wollten, sollten sie zumindest aus Protest gegen diese „Betrugswahlen" weiße Stimmzettel abgeben oder auf die Stimmzettel ihre Forderungen schreiben.

In nicht geringe Verlegenheit hat eine Aktivistin der radikalen Partei die Kommunisten gebracht. Nachdem Dora Pezzilli von der traditionell „puritanischen" KP in Friaul als Unabhängige auf die kommunistische Liste für die dortigen Regionalneuwahlen gesetzt worden war, erweckte die etwas pummelige Mittdreißigerin mit ihrem Wahlkampf landesweit Aufsehen. Sie ging an die nördlichen Adriastrände, um für das Recht des Bürgers auf nahtlose Bräune einzutreten. Demonstrativ entledigte sie sich während ihrer „Wahlreden" all ihrer Kleidungsstücke, mit Ausnahme der randlosen Intellektuellenbrille. KP-Funktionär Zanoli aus ihrer Heimatstadt Pordenone gab offen zu: „Die Reaktion bei vielen Genossen war negativ. In der Partei herrscht Verlegenheit, das ist nicht zu leugnen." Nur das KP-Gemeinderatsmitglied Ugo Poli fühlte sich bei einer der Pezzilli-Shows ermutigt, der radikalen Genossin nachzueifern. Er posierte neben der streitbaren Eva als Adam.

Aussiedlung als Thema bei Kohls Moskau-Reise

MANFRED SCHELL, Bonn

Angesichts des „erschreckenden Tiefstands" bei der Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion wird das Thema Familienzusammenführung zu den „drükkendsten Themen" beim Besuch des Bundeskanzlers Anfang Juli in Moskau gehören. Wie Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf dem Landestreffen der Banater Schwaben in Landshut betonte, werde Kohl „deutlich machen, daß eine befriedigende Behandlung der Ausreisewünsche von Deutschen eine Voraussetzung für bessere Beziehungen zwischen unseen Ländern ist".

Die Bundesregierung betreibe zwar „keine Volkstumspolitik", aber sie sei in der Frage der Volksgruppenrechte im Wort. Positive Zeichen gebe es in dieser Hinsicht aus Rumänien. Außerdem brauchten sich nach der Übereinkunft mit Bukarest die Deutschen wegen des bestehenden Auswandererdekrets „keine Sorgen mehr zu machen". Für die nächsten Jahre könne man wieder mit 11 000 Aussiedlern pro Jahr rechnen.

Er möchte nicht mißverstanden werden, sagte Zimmermann: Die Bundesregierung fordere keinen Deutschen auf – in Oberschlesien oder Kasachstan, im Banat oder wo auch immer –, das Land, in dem er lebe, zu verlassen und in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Bonn fordere ebensowenig jemanden auf, dort zu bleiben. In beiden Fällen sei die Entscheidung von höchstpersönlicher Art. Aber wer sich entschlossen habe, zu kommen, dem werde die Bundesregierung mit allen ihren Möglichkeiten helfen. Dies sei keine innere Angelegenheit des Ausreisestaates, sondern ein Menschenrecht. Und wer bleibe, der habe Anspruch „auf Achtung und Wahrung seiner Identität, auf Sprache und Brauchtum, Schulen und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen, auf Gottesdienste und Pflege eigenen Kulturlebens".

Tokio: Einladung Warschaus abgelehnt

dpa, Tokio

Die japanische Regierung hat eine Einladung aus Warschau für Außenminister Shintaro Abe als „unzeitgemäß" abgelehnt, weil sich die innenpolitische Situation Polens auch nach der Lockerung des Kriegsrechts kaum verändert habe.

Wie ein offizieller japanischer Sprecher in Tokio nach Unterredungen mit polnischen Regierungsvertretern sagte, wollte sich Tokio mit der gleichen Begründung auch nicht auf die von Warschau gewünschte Aufhebung der Wirtschaftssanktionen einlassen. Auch eine Wiederaufnahme der bereits 1978 unterbrochenen Verhandlungen über den Abschluß eines bilateralen Luftfahrtabkommens stehe gegenwärtig nicht zur Debatte, hieß es. Die eintägigen Konsultationen waren die ersten seit Verhängung des Kriegsrechts in Polen vom Dezember 1981. Im Zuge dieser Maßnahme hatte Tokio unter anderem die Neuvergabe von Krediten an Polen gesperrt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Nach dem politischen Durchbruch von Stuttgart steckt für die Kommission jetzt der Teufel im Detail

Dann stufte Mitterrand die Außenminister herab

BERNT CONRAD, Bonn

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat dafür gesorgt, daß die EG-Außenminister künftig an den Gipfelkonferenzen der europäischen Staats- und Regierungschefs nur noch „unterstützend", nicht aber als gleichberechtigte Partner teilnehmen können. Dies ergibt eine genauere Prüfung der am Sonntagmittag auf dem Stuttgarter Europagipfel unterzeichneten „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union".

Bisher galt die Regel, daß die Staats- und Regierungschefs gemeinsam mit den Außenministern der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten und einem der Vizepräsidenten der EG-Kommission im Europäischen Rat zusammenkamen. So war es auch in dem nach jahrelangem Ringen fertiggestellten letzten Entwurf der Genscher/Colombo-Initiative, datiert vom 18. 6. 1983, vorgesehen.

Mitterrand setzte nun durch, daß in einer Textänderung zwei Klassen von Gipfelteilnehmern definiert wurden: die Staats- und Regierungschefs und der Präsident der Kommission als Vollmitglieder, ein Stockwerk tiefer die Außenminister und ein weiteres Mitglied der Kommission quasi als Assistenten.

Diese Änderung gehörte zu den Vorschlägen, die der französische Staatspräsident ganz überraschend am Samstagmorgen auf der Stuttgarter Gipfelkonferenz gemacht hatte. Er habe in der letzten Nacht zum ersten Mal den Text der „Feierlichen Deklaration" gelesen und sei zu der Ansicht gelangt, daß daran noch einiges geändert werden müsse, sagte Mitterrand. Es kam dann auch wirklich zu mehreren Korrekturen kurz vor Toresschluß.

Eine davon spiegelt Mitterrands Wunsch wider, den „sozialen Fortschritt" auch auf europäischer Ebene voranzutragen. In dem von den Außenministern ausgehandelten Text war die Entschlossenheit niedergelegt worden, „der Sozialpolitik der Gemeinschaft und insbesondere der Beschäftigung hohe Priorität einzuräumen". Auf Drängen Mitterrands wurde dies in den Willen umgemünzt, „dem sozialen Fortschritt der Gemeinschaft und insbesondere dem Problem der Beschäftigung durch die Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik hohe Priorität einzuräumen".

Aus dem Entwurf gestrichen wurde dagegen die Forderung nach „größerer wirtschaftlicher Disziplin". Die Franzosen fanden es ausreichend, in diesem Punkt nur eine „wirksamere Koordinierung der einzelstaatlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen" zu propagieren. Zum Ausgleich kam noch der zusätzliche Wunsch nach einer „besseren Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme" in den Text hinein.

Ebensowenig wie diese nach Bonner Ansicht eher „kosmetische Operation" fiel in der Öffentlichkeit auf, daß durch die Streichung eines einzigen Wortes in den „Schlußfolgerungen des Europäischen Rates" der Nahost-Absatz in seinem Sinn verändert wurde. Von deutscher Seite war vorgeschlagen worden, die Unterzeichnung des israelisch-libanesischen Abkommens über einen Truppenabzug als einen „wichtigen Schritt" zu bezeichnen. Andere Partner setzten jedoch den Wegfall der Bemerkung „wichtig" durch. Damit wurde die Aussage neutralisiert.

Die Zielvorgaben sind klar, die Wege dahin noch offen

Von ULRICH LÜKE

Die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Stuttgarter Gipfeltreffen am Wochenende das größte Problempaket in der Geschichte der Gemeinschaft geschnürt. Dabei handelt es sich nicht nur um sachliche, sondern auch um zeitliche Verknüpfungen. Sie waren notwendig, um zu vermeiden, daß ein Teil des Problempakets vorab verabschiedet werden kann. Jeder Teil hängt jetzt vom anderen ab. Das gilt selbst für den „Beitragsrabatt" in Höhe von 1,7 Milliarden Mark, den die EG-Partner Großbritannien für 1983 zugestanden haben. Gibt es bis zur Verabschiedung des EG-Budgets 1984, im Dezember dieses Jahres, keine Einigung über das Gesamtpaket, muß auch der Beitragsrabatt wohl aufgeschoben werden.

Eine weitere zeitliche Verknüpfung existiert zwischen der Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Spanien und Portugal und der Ratifizierung des neuen EG-Finanzrahmens. Beide Verfahren sollen zeitgleich in den nationalen Parlamenten ablaufen; auf dem Stuttgarter Gipfel herrschte Zuversicht, daß dies Mitte nächsten Jahres der Fall sein wird.

Folgende fünf Probleme wurden in Stuttgart zum Paket geschnürt:

1. Die künftige Finanzierung der Gemeinschaft.
2. Die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken.
3. Die Fragen, die mit der Erweiterung der EG zusammenhängen.
4. „Besondere Probleme einiger Mitgliedsstaaten im Haushaltsbereich", womit die Tatsache gemeint ist, daß Großbritannien und die Bundesrepublik erheblich mehr Mittel an Brüssel abführen als sie zurückerhalten, und schließlich
5. Der „Sparteil" oder wie es das Gipfelkommuniqué ausdrückt: Die „Notwendigkeit einer strengeren Haushaltsdisziplin".

Diese Reihenfolge ist zufällig, sie drückt keine Prioritäten aus. Das Gipfelkommuniqué enthält zu diesen fünf Teilen kaum konkrete Vorgaben der Regierungschefs an den Ministerrat. Die Ziele werden genannt – wie sie erreicht werden sollen, bleibt weitgehend offen. Zunächst einmal muß die Brüsseler EG-Kommission an die Arbeit gehen. Sie hat den Auftrag erhalten, bis zum 1. August (den Beginn der europäischen Sommerpause) zwei Vorschläge auf den Tisch zu legen: Einen zur Reform der Agrarpolitik, einen weiteren über mögliche Veränderungen im Regional- und Sozialfonds sowie bei den Strukturhilfen für die Landwirtschaft. Die griechische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1983 dürfte den ersten Sonderministerrat also frühestens nach der Sommerpause einberufen können.

Hauptziel aller Reformbemühungen, so wie sie im Gipfelkommuniqué festgehalten sind, ist es, „einerseits die bestehenden Politiken zu modernisieren und wirkungsvoller zu machen sowie die vorrangigen Bereiche für ein neues Vorgehen der Gemeinschaft zu bestimmen und andererseits sicherzustellen, daß die Politiken kostenlos durchgeführt und wo immer möglich Einsparungen erzielt werden".

Vermeidung von Doppelarbeit

Zu den einzelnen Teilen des Paketes sagt das Kommuniqué dann weiter:

● Künftige Finanzierung der Gemeinschaft: Erst auf der Grundlage der (noch zu erzielenden) Ergebnisse (neue Politiken, Haushaltsdisziplin etc.) sollen „Ausmaß und Zeitplan des Gemeinschaftsbedarf an eigenen Mitteln festgelegt" werden. Das heißt: Die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils für Brüssel, den die Kommission fordert, wird am Ende der Beratungen stehen. Einige EG-Staaten wären durchaus bereit gewesen, die EG-Finanzen sofort zu erhöhen, Hauptgegner dieses Vorgehens waren die Deutschen und die Briten, beide haben aber signalisieren müssen, daß sie eine Erhöhung des Mehrwertsteueranteils mittragen werden.

● Die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken: Zu diesem Kapitel gehören sowohl die Verbesserung der bestehenden als auch die Festsetzung neuer EG-Politiken. Der Europäische Rat von Stuttgart hat beschlossen, Aktionen der Gemeinschaft in den Bereichen Forschung, Innovation und neuen Technologien weiter zu entwickeln. Die Regierungschefs versprechen sich davon zum einen die Vermeidung von Doppelarbeit (z. B. in der Forschung) und damit einen Beitrag zur effizienteren Nutzung öffentlicher Gelder, zum anderen eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Als Beispiel für eine EG-Aktion dieser Art dient das sogenannte Esprit-Programm. Esprit steht für Europäisches Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologien.

Auf Drängen der Deutschen einerseits, der Franzosen andererseits wurde in das Stuttgarter Gipfel-Kommuniqué der zusätzliche Satz aufgenommen: „Umweltschutz, Beschäftigungspolitik vor allem für Jugendliche und Sozialpolitik erhalten einen gleich hohen Vorrang." Konkretere Ausführungen gibt es dazu nicht.

● Fragen, die mit der Erweiterung zusammenhängen: Hier geht es vor allem um den Schutz der Bauern in Italien, Südfrankreich und Griechenland nach dem Beitritt Spaniens und Portugals. Das Angebot an Mittelmeerprodukten wird durch die Süderweiterung sprunghaft steigen. Die Bauern befürchten einen drastischen Preisverfall und fordern Regelungen ähnlich denen, die für Produkte im Norden der Gemeinschaft, Milch und Getreide etwa, seit langem bestehen. Das Gipfel-Kommuniqué gibt auch dazu keine Details.

● Beitragsprobleme Großbritanniens und der Bundesrepublik: Ziel ist es, im Gipfeldeutsch, „Maßnahmen zu vereinbaren, die in ihrer Gesamtheit die immer wieder auftretenden Probleme zwischen den Mitgliedsstaaten über die finanziellen Folgen des Haushalts der Gemeinschaft und seiner Finanzierung vermeiden. In der EG-Diskussion sind mehrere Strategien, der Haushalt müßte so umstrukturiert werden, daß nicht zwei Drittel für die Agrarpolitik aufgewendet werden müßten. Großbritannien profitiert vom jetzigen System kaum, weil sein landwirtschaftlicher Export klein, sein Import aber groß ist.

Alle Politiken werden durchforstet

Eine andere Strategie: Die Mittel, die die einzelnen Staaten nach Brüssel überweisen, werden nach „objektiven Kriterien" gestaffelt. Nach dem Bruttosozialprodukt etwa oder nach der Höhe der Agrarproduktion. Die jährliche Diskussion über den Rabatt für Großbritannien und über die deutsche Beteiligung an diesem Rabatt soll jedenfalls endlich ein Ende haben.

● Strengere Haushaltsdisziplin: Wichtigster Ansatz zum Sparen ist der Agrarbereich. Die Grundprinzipien der Agrarpolitik sollen nach dem Willen der Regierungschefs unverändert bleiben. Ziel ist jedoch eine „wirksame Kontrolle der Agrarausgaben". Eine Reduzierung der Agrarausgaben wurde dagegen nicht ausdrücklich festgeschrieben. Im Schlußkommuniqué heißt es nur noch: „Alle Mitgliedsstaaten müssen zur Erreichung der Einsparungen ihren Beitrag leisten."

Wie die Agrarpolitik geändert werden kann, ist strittig. Die Diskussion beginnt hier offenbar wieder bei Null.

Die Deutschen würden gerne bei der Preispolitik, bei den Garantieschwellen für einzelne Produkte oder bei der Erzeugermitverantwortung ansetzen; das hieße beispielsweise: Die Landwirte würden stärker an den Kosten der Überschußproduktion beteiligt.

Die Franzosen setzen anders an. Sie verweisen darauf, daß zum Beispiel durch die hohe Übersee-Einfuhr von Soja die Absatzchancen europäischen Futtergetreides innerhalb der Gemeinschaft behindert werden. Folglich streiten sie für eine Importbeschränkung, was aber sofort die Amerikaner auf den Plan riefe.

Die Beispiele zeigen, es gibt eine Fülle von Möglichkeiten der Änderung der EG-Agrarpolitik. Das Stuttgarter Kommuniqué zählt sie alle auf, entscheidet sich aber für keine.

Den Sparappell haben die Regierungschefs nicht auf den Agrarbereich beschränkt. Alle bestehenden Politiken werden im kommenden Halbjahr durchforstet werden, Regional- und Sozialfonds zum Beispiel auf Doppelarbeit und doppelte Ausgaben. Bis Ende des Jahres soll der Europäische Rechnungshof zudem alle Brüsseler Aktivitäten „unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung" prüfen.

Die Europäische Gemeinschaft hat sich auf dem Stuttgarter Gipfel ein ehrgeiziges Ziel gesteckt. Ministerrat und Kommission stehen angesichts vieler vager Vorgaben jetzt vor dem Problem, konkret werden zu müssen.

Papst erinnert an die Einbettung Polens in die westeuropäische Kultur / Bonn: Versöhnungswerk der Vertriebenen

Warschau über Papstreise beunruhigt

■ Fortsetzung von Seite 1

dem Stuhle Petri, sondern auch mit Rom als kulturellem Zentrum." Und Johannes Paul II. schickte wie zur Bekräftigung den Satz hinterher: „Deshalb trägt auch die polnische Kultur vor allem Anzeichen der westeuropäischen Kultur."

Nach der Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit 1918 habe das „katholische Posen" seinen Glauben im Bau des dem Heiligen Herzen Jesu geweihten Monuments manifestiert. Der Papst: „Dieses Monument wurde während des Zweiten Weltkrieges von den Invasoren zerstört. An seinem Platz stehen heute zwei Kreuze, die zum Gedenken an die Opfer von 1956 (beim Aufstand gegen das stalinistische Regime) errichtet wurden. Aus verschiedenen Gründen wird dieses Werk von der Gesellschaft Posens und von ‚Großpolen' verehrt. Deshalb wünsche auch ich, an diesem Platz niederzuknien und meine Verehrung zu bekunden."

Gestern nachmittag flog der Papst nach Kattowitz weiter. Bisher zeigte er trotz des anstrengenden Reiseprogramms kaum Anzeichen der Ermüdung.

Die polnischen Behörden haben, wie gestern bestätigt wurde, am Tag des Papst-Besuchs in Tschenstochau den katholischen Intellektuellen-Klub (KIK) in der südpolnischen Stadt geschlossen. Der Klub zählt etwa 200 Mitglieder und kümmert sich nach eigenen Angaben um Arme und um „die Leidenden".

In Tschenstochau forderte der Papst die polnischen Bischöfe auf, sich um ihren Primas Glemp zu scharen. Glemps vorsichtige Politik ist im Episkopat nicht umstritten.

Die Bischöfe wurden vom Papst auch aufgefordert, „jeden Mitbürger zu verteidigen, jedes Leben zu schützen und Verletzungen zu verhindern, die schnell eintreten, wenn man geschlagen wird, besonders wenn es sich um junge und schwache Körper handelt". Damit spielte er auf den Tod des 19jährigen Studenten Grzegorz Przemyk während eines Verhörs auf einer Warschauer Polizeidienststelle an.

Die Begegnung zwischen dem Papst und Arbeiterführer Walesa ist nach vatikanischen Angaben für Mittwoch oder Donnerstag in Krakau vorgesehen.

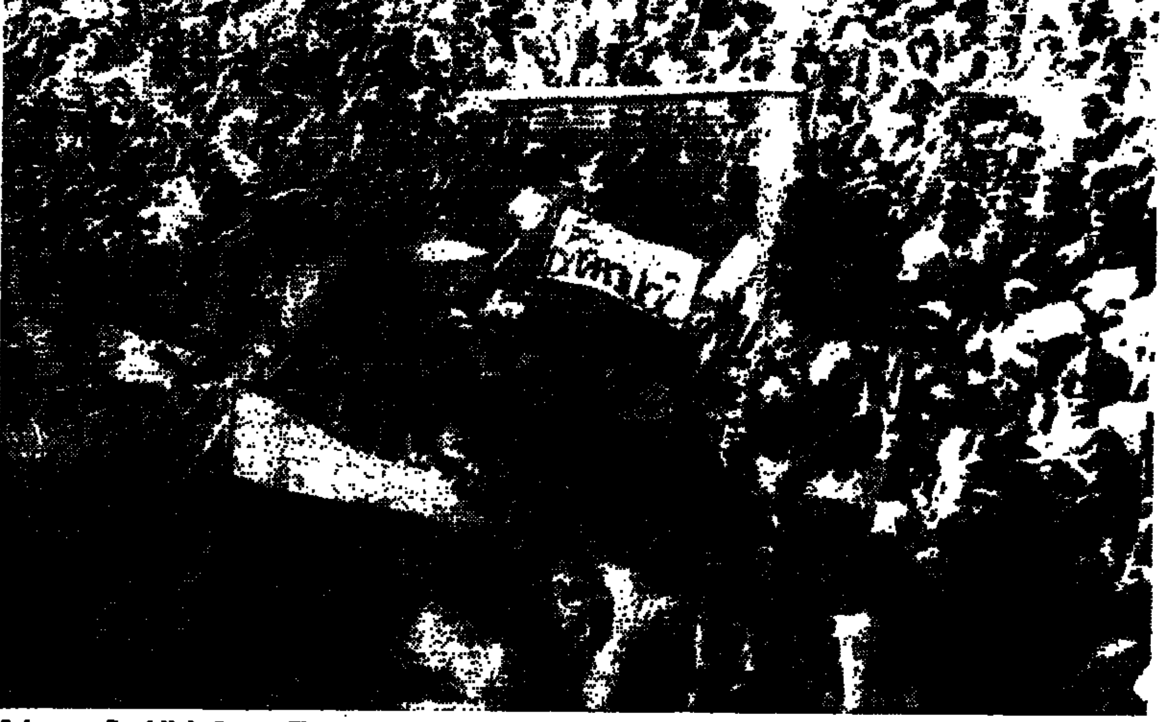
So war es beim ersten Papstbesuch 1979

Von CARL G. STRÖHM

Sind wirklich schon vier Jahre seit jenen Sommertagen vergangen, als der polnische Papst 1979 zum ersten Mal seine Heimat besuchte? Damals schien das ganze Land von einer Welle der Zuversicht und des Optimismus erfaßt zu sein. Nach der ersten Messe unter freiem Himmel, auf dem Warschauer Siegesplatz, zu der Hunderttausende gekommen waren, sagte ein Journalist aus einem kommunistischen Land: „Das ist ein Plebiszit mit den Füßen." Und nach einer Weile fügte er hinzu: „Das ist das Ende des Regimes Gierek."

Warschau schien damals völlig in der Hand der Kirche zu sein. Nirgends war Polizei zu sehen – statt dessen waren katholische Geistliche mit Armbinden als Ordnungshüter eingesetzt. Als eine unübersehbare Menschenmenge auf die Einfahrt des Papstes in die Hauptstadt wartete, hörte man einen katholischen Pfarrer über die Lautsprecheranlage rufen: „Es kommt der Papst der Menschenrechte, der Papst, der die Ungerechtigkeiten und die Unterdrückung überall auf der Welt verurteilt und seine Stimme für uns erhoben hat ..."

Auf dem Felde von Gembarzewo bei Gnesen standen die Menschen dichtgedrängt – ein unübersehbares Heer, Jung und Alt, Feuerwehrleute mit silbern glänzenden Helmen, Veteranen mit den Orden des letzten Krieges, junge Mädchen. Ein ausländischer Reporter fragte vielleicht etwas vorwitzig einen Mann mittleren Alters, der mit einer polnischen Fahne vor der Tribüne stand: „Wenn es zu einem Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Papst kommen sollte, wem würden Sie mehr gehorchen – der Regierung oder dem Papst?" – „Natürlich dem Papst", antwortete der Mann unter dem Beifall der Umstehenden.



Johannes Paul II. in Posen. Ein Transparent trägt die Aufschrift: „Kein gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Europa auf seiner Landkarte" FOTO: AP

Dann marschierten die Menschen – wiederum Hunderttausende – auf der Landstraße in die Stadt Gnesen hinein, wo für den Nachmittag die Begegnung Johannes Pauls II. mit der Jugend und den Studenten vorgesehen war. Wiederum – nirgends war Polizei zu sehen, die Masse organisierte sich gewissermaßen selber, man marschierte – viele angesichts der Hitze mit entblößtem Oberkörper, nicht wenige junge Mädchen im Bikini-Oberteil – auf der ganzen Breite der Landstraße. Patriotische und religiöse Lieder erklangen. Einige schwenkten polnische Fahnen oder hatten sich Bilder des Papstes auf den Rücken geklebt. An den Häusern links und rechts der Straße hatten die Bewohner Eimer mit Trinkwasser aufgestellt. Auch in Gnesen verlief alles so, als gebe es eine unsichtbar ordnende Hand über diesen vielen Menschen. Nirgends Feindlichkeit oder Haß – im Gegenteil: Es herrschte eine heitere, gelöste Stimmung. „Man sagt immer, die Polen hielten nichts von Ordnung, aber wie Sie sehen – es gibt sie, die polnische Ordnung", erklärte einer der jungen Pilger, ein Student aus Krakau, nicht ohne Stolz.

Dennoch, in der Heiterkeit und Unbeschwertheit jener Tage klang schon der Ernst der Zukunft an. Da sprach Johannes Paul II. in seiner Gnesener Predigt das Wort aus, er wolle „der Papst der Slawen" sein und für jene Völker sprechen, die bisher stumm sein mußten. Führte von diesen Worten nicht eine Spur zu dem späteren Agca-Attentat in Rom? Kardinal Wyszynski, der inmitten des Trubels von Gnesen schon fast entrückt wirkte, als ahne er seinen nahen Tod, erklärte angesichts der singenden jungen Leute zu Füßen des gleichfalls ins Mikrophon singenden Papstes: „Heiliger Vater, du mußt wohl einen neuen Primas ernennen, denn die Jugend gehorcht mir nicht mehr ..."

Die Oppositionellen vom Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR) waren damals gleichfalls voller Zuversicht. „Dieser Papst gehört zu uns, er hat schon als Erzbischof von Krakau die Menschenrechte verteidigt", sagte mir Jazek Kuron, den ich in seiner bescheidenen Wohnung in einem Mietshaus besuchte. Hier allerdings sah man die Staatsmacht in Aktion: Vor dem Fenster patrouillierten einige seltsame Gestalten in Zivil. Kuron: „Das sind meine Beschatter. Manchmal dringen sie auch in die Wohnung ein und werden handgreiflich. Aber jetzt, wo der Papst da ist, benehmen sie sich anständig." Kuron glaubte damals, im Sommer 1979, daß die Sowjets klug genug sein würden, Polen eine Art innere Autonomie zu gewähren – und er sah in dem Papstbesuch einen Anfang in dieser Richtung. Das alte System sei erledigt und tot; und es komme jetzt nur darauf an, eine Ordnung zu schaffen, die wirklich vom Volk und von der Gesellschaft akzeptiert werde. Damals wußte man noch nichts von der „Solidarität", aber die Gedanken Kurons gingen bereits in diese Richtung: Die Arbeiterschaft und die Intellektuellen – das sei die entscheidende Kombination, meinte er. Heute sitzt Kuron im Gefängnis und wartet mit anderen KOR-Mitgliedern auf seinen politischen Prozeß. Dieser unbeugsame Mann hatte schon damals Unsagbares an Haft und politischen Schikanen mitmachen müssen.

Wie stets in Polen, finden sich neben Hoffnung auch Zorn und Verzweiflung. „Die Russen haben uns ein fremdes, ein asiatisches Regime aufgezwungen", sagte mir eine junge Studentin. „Wir wollen kein russisches System, wir wollen nach unserer eigenen Art leben. Haben wir nicht genug Opfer dafür gebracht?"

In Krakau, während die Menschen auf den Papst warteten, erhob sich ein Pfeifkonzert, als ein Polizeihubschrauber über den Köpfen auftauchte. Fäuste wurden geballt und Schimpfworte ausgestoßen. Und da war sie auch schon, die Zomo, die berüchtigte kommunistische Bereitschaftspolizei: Während auf den Hauptstraßen Hunderttausende von Menschen auf den Knien den Papst erwarteten, der dann mit ausgebreiteten Armen grüßend und segnend vorbeifuhr, standen in den Seitengassen, versteckt auch hinter Parkbäumen, Hunderte von Panzerspähwagen, Einsatzfahrzeugen und Wasserwerfern der polnischen Bereitschaftspolizei. Die Polizisten, alles junge stämmige Kerle, hatten sich den Sturmriemen unter das Kinn geschnallt; und während von der Hauptstraße das Gebet und die Lieder der Menge ertönten, lehnten sie lässig an ihren Fahrzeugen, Zigarette im Mundwinkel, spielten mit ihren Schlagknüppeln – so, als ginge sie das alles gar nichts an. Das war also das „andere Polen": Diese Polizisten hatten mit dem Volk und dem Papst nichts zu tun, und sie zeigten es auch noch auf provokante Art.

Kaum hatte die Kolonne des Papstes die Straße passiert, da bogen mit donnerndem Getöse die Einsatzwagen der Zomo aus den Seitenstraßen und fuhren an den Menschen vorbei, die gerade noch den lachenden Papst gesehen hatten. Die Wasserwerfer, die Panzerwagen, die schwerbewaffneten Polizisten. Das alles sollte die Anhänger des Papstes daran erinnern: „Seht, wir sind auch noch da. Freut euch nicht zu früh." Es war wie ein Kälteeinbruch an einem Frühlingstag – oder auch wie eine Vorwegnahme des 13. Dezember 1981.

Windelen: Einen neuen Anfang setzen

DW. Bonn

Zum Papst-Besuch in Polen hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, auf die besondere Verantwortung zur Aussöhnung mit dem Osten hingewiesen. Insbesondere hätten sich die Kirchen und die Heimatvertriebenen um Gerechtigkeit, Recht und Vergebungsbereitschaft bemüht. Windelen:

„Wir vergeben und bitten um Vergebung" – dieses bewegende Wort der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 haben die deutschen Heimatvertriebenen mit Dank und Genugtuung gehört und angenommen. Sie stehen auch hinter der Bitte um Vergebung, welche deutsche Bischöfe an das polnische Volk gerichtet haben. Viele Vertriebene haben ganz persönlich dazu beigetragen, Brücken über Grenzen zwischen Deutschen und Polen zu schlagen: durch karitative Hilfe und durch viele Aktionen zugunsten der bedrängten Kirche in ihrer alten Heimat. Aus verständlichen Gründen kann darüber nicht viel gesprochen werden.

Schon 1950 verzichteten die deutschen Heimatvertriebenen in der Charta von Stuttgart ausdrücklich auf Rache und Vergeltung. Weder wollten sie ihre Heimat zurückerobern noch im Westen Revolution machen. Welches andere Volk der Erde hätte Teilung, Amputation und Vertreibung in gleicher Weise hingenommen?

Nein, die deutschen Heimatvertriebenen sind keine Revanchisten. Revanche, das heißt Rache und Vergeltung. Gerade das haben sie ausgeschlossen. Aussöhnung mit dem Osten ist mehr als Vergebung. Aussöhnung will einen neuen Anfang setzen. Versöhnung unter den Völkern aber kann es nur geben, wenn die berechtigten Anliegen beider Seiten in Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Vergebungsbereitschaft und Sorge um das Wohl aller berücksichtigt werden. Ist es aber den Menschen unter kommunistischer Herrschaft erlaubt, Unrechtsbewußtsein auszusprechen? Die polnischen Bischöfe wurden für ihr bewegendes Wort von der Regierung hart gerügt ...

Die deutschen Heimatvertriebenen ... haben stellvertretend die Hauptlast des Krieges getragen, obschon sie sicher nicht schuldiger waren als andere. Auf sie kommt es beim notwendigen Prozeß des Ausgleichs und der Aussöhnung besonders an ...

Sozialwohnung oder Sozialmiete

München stellt Bedürftigen frei, auf welche Weise sie gefördert werden wollen

PETER SCHMALZ, München

Einen neuen Weg, der aus der „Sackgasse des sozialen Wohnungsbaus" führen soll, hat die Stadtverwaltung von München geebnet. Durch ein in der Bundesrepublik bisher einmaliges Förderungsmodell wird künftig nicht nur der Bau von Sozialwohnungen unterstützt, sondern auch der Mieter, der zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt ist, sich aber eine Wohnung auf dem freien Markt sucht. Damit ist der erste Schritt zu der seit Jahren diskutierten Wandlung der Objekt- in eine Subjektförderung getan.

Seit geraumer Zeit ist zu erkennen, daß in München mit der traditionellen Form der öffentlichen Wohnungsbauförderung nicht einmal mehr der dringendste Bedarf gedeckt werden kann. 8000 als sehr dringlich bezeichnete Fälle sind derzeit beim städtischen Wohnungsamt registriert, das zugleich über eine im Bundesschnitt geringen Anzahl von zu vergebenden Wohnungen verfügt. Ist in Hamburg fast jede zweite Wohnung öffentlich gefördert (44,7 Prozent nach dem Stand von 1980), so ist es in München nur jede fünfte (20,5 Prozent). Der Neubau von Sozialwohnungen war in der bayerischen Landeshauptstadt zudem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf einen Tiefststand gesunken und wurde erst durch CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl wieder angekurbelt. Doch auch Kiesl weiß, daß die Rekordsumme des vergangenen Jahres mit 125 Millionen Mark städtischer Förderung und fast 3000 fertiggestellten Wohneinheiten angesichts knapper Kasse nicht zu halten ist.

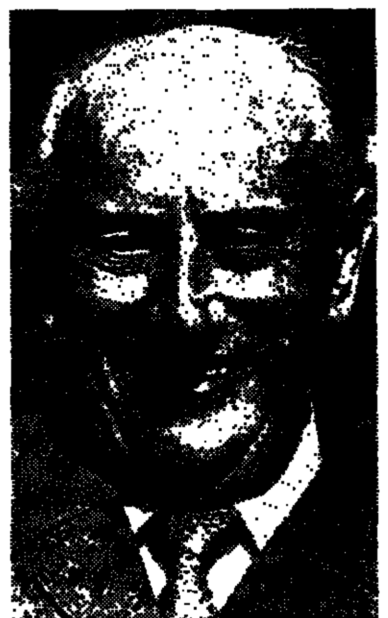
Er beauftragte deshalb eine Arbeitsgruppe, neue Förderungsmodelle zu entwerfen, die einen effektiveren Mitteleinsatz ebenso wie eine höhere Zahl von Förderungsfällen gewährleisten. Zugleich sollten Mißbräuche wie die leidige Fehlbelegung vermieden werden.

Nach dem Münchner Modell können nun Haushalte, die in den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen, zwischen der bisherigen Anmeldung für eine Sozialwohnung oder der neuen Förderung wählen. Entscheiden sie sich für den zweiten Fall, dann erhalten sie für eine Wohnung auf dem freien Markt einen Zuschuß, der deutlich über dem staatlichen *Wohngeld liegt. Ein Beispiel: Eine* vierköpfige Familie verfügt über ein Nettoeinkommen von 2250 Mark und zahlt für die 90-Quadratmeter-Wohnung 1205 Mark Miete. Nach dem Münchner Modell erhält sie eine *monatliche* Subjektförderung von 243 Mark plus 57 Mark Wohngeld, zusammen also 300 Mark. Damit eine mietsteigernde Wirkung unterbunden wird, will das Münchner Rathaus nur Mieten fördern, die innerhalb des Mietspiegels liegen. Eine Fehlbelegung ist dadurch unterbunden, daß die Zuschußempfänger alljährlich ihre Förderungsberechtigung nachweisen müssen.

Als größten Vorteil sieht Oberbürgermeister Kiesl die unmittelbare Wirkung des Geldeinsatzes: „Die betroffenen Familien können wesentlich schneller zu einer angemessenen Wohnung kommen als durch die teilweise jahrelange Vormerkung für eine Sozialwohnung." München rechnet im ersten Jahr mit 6600 Förderungsfällen und zehn Millionen Mark Aufwand. Im fünften Jahr sollen es schon über 21 000 Fälle sein, für die 34 Millionen Mark benötigt werden.

Beifall erntete Kiesl für sein neues Modell von der FDP-Fraktion, der die Angelegenheit allerdings eigenartig bekannt vorkam. Hatte *doch* ihr Fraktionsvorsitzender Manfred Brunner, der in diesen Tagen zum Oberbürgermeister-Kandidaten der Liberalen nominiert wurde, schon 1980 Antrag 967 im Stadtrat eingebracht, in dem die Einführung eines „kommunalen Wohngeldes" gefordert wurde.

Mit Witz die Debatten entschärft



Von seinen Gegnern respektiert: Georg Diederichs FOTO: DPA

sg. Bonn

Im Alter von 82 Jahren ist in der Nacht zum Montag der frühere niedersächsische Ministerpräsident Georg Diederichs gestorben. Als einen „Mann des Ausgleichs, des Maßes und der Vernunft", würdigte ihn Bundespräsident Carstens vor zwei Jahren in einem Glückwunschschreiben zu seinem 80. Geburtstag. Diederichs habe sich als ein Mann des tiefen Gerechtigkeitsempfindens bewährt.

Durch Menschlichkeit und Witz hat er manchen politischen Debatten die Schärfe genommen. „Die FDP ist so liberal – wenn da einer die gleiche Meinung hat wie der andere, dann sind die schon böse aufeinander", sagte er einmal bei einer Parlamentsdebatte über das Konkordat zwischen Niedersachsen und der katholischen Kirche. Die FDP machte damals einen Rückzieher, obwohl sich ihre Minister im Kabinett für das Konkordat ausgesprochen hatten. „Entweder Sie gehen, oder Sie fliegen", stellte Diederichs die Liberalen vor die Alternative. Sie gingen. Und damit war dann die Koalition geplatzt.

Georg Diederichs, am 2. September 1900 im niedersächsischen Northeim geboren, begann seine politische Laufbahn 1926 als junger Apotheker und promovierter Volkswirt in Freienwalde/Brandenburg in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Schon damals bezog er jedoch auch als einziger in seiner Kleinstadt – den „Vorwärts". Von 1933 bis 1935 arbeitete er in einem Verein zur Unterstützung von Familien verfolgter Sozialdemokraten. Dafür wurde er 1935 in das Konzentrationslager Esterwege eingeliefert und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wo er auch Karl von Ossietzky kennenlernte. 1945 wurde er SPD-Bürgermeister seiner Heimatstadt Northeim, 1947 niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates feilte er am Wahlgesetz für den ersten Bundestag mit. 1957 wurde er Sozialminister und 1961, während der großen Koalition zwischen SPD und CDU in Niedersachsen, Regierungschef.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Trick der Koppelung

„Die ÖTV-Chefin setzte auf die Bezirksleiter und gewann"; WELT vom 13. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

fein eingefädelt wurde die Überrumpelung der Gewerkschaftsfunktionäre mit dem Trick der Koppelung der Lohnabschlüsse mit der Altersversorgung. Es sind zwei verschiedene Dinge, die auf verschiedenen Ebenen liegen. Beim Lohn handelt es sich um eine Leistung für eine Gegenleistung und bei der Altersversorgung um die Erfüllung eines Versicherungsvertrages. Ansprüche, die vor kurzem von einem Gericht als Eigentumsansprüche bestätigt wurden.

Seit Jahren wurden Beamte und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen bedacht. Beide Gruppen erhielten die gleichen prozentualen Aufschläge. Als diese Regierung im Alleingang den Beamten nur 2 Prozent mehr per Gesetz zubilligte, glaubten viele, es sei ein Schlag gegen die Beamten. Offensichtlich war es ein Ablenkungsmanöver, es war die Loslösung der Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung der Arbeiter und Angestellten. Man wollte offenbar noch mehr: Die Altersversorgung war schon lange einigen Politikern ein Dorn im Auge. Nun konnten die Politiker draufhauen, ohne sich selbst zu treffen. Die 0,56 Prozent des Abschlusses über der 2prozentigen Beamtenregelung reichte als Manövriermasse aus, die Altersversorgung zu kappen, ohne die Pensionen zu treffen. Es wurde ein Handel um ein Paar Schnürsenkel gegen ein Paar Schuhe. Das scheinheilige Getue um Nichtsieger und Volksmeinung kann man vergessen, die Selbstbeweihräucherung der Handlungsgehilfen ebenfalls.

Während man bei den Pensionen an der 75prozentigen Bruttoregelung festhält, wurden die Renten trotz Beiträgen und Steuern vom Bruttoeinkommen auf die Nettoeinkommensabrechnung heruntergedrückt. Wären Ehrlichkeit und Rechtsempfinden mit im Spiel gewesen, hätte man den gewachsenen Zusammenhang beider Gruppen beibehalten und die Altersversorgungshöhe beider Gruppen so weit heruntergeschraubt, bis das angestrebte Ziel von 90 Prozent vom Nettoeinkommen erreicht worden wäre. Dies hätte natürlich auch die Bürokratie getroffen, und dies sollte sicher vermieden werden. Obgleich der Staatshaushalt auf diese Weise ohne große Mühe auf Dauer sanierbar geworden wäre, hat das Finanzministerium diese Chance nicht genutzt. Warum wohl nicht?

Mit freundlichem Gruß
Ernst Schultz,
VS-Schwenningen

Expansion aus Angst?

„Raketenfotos im Klassenkampf"; WELT vom 16. Juni

Sehr geehrte Herren,

mit Recht vermutet Cay Graf Brockdorff, daß der Kreml das westliche Bündnis mittels der SS 20 aus den Angeln heben und die Europäer unter die pax sovietica zwingen will. Deshalb werden die sowjetischen Unterhändler keine Konzessionen machen, die den Weg zu diesem Ziel verstellen können. Ich nehme diese Bedrohung um so ernster, als ich ihr Motiv nicht in der Lehre von der Weltrevolution suche. Dogmen dienen der kommunistischen Führungselite zur Rechtfertigung ihrer Klassenherrschaft, aber nicht als außenpolitische Wegweisung.

Nicht die marxistische Verheißung, sondern bedrückende Sorgen um die Zukunft ihres Regimes treiben die Herren des Kreml auf die Bahn einer weltweiten Expansion, die letzten Endes auf Europa zielt. Ohne die Verfügungsgewalt über das Potential Europas kann die Sowjetunion nicht mit der wirtschaftlichen und technologischen Dynamik der freien Welt mithalten. Und ohne die geostrategischen Positionen Europas bleibt die Militärmacht des roten Imperiums ein Torso.

Nur wenn es ihr gelingt, die freien Europäer zu „finnlandisieren", kann die von immer neuen Sorgen und Problemen bedrängte Kreml-Riege wieder ruhiger schlafen. Im Sinne ihrer Staatsräson ist der Griff nach Europa ein Gebot der Selbsterhaltung. Aber weil sich das Sicherheitsbedürfnis der Nomenklatura nur auf Kosten der freien Welt befriedigen läßt, provoziert der Kreml mit seinem expansiven Druck, was die Krise seines Regimes beschleunigen muß: Den *Zusammenschluß der bedrohten* Völker zu einer weltumspannenden, auf Eindämmung dieser Expansion gerichteten Gegenkoalition.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Fleischer,
Hamburg 70

Wort des Tages

„Was wir Freigebigkeit nennen, ist oft nur die Eitelkeit des Schenkens."

François de La Rochefoucauld, franz. *Moralist (1613–1680)*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Nicht entgangen

„Die Zukunft der Literaturschallplatte: Was Pädagogen bisher entging"; WELT vom 7. Juni

Der informative und lesenswerte Artikel von Karl P. Aponer enthält leider eine kleine Unrichtigkeit. Er meint, den Pädagogen sei bisher im Hinblick auf die „Literaturschallplatte" etwas entgangen.

Seit Jahren besitzt unsere Realschule eine respektable Plattensammlung, beginnend mit mhd. Lyrik über Klassisches bis hin zur „Dreigroschenoper" von Bert Brecht u. a. Dieses Medium wird im Literaturunterricht oft und gezielt eingesetzt.

An den meisten Schulen wird sich dieser Tatbestand kaum anders darstellen.

Mit Hochachtung
Reinhold Schlothauer,
Realschule am Propstenfeld,
Elmshorn

Unvereinbar

„SPD-Kampagne für Nicaragua"; WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Herren,

wenn die SPD offen den abtrünnigen Jesuitenpriester Ernesto Cardenal und seine sandinistischen Gesinnungsgenossen in ihrer *Zwangsherrschaft* unterstützt, so wird sie für jeden röm.-kath. Christen unwählbar. Wer Leute unterstützt, die den Papst demütigten und verhöhnten, als er als Gast in ihr Land kam, kann nicht die Wählerstimme eines Katholiken erwarten.

Gleich und gleich gesellt sich gern. Beide, SPD und Sandinisten finden sich in der Ideologie des marxistischen Sozialismus. Der Papst aber sagte schon als Bischof auf einer Besuchsreise im deutschen Fernsehen: „Man kann nicht Marxist und Christ zugleich sein."

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Sels,
Neuss

Personalien

EHRUNGEN

Professor Dr. **Willy Linder**, Leiter der Wirtschaftsredaktion der „Neuen Zürcher Zeitung", erhielt am Montag in Zürich den Hermann-Lindrath-Preis. Die Hermann-Lindrath-Gesellschaft in Hannover, Internationale Vereinigung für Gesellschaftspolitik und Vermögensbildung, ihr Gründer ist **Carl Doehring**, würdigte Linders Verdienste um die Verbreitung „freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Gedankengutes". An der Überreichung des Preises nahm auch Dr. **Hans Mast** teil, Hauptdirektor der Schweizerischen Kreditanstalt, und Professor Dr. **Ernst Kilgus**, Direktor des Instituts für Schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich. Der Preis, mit 10 000 DM dotiert, erinnert an Dr. **Hermann Lindrath**, der im dritten Kabinett von **Konrad Adenauer** als Bundesschatzminister tätig war und als Vater der Volksaktienidee gilt. Die Volksaktie ist in der Bundesrepublik in diesem Jahr 25 Jahre alt geworden.

*

Ein früherer deutscher und ein ehemaliger französischer Soldat sind jetzt mit der Robert-Schumann-Medaille 1983 „Fraternité d'Armes" ausgezeichnet worden. Die Medaillen, verbunden mit einem Ehrensold der Hamburger Stiftung F. V. S. des Industriellen **Alfred Toepfer**, gingen an den französischen Notar **André Parmentier** aus Boulogne bei Paris und an den deutschen Pastor **Hugo Brand** aus Hochstetten. Auf die Bedeutung einer zukünftigen europäischen Union nach zwei großen Kriegen in diesem Jahrhundert, „die Opfer ohne Beispiel forderten", wies in einem Feldgottesdienst vor der Kapelle von Fleury-devant-Douaumont bei Verdun Professor Dr. **Louis Leprince-Ringuet** hin, Präsident des „Mouvement Européen". Als Grundvoraussetzung einer europäischen Union bezeichnete er die „Freundschaft ohne Vorbehalt" zwischen Frankreich und Deutschland.

ERNENNUNG

Als Botschaftsrat und neuer Pressereferent geht Dr. **Bernd von Waldow** demnächst an die deutsche Botschaft nach London. Von Waldow, bisher Vortragender Legationsrat, arbeitete in den letzten drei Jahren in der Personalabteilung des AA. Davor war er ständiger Vertreter des Botschafters an der deutschen Botschaft in Ghana. Die deutsche Botschaft in London wird von **Jürgen Ruhfus** geleitet.

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Beck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anita Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

هكذا من الأصل



Er inszenierte Festivals der Genüßlichkeit: der Regisseur Eric Charell

Ein Hexenmeister der leichten Muse

Zu seinem 80. Geburtstag am 8. April 1974 hatte ihn die internationale Presse noch einmal hochleben lassen; drei Monate später entbot sie ihm den letzten Gruß: Eric Charell war von der Bühne des Lebens abgetreten. Und die großen Schaubühnen in Berlin, Paris, München, New York und wo auch immer waren um das unwiderbringliche Talent eines der phantasiebegabtesten Hexenmeister der leichten Muse kleiner, ärmer geworden.

Sein Name war eine Institution gewesen, die sich mit der Kunst, totales Vergnügen zu schaffen, aufs glücklichste verband. Charell war ein Tänzer auf dem Drahtseil, das er vom herkömmlichen Amüsement zur neuen Erfahrung eines bisher unbekannten Inszenierungsstils mit eigener, leichter, doch stets kundiger Hand gespannt hatte. Sein Publikum wischte sich die Augen, teils vor Lachen, teils vor Erstaunen. Hier war einer gekommen, der dem Volk zu geben verstand, was des Volkes war: Zirkusspiele, Revuen, Augenschmaus und Festivals der Genüßlichkeit. Ein Stern war am Himmel erschienen, der die Geigen da oben, gezupft und gestrichen, wieder zu vollem Klang brachte. Er hatte nicht seinesgleichen, dieser „Reinhardt der Revue", wie er genannt wurde.

Charell trimmte Altes auf neu. Was zuvor einfach nur „Die lustige Witwe" oder „Der Mikado" oder „Das weiße Rößl" gewesen war, das war nun nicht mehr dasselbe. Charell war ein genialer „Bearbeiter" und Inszenator, dem sich die Großen der Bühne willig vor seinen phantastisch aufgezäumten Karren spannten: Fritzi Massary, Max Pallenberg, Siegfried Arno, Max Hansen, die schöne Tänzerin La Jana – keiner aus dem Zauberreich der glanzvollen Unterhaltung war sich zu schade, diesem Mann mit dem sicheren Gespür für Menschenführung zu folgen.

Und das Publikum des Großen Schauspielhauses, des alten Zirkus Schumann, später dann des Theaters am Gärtnerplatz in München, wohin er 1950 nach seiner Emigration zurückkehrte, jubelte ihm zu – demselben Mann, der in Amerika Shakespeares „Sommernachtstraum" ausschließlich mit farbigen Darstellern besetzt hatte. Und in München gelang dem Tausendsassa mit Paul Burkhards „Feuerwerk" ein hinreißendes Comeback.

Der Kongreß tanzt – ZDF, 19.30 Uhr



Man nannte ihn den „Reinhardt der Revue": Eric Charell (1894–1974) FOTO: BINDER

Eric Charell hat nur einen einzigen Film inszeniert. „Der Kongreß tanzt", vor dem Hintergrund der großen Weltpolitik im Wien Metternichs spielend, ging als Klassiker in die Filmgeschichte ein. „Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder", sang Lillian Harvey auf der Fiakerfahrt durch die alte Kaiserstadt. Für Charell hätte das wie die Vorahnung kommender politischer Umwälzungen, wie ein vorweggenommener Abgesang auf die 20er und 30er Jahre klingen können. Doch auch diese schlimme Zeit ging vorbei, und der große Beschwörer kehrte zurück. Und sein Rezeptbuch der üppigen Genüsse und der heilsamen Trunkenheit hatte sich inzwischen gefüllt.

Selbst noch das alltäglich Banale, wenn er es hin und wieder bewußt in seine Inszenierungen einbrachte, gedieh ihm und dem Publikum zum vollsatten Spektakel. Das zeigte sich schon in seinen ersten Berliner Revuen, die er schlicht „An alle" und „Für dich" taufte. Es zeigte sich en gros und en detail, es war immer reichlich Fleisch in den Töpfen, in denen er wie mit einem Zauberlöffel herumrührte und deren würzige Dämpfe dem Publikum verheißungsvoll schon vor der Premiere in die Nase stiegen.

Institution und Geheimformel, das war am Ende seines Lebens das, was Glanz und Glamour dieses Mannes ausgemacht hatten – eines Mannes, der immer und immer wieder für Überraschungen gut gewesen war.

WALTER DEPPISCH

KRITIK

Von der ewigen Weltordnung

Das Werk Gerhart Hauptmanns, des einst meistgespielten Dramatikers, ist dem deutschen Theater verlorengegangen: Die Schauspieler beherrschen das Schlesische nicht mehr, so wenig wie das Publikum. Aber siehe da – und diese Einsicht ist erstaunlich: Was für das Reich die Schlesier waren, sind für die Bundesrepublik die Bayern. Das Fernsehspiel **Traumlage** von Dorothee Dhan (ARD) belegte das gültig und exemplarisch.



Kaum verborgen durch das schüttere Erdreich von Brauchtum und Religion liegt da das naturverbundene animalische Urgestein des Menschlichen noch unmittelbar zutage. Wie bei Hauptmann lebt man dumpf und ergeben in eine als ewig und somit nicht veränderbar empfundene Weltordnung, in der Mutterliebe und Dienst an der Kreatur noch Werte sind. „Der Bua ist der Bauer", wie eh und je.

Wie die Autorin ganz unprätentiös, liebevoll, genau beobachtend und doch zugleich mitleidlos diese Welt registriert, wie sie „den neuen Menschen" ortet, der mittels Vernunft – und also durch abgefeimte List – auf Veränderung zum eigenen Vorteil denkt, das ist beachtlich, wenn nicht außerordentlich – Hauptmann fällt einem ja nicht zufällig ein. Nicht minder beeindruckend war, wie Johannes Hollmann an der Kamera die Intentionen des Buchs kongenial in Bilder umsetzte.

Das Resultat ist freilich nicht denkbar ohne den behutsamen Regisseur Konrad Sabrautzky, der seine Darsteller – allen voran Richard Haller als Barthel und Trude Breitschopf als greise Mutter – schier ergreifend zu führen wußte. Karin Baal wird man dagegen vergessen, und Ilse Neubauer, so intensiv als Luder Moni, tat beim Dialektsprechen des Guten wohl etwas zuviel. Man versteht das nicht überall – aber das war bei Gerhart Hauptmann auch schon so.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Vom 31. August bis zum 2. September 1983 veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin einen Fachkongreß zum Thema **Neue Medien.** Der Kongreß findet parallel zur Funkausstellung statt und ist mit dem Bundespostministerium und dem Bundesinnenministerium abgestimmt. In öffentlichen Foren werden die Anwendungsbereiche der neuen Medientechnologien, deren rechtliche Organisation, ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen diskutiert.

*

Mary Whitehouse, Präsidentin der Nationalen Zuschauer- und Zuhörer-Vereinigung von Großbritannien, hat in einem Brief an Premierministerin Margaret Thatcher den Aufbau eines **Ministeriums für Rundfunk und elektronische Medien** gefordert, das vom Innenministerium getrennt arbeiten müsse. Die Bedeutung von Kabelfernsehen und Satellitenfernsehen mache eine solche Maßnahme notwendig.

ARD

ZDF

III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD

10.00 heute
10.05 Das Dorf (5)
11.35 Stahlarbeiter als Beamte
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Galileo Galilei
Prozeß ohne Ende
Biographie des italienischen Naturforschers
Film von Albrecht Fölsing
17.00 Denkste?!
Flucht nach Hause (1)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die magische Show des David Copperfield
21.00 Monitor
Der Gesundheit beraubt, ins Abseits gestellt – Opfer von Gewaltverbrechen wollen mehr Hilfe vom Staat / Nicht abgeschoben, aber abgeschieden – Verzweifelte Asylbewerber leben seit Jahren in einem hessischen Heim / Risse im Wohnzimmer – Wie der Braunkohletagebau mit Bergschäden umgeht / Das Geschäft mit der Seele – Die fragwürdigen Praktiken von Psychosekten und Jugendreligionen
21.45 Der Aufpasser
Ein Hauch von Arabien
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Mildred Scheel
Schon in der Schule zeigte sie besonderes Interesse für naturwissenschaftliche Fächer. Als Tochter eines Röntgenologen war es für sie selbstverständlich, eines Tages die Praxis des Vaters übernehmen zu wollen. Nach ihrem Medizinstudium in München, Innsbruck und Regensburg arbeitete sie zunächst als Medizinal-Assistentin in München, um sich anschließend zur Röntgen-Fachärztin ausbilden zu lassen.
23.45 Tagesschau

ZDF

09.15 Papst Johannes Paul II. in Polen
12.30 Gottesdienstübertragung aus Breslau
15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
15.45 Till, der Junge von nebenan
Geschichten aus einer großen Stadt
16.15 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
17.00 Mosaik
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.15 Ein Wort aus Musik
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
12 neue Folgen der Serie
19.00 heute
19.30 Der Kongreß tanzt
Dt. Spielfilm, 1931
Mit Willy Fritsch und Lilian Harvey u. a.
Regie: Erik Charell
Anschließend:
Ratschlag für Kinogänger
„Zwei dicke Freunde"
Von Norman Jewison
Vorgestellt von Hans Hellmut Kirst
21.00 heute-journal
21.20 Wie deutsch soll Deutschland werden?
Der Marsch nach Innen
22.05 Unser Kosmos
2. Eine Stimme in der kosmischen Fuge
22.50 Zero – Zero
Video-Musical von Mike Batt
Regie: John Eastway und Mike Batt
Während einer Schiffsreise auf dem Pazifik entstanden die Kompositionen, Arrangements und Bühnenbild- bzw. Trickentwürfe zu seiner neuesten Produktion „Zero – Zero". In einem utopischen Zivilisationssystem 605 sind die Menschen nur noch Nummern. Gefühle sind ausgerottet.
23.40 heute



Für zahlreiche Verwirrungen sorgt die fesche Handschuhmacherin Christl Weinzinger (Lilian Harvey). (Der Kongreß tanzt – ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Arche 2000
21.00 Formel Eins
21.45 Szene: Geliehene Träume
Der türkische Videomarkt in der Bundesrepublik Deutschland
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Auf Straßen und Pisten in Saudi-Arabien
19.15 Science Report
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sinne (4)
Vom Schmecken und Riechen
21.00 David Hockney bei der Arbeit
Film von Peter Adam
22.00 Sport III extra
Der treueste Fan
22.45 Science-fiction
Lautlos im Weltraum
US-Spielfilm, 1971
00.10 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Bambusflöte
18.40 Vier fröhliche Frechdachse
19.00 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Der bittere Weg
Englischer Fernsehfilm
21.40 Drei aktuell
21.55 Dritte Welt in Nahaufnahme (4)
Qatar – Land ohne Armut
22.40 Kolonialmacht Venedig (4)
23.25 Dallas
Die Affäre

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Algebra (24)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Im Kräutergarten der IGA
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Der letzte Zeuge
Dt. Spielfilm, 1960
22.55 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Uerdingen – ein attraktiver Aufsteiger – Schalke 04 vor Neuaufbau

● Bayer 05 Uerdingen – die Werksmannschaft von Bayer 04 aus Krefeld – gehört zum dritten Mal der Bundesliga an. Doch die Bundesliga freut sich darüber überhaupt nicht, denn der Aufsteiger besitzt eine wenig attraktive Mannschaft. Verstärken wird sich Uerdingen auch nicht, denn das meiste Geld gibt der Bayer-Konzern lieber für die Bayer-Mannschaft aus Leverkusen aus.

„Es ist ein Fehler, wenn uns Große über die Schulter ansehen"

dpa, Krefeld

Bis zum Sonnenaufgang genossen die Bayer-Fans im Krefelder Stadtteil Uerdingen den Triumph. Hautnah mit ihren Stars feierten rund 5000 Anhänger den Aufstieg des ungeliebten Emporkömmlings. Freibier floß in Strömen. Krefelds Oberbürgermeister Dieter Pützhofen, Augenzeuge beim entscheidenden 1:1 im Gelsenkirchener Parkstadion, hatte das Uerdinger Rathaus schnell für den Empfang der siegreichen Mannschaft herrichten lassen.

Für Trainer und Manager Hans-Dieter Tippenhauer, der die Doppelfunktion am 31. Januar nach der Beurlaubung von Werner Biskup übernahm, steht jetzt schon fest: „Unsere Saat geht auf – wir etablieren uns in der Bundesliga. Wir sind keine Fahrstuhl-Mannschaft mehr. Die Großen in der Bundesliga machen einen Riesenfehler, wenn sie uns weiterhin über die Schulter ansehen." Ausschlaggebend für den Aufschwung war die „heilsame Heimniederlage" gegen den Konkurrenten Hessen Kassel: „Danach haben wir mit Ruhe, Disziplin und der idealen Mischung in der Mannschaft den Grundstein für unser großes Ziel gelegt. In den letzten entscheidenden vier Spielen in Hannover, gegen Darmstadt und zweimal gegen Schalke, haben wir 12:2 Tore gebucht – das spricht Bände."

Tippenhauer, der in der nächsten Saison nur noch als Manager fungiert, freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Trainer Timo Konietzka (zuletzt Kassel): „Der arbeitet sachlich, motiviert aber nicht emotionell. Der Dortmunder paßt zu mir und meiner Auffassung vom Profigeschäft." Wie Tippenhauer und Konietzka besitzen alle Lizenzspieler Ein-Jahres-Verträge – mit einer Ausnahme: Ausgerechnet Michael Schuhmacher, der Torschütze von Gelsenkirchen, sitzt zwischen den Stühlen und soll keinen neuen Vertrag bekommen.

Für Verstärkungen wollen die Uerdinger kein Abenteuer riskieren. Tippenhauer: „Vor der Saison 1980/81 war die Personalpolitik mangelhaft. Sonst wäre der zweite Abstieg zu vermeiden gewesen. Diesen Fehler machen wir nicht wieder. Wir werden uns gezielt mit ein oder zwei gestandenen Profis verstärken." Namen wollte er nicht nennen. Der begehrte Jürgen Baier von Fortuna Köln kommt nicht in Frage: „Er ist viel zu teuer." Damit zeigt der Manager an, daß Vergleiche mit der Bayer-Zentrale in Leverkusen, wo weit über zwei Millionen Mark für Spielereinkäufe angelegt wurden, absurd sind: „Unser finanzieller Spielraum ist eng bemessen. Wir kochen auf Sparflamme." Bisher wurde lediglich Stürmer Helmut Gulich (Eintracht Frankfurt) und der Defensivspieler Andreas Hentrich (FK Pirmasens) verpflichtet. Verhandlungen mit einem ehemaligen Jugendnationalspieler stehen kurz vor dem Abschluß.

Für Präsident Eschler ist der dritte Aufstieg nach 1975 und 1979 der wichtigste: „Denn wir haben uns als Dritter der zweiten Liga gegen den Drittletzten der Eliteklasse durchgesetzt – und damit nicht den schlechtesten Erstligisten zum Abstieg verurteilt. Das festigt unsere Moral und begünstigt nicht nur optisch unsere Zukunftsperspektive. Uerdingen bleibt stinksolide, wird aber zu einem Fixpunkt. Unser Stern geht jetzt endgültig auf." Besonders stolz ist Eschler auf die Tatsache, daß durch das erste Entscheidungsspiel (Einnahme 300 000 Mark) die Aufstiegsprämie von 6000 Mark pro Mann selbst hereingespielt wurde. In der kommenden Saison wird mit einem Zuschauerschnitt von 12 000 kalkuliert und mit einem Etat von 2,5 bis drei Millionen Mark gewirtschaftet.

Die Spieler feierten den Aufstieg als Triumph der eigenen Bescheidenheit über die Schalker Arroganz. Kapitän Franz Raschid (29), der allein mit Norbert Brinkmann (32) an allen drei Bundesliga-Vorstößen Bayers beteiligt war: „Für die Schalker war der Klassenverbleib klar, für uns der Aufstieg. Jetzt haben die den Salat." Und Torwart Werner Vollack: „Die zweite Liga freut sich auf Schalke, die erste ärgert sich über uns, aber die elitären Klubs werden sich noch wundern."

● Schalke 04 – nach nur einem Jahr Bundesliga ist die Mannschaft wieder zweitklassig. Ein Großteil der Schuld wird von den Fans dem Manager Rudi Assauer zugeschrieben. Doch der Manager sagte gestern, er würde alles noch einmal so tun. Dazu der Sportinformationsdienst: „Das ist die absolute Spitze in punkto Uneinsichtigkeit und Rechthaberei."

Rudi Assauer will nicht gehen – dafür hat er sich aber das Gehalt gekürzt

BERND WEBER, Gelsenkirchen

„Abgerechnet", so hatte Schalkes Manager Rudi Assauer in den letzten Wochen immer wieder gesagt, „abgerechnet wird erst am Schluß." Vor kurzem hatte er in einem Zeitungsinterview noch eins draufgesetzt: Er freue sich schon auf die langen Gesichter derjenigen, die ihm und der Schalker Mannschaft den Abstieg in die zweite Liga gönnen würden. Die befänden sich nämlich alle ganz gewaltig auf dem Holzweg ...

Seit Sonntag nachmittag um Punkt 16.48 Uhr weiß man, wer sich am meisten geirrt hat – und der zog dann auch das längste Gesicht: eben Assauer. In schnoddriger Überheblichkeit hatte er das zweite Qualifikationsspiel gegen Bayer 05 Uerdingen vorher fast zur lästigen Pflichtübung degradiert. Uerdingen, durch den Schalker Hochmut motiviert, machte einen dicken Strich durch Assauers Rechnung. Es schaffte ein 1:1 und damit den Aufstieg in die erste Bundesliga. Schalke indes rutschte, ein Jahr nach dem Wiederaufstieg, mit dem Fahrstuhl erneut nach unten. Die Verantwortlichen des Klubs traf der Sturz offensichtlich völlig unvorbereitet. Trainer Jürgen Sundermann gab es zu. Er sei bis zuletzt felsenfest davon überzeugt gewesen, daß sich seine Mannschaft retten würde, erklärte der Trainer in Interviews.

Assauer und der Vorstand hatten ein fertiges Zukunftskonzept nur für den Fall des Klassenverbleibs erarbeitet. Da sollten Jürgen Mohr von Hertha BSC Berlin und der Mittelstürmer Klaus Täuber von den Stuttgarter Kickers, die beide am Sonntag auf der Tribüne des Parkstadions saßen, sofort nach dem Abpfiff Verträge unterschreiben. Beide reisten ohne Unterschrift wieder ab. Mohr ließ Schalke inzwischen wissen, daß er nicht daran interessiert sei zu kommen. Täuber ist sich noch nicht ganz schlüssig. Sicher haben die Schalker erst einen Neuzugang: den Dänen Mikael Manike.

Aber weniger die Frage nach den Neuverpflichtungen muß den Schalkern auf den Nägeln brennen. Noch dringlicher muß gelöst werden, wer aus dem bisherigen Spielerkader gehalten werden soll, denn nur sechs Mann besitzen einen Vertrag über die laufende Saison hinaus. Assauer nahm das zuletzt nicht weiter tragisch. Besorgte Vereinsmitglieder beruhigte er immer wieder mit flotten Sprüchen. Unter anderem mit dem: „Kinder, regt euch nicht auf, wenn die Dinge entschieden werden müssen, mach ich das im Ruck-Zuck-Verfahren."

Ganz so „Ruck-Zuck" ging es aber wohl doch nicht. Nach dem Spiel gegen Uerdingen tagten Vorstand und Manager bis in den frühen Morgen hinein, um die neue Krisensituation zu beraten. Gestern dann bekamen alle Spieler Marschbefehle, sich auf der Geschäftsstelle zu Gesprächen mit dem Manager einzufinden. Dabei ging's zu wie im Wartezimmer einer Arztpraxis – und einige, die allzu lange draußen warten mußten, machten aus ihrem Unmut keinen Hehl. Abwehrspieler Werner Lorant zum Beispiel schimpfte: „Ich lasse mich hier nicht verschaukeln. Wenn die Herren erst jetzt auf den Gedanken kommen, mit uns sprechen zu müssen, tun sie mir verdammt leid."

Wolfram Wuttke erklärte gestern morgen klipp und klar, daß er Schalke verlassen werde. Er will, und darüber gibt es ja schon ziemlich feste Absprachen mit HSV-Manager Günter Netzer, nach Hamburg.

Auch Mittelfeldspieler Uli Bittcher schätzte die Chancen, daß er Schalke verlassen werde, gestern höher ein, als das er bliebe. Nur mit Bayern Münchens Torwart-Leihgabe Walter Junghans kam Assauer im ersten Gespräch klar. Junghans unterschrieb bereits. Gänzlich ungeklärt ist die Trainerfrage. Jürgen Sundermann fuhr nach Stuttgart.

Assauer selbst, so berichtete die Deutsche Presse-Agentur (dpa), werde auf jeden Fall sein Amt behalten. Das bisherige Monatsgehalt von 15 000 Mark habe er sich auf 10 000 Mark zusammengestrichen. Die Fans sehen das anders, sie äußerten ihren Zorn bei der Geschäftsstelle im Parkstadion: „Assauer weg."

SPORT-NACHRICHTEN

Cosmos: Beckenbauer-Tor

New York (sid) – Der deutsche Rekord-Nationalspieler Franz Beckenbauer erzielte beim 5:1-Erfolg des amerikanischen Fußballmeisters Cosmos New York gegen Toronto Blizzard seinen ersten Treffer in dieser Saison. Der Italiener Giorgio Chinaglia war zweimal erfolgreich.

Nicht auf Navratilova wetten

London (dpa) – Jimmy Connors und Martina Navratilova (beide USA) sind die Favoriten bei den Buchmachern für das Londoner Wimbledon-Turnier. Navratilova gilt als dermaßen hoher Favorit, daß gegen sie keine Wettquoten gemacht werden. Bei den Herren steht Jimmy Connors bei 11:10, John McEnroe 13:8 und Ivan Lendl 7:1.

Kriek gewann Generalprobe

Bristol (sid) – Der 25 Jahre alte Amerikaner Johan Kriek gewann das Tennis-Grand-Prix-Turnier in Bristol, die Generalprobe für das Wimbledon-Turnier. Der in Südafrika geborene Profi, in Wimbledon an Nummer elf gesetzt, besiegte im Finale seinen Landsmann Tom Gullikson mit 7:6, 7:5.

Wieder Sieg für Bernaudeau

Saint-Cyprien (sid) – Der Franzose Jean-René Bernaudeau gewann zum vierten Mal hintereinander den Grand Prix du Midi-Libre, ein Etappenrennen für Rad-Profis. Sein Landsmann Michel Laurant hatte die letzte Etappe von Quillan nach Saint-Cyprien gewonnen.

Schwimmen: Neuer Europarekord

Gera (dpa) – Um 47 Hundertstel verbesserte Ines Geissler bei den nationalen Schwimm-Meisterschaften der „DDR" in Gera ihren eigenen Europarekord über 200 m Schmetterling auf 2:08,03 Minuten. Mit 2:08,50 war sie am 8. September 1981 in Split Europameisterin geworden.

Fritz Walter in Gefahr

Mannheim (dpa) – Bei einem Hotelbrand in Mannheim ist Fritz Walter, der Ehrenspielführer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Gefahr geraten. Walter schlief so fest, daß die Polizei die Tür aufbrechen mußte. Die Feuerwehr konnte ein Ausbreiten des Brandes verhindern.

ZAHLEN

FUSSBALL

Italienisches Pokal-Finale, Hinspiel: Verona – Juventus Turin 2:0 (1:0).

RADSPORT

47. Tour de Suisse für Profis, zweite Halbetappe der fünften Teilstrecke, Einzelzeitfahren über 19 Kilometer von Sargans nach Flumserberge: 1. Kelly (Irland) 39:13 Minuten, 2. Visenti 0:02 Min. zur., 3. Beccia (beide Italien) 0:40, 4. Grezet (Schweiz) 0:49, 5. Winnen (Holland) 0:57. – **Gesamtwertung:** 1. Visenti 23:35:21 Std., 2. Kelly 0:02 Min. zur., 3. Winnen 0:51, 4. Grezet 1:04, 5. Beccia 1:21.

LEICHTATHLETIK

Siebenkampf, Frauen in Moskau: UdSSR – „DDR" 24 187:25 308 Punkte. – **Einzelwertung:** 1. Neubert („DDR") 6836 Punkte (Weltrekord) – 13,42/15,25/1,82/23,49/6,79/49,94/2:07,51. – 2. Schubenkowa (UdSSR) 6499 – 13,25/13,64/1,79/24,18/6,52/41,74:07,55.

Spartakiade in Moskau, Männer, Hochsprung: Sereda (UdSSR) 2,35 (europäische Jahresbestleistung).

US-Meisterschaften in Indianapolis, Herren: 200 m: 1. Lewis 19,75 Sek. (Weltjahresbestzeit), 2. Myricks 20,03. – 800 m: 1. Patrick 1:44,70 Min. (Weltjahresbestzeit), 2. Mack 1:44,78. – 400 m Hürden: 1. Moses 47,84 Sek. (Weltjahresbestzeit), 2. Lee 49,53. – Weitsprung: 1. Lewis 8,79 m (Weltjahresbestleistung), 2. Grimes 8,39. – **Frauen,** 200 m: 1. Ashford 21,88 Sek., 2. Cheeseborough 21,99. – 1500 m: 1. Decker 4:03,50 Min. (Weltjahresbestzeit). – 3000 m: 1. Decker 8:48,09 Min. (Weltjahresbestzeit).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 1, 23, 28, 30, 31, 34, Zusatzspiel: 6. (Ohne Gewähr).

LEICHTATHLETIK

Lewis näher an Beamon

sid/dpa, Idianapolis

Zwei Flachland-Weltrekorde von Carl Lewis und ein Leistungsboom im Schlepptau dieses Phänomens signalisierten bei den USA-Meisterschaften in Indianapolis: Ein Jahr vor den Olympischen Spielen sind die Amerikaner so stark wie zu ihren besten Zeiten.

Carl Lewis hat nun auch in einer dritten Disziplin den Weltrekord im Visier. 19,75 Sekunden sprintete der 22jährige bei einem Rückenwind von 1,49 Meter pro Sekunde auf der 200-m-Distanz. Nur weil er die Arme schon zehn Meter vor dem Ziel in die Luft riß, überlebte der Weltrekord des Italieners Pietro Menneas (19,72), aufgestellt 1979 in Mexico-City.

Im Weitsprung trumpfte Lewis mit einem weiteren Flachland-Weltrekord auf. 8,79 m weit flog er mit einem Windschub von 1,89 m in die Grube hinein, nur elf Zentimeter fehlten Beamons legendären 8,90 m. Mit dem zweitbesten Sprung der Sportgeschichte verfehlte er seine bisherige Bestmarke von 8,76 m nur um fünf Zentimeter. Am Tag zuvor hatte Lewis die 100 Meter bei starkem Gegenwind in 10,27 Sekunden gewonnen. Ein Hattrick, den selbst Jesse Owens nicht schaffte und der zuletzt Malcolm Ford vor 97 Jahren gelungen war.

Für die dritte Weltjahresbestleistung sorgte Edwin Moses, der in 47,84 Sekunden zum 20. Male die 48-Sekunden-Grenze über 400 m Hürden unterbot. Zum Vergleich: Europarekordler Harald Schmid (47,48) schaffte dies zweimal, Ugandas Montreal-Olympiasieger John Akii-Bua einmal.

In Moskau überbot der Sowjetrusse Waleri Sereda mit 2,35 m die bisherige europäische Jahresbestleistung des deutschen Hochspringers Paul Frommeyer (2,34 m) um einen Zentimeter.

FUSSBALL

Explosion im Stadion

dpa, Mexico City

Das Weltmeisterschafts-Finale der Junioren zwischen Brasilien und Argentinien (1:0) endete vor 110 000 Zuschauern im Azteken-Stadion von Mexiko mit Schrekken: 500 bunte Luftballons, die zum Abschluß des Turniers in den Himmel geschickt werden sollten, explodierten plötzlich. Panik brach im Innenraum der Arena aus.

Am schlimmsten erwischte es eine Gruppe von Tanzmädchen, die in unmittelbarer Nähe, der mit einem explosiven Gemisch von Helium und Propan gefüllten Ballons standen. An Haaren und Gliedmaßen brennend, versuchten sie sich durch Davonrennen zu retten. Fünf der jungen Frauen wurden mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Noch schwerer erwischte es einen Mann, dessen Zustand von den Ärzten als kritisch eingestuft wird.

Die Explosion wurde offenbar durch einen auf den Tribünen gezündeten Feuerwerkskörper ausgelöst. Augenzeugen berichteten, das Unglück ereignete sich gerade zu dem Zeitpunkt, als ein Teil der vorsorglich eingesetzten Feuerwehrleute die siegreichen brasilianischen Spieler um Autogramme baten.

Der Präsident des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA), Joao Havelange, bezeichnete die Nachwuchs-WM als eine „geglückte Generalprobe" für die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko. „Ich kann mir für 1986 kaum noch eine Steigerung vorstellen", sagte der Brasilianer. Die Probleme wurden jedoch deutlicher: der Transport, die unzureichenden Kommunikationsmöglichkeiten für die Presse sowie die klimatischen Bedingungen in der Höhenlage und bei Temperaturen bis zu 40 Grad.

STAND●PUNKT / *Ramona und der Mehrkampf für Werferinnen*

„Ich bin keine Maschine, ich kann nicht jedesmal Weltrekord erzielen." Das sagte die Dresdnerin Ramona Neubert im vorigen Jahr in Athen. Nun hat sie, sieben Wochen vor den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki, zum vierten Mal den Weltrekord im Siebenkampf verbessert, von 6772 auf 6836 Punkte.

Siebenkampf, das ist die Schwierigkeit, Disziplinen in Einklang zu bringen, die nicht viel gemeinsam haben: Mittelstreckenlauf und Hochsprung, Hürdenlauf und Speerwurf. Ramona Neubert, die ehemalige Handballspielerin, die frühere Klassenbeste im Schlagball-Weitwurf, hat sich vor allem im Speerwerfen enorm verbessert. 49,94 Meter weit flog das 200 Gramm schwere Gerät bei ihrem vierten Weltrekord in Moskau. Das sind fast sieben Meter mehr als noch im Vorjahr, und allein das bringt jene Punkte, die für den Rekord gebraucht werden.

Sicher, wer in Helsinki Weltmeisterin im Siebenkampf werden will, muß vor allem die blonde Europameisterin aus Sachsen schlagen. Sie hat ihre Konkurrentinnen längst abgehängt, Distanz zwischen sich und der übrigen Weltspitze geschaffen.

Doch eines fällt auf: Ramona Neubert erzielte ihre letzten Weltrekorde jeweils recht früh in der Saison, um dann zum Ende des Sommers hin an Kraft und Substanz einzubüßen. Freilich reicht das immer noch für internationale Meistertitel, doch ohne das hohe Niveau der ersten Saisonhälfte.

Da keimt freilich der Verdacht auf pharmazeutische Manipulation. Noch dazu, wenn in den Wurfdisziplinen so enorme Zuwachsraten erzielt werden, wie jetzt in Moskau bei Ramona Neuberts Speerwurf.

Sei's drum, bewiesen ist nichts, und zweifellos ist Ramona Neubert aus Dresden die seit Jahren beste Mehrkämpferin der Welt. Daß Rekordverbesserungen in erster Linie über den Speerwurf erfolgen und nicht über den Hochsprung – das liegt nicht an Ramona Neubert, sondern am Berechnungssystem des Siebenkampfes.

KLAUS BLUME

Kirche kritisiert Jahns Abschiebung aus Jena

Krusche: Tiefes Mißtrauen der Behörden

epd. Eisleben

Der Magdeburger evangelische Bischof Werner Krusche hat das Vorgehen der „DDR"-Behörden gegen Roland Jahn kritisiert, der vor zwei Wochen unter massivem Polizeieinsatz aus Jena in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben wurde. Krusche nannte während einer Kirchentagsveranstaltung in Eisleben die Umstände, unter denen Jahn abgeschoben wurde, „sehr beschwerlich". Die Situation in Jena sei durch die Aktion wieder erheblich verschärft worden.

Denn erstmals, sagte Krusche, sei ein Bewohner der „DDR" gegen seinen erklärten Willen in die Bundesrepublik Deutschland „befördert" worden. Der Fall sei auch vom Bischofskonvent, dem die leitenden Geistlichen der acht evangelischen Landeskirchen in der „DDR" angehören, in einem Gespräch mit dem „DDR"-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, zur Sprache gebracht worden.

Krusche bekräftigte die Eigenständigkeit der kirchlichen Friedensarbeit und unterstrich, daß sie nicht mit der von der SED propagierten „einheitlichen Friedensbewegung in der DDR" identisch sei. Auch wenn die Kirche zu dieser staatlich gelenkten Aktion nicht in Gegensatz stehe, weil sich kirchliches Friedensengagement nicht gegen andere richte, gebe es klare Unterschiede: „Wir setzen eigene Akzente, die so von Marxisten nicht gesetzt werden." Als Beispiel nannte er das „tiefe Verständnis" für diejenigen, die den Wehrdienst mit der Waffe verweigerten.

Zur Sprache kam auf diesem Kirchentags-Forum, an dem auch der in Magdeburg residierende katholische Weihbischof, Theodor Hubrich, und der Präsident des Bundes Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in der „DDR", Manfred Sult, teilnahmen, die Verurteilung von jungen Männern in Mitteldeutschland, die nach ihrem Wehrdienst einen Reservistendienst mit der Waffe ablehnen, sowie das staatliche Vorgehen gegen Träger des Friedensaufnähers „Schwerter zu Pflugscharen".

Bereits bei der Eröffnung des dreitägigen Kirchentages in Eisleben, der am Sonntag zu Ende ging und an dem fast 10 000 Gläubige teilnahmen, hatte Krusche das „abgrundtiefe Mißtrauen" in der Welt beklagt – in der Politik wie in den Familien. Er sprach davon, daß er wiederholt von Menschen erfahre, „wie es ihr Gewissen belastet, sich in das Vertrauen anderer einschleichen zu sollen". Denn zur Sicherung der Macht würden in der „DDR" von den Behörden Menschen dafür gewonnen, andere zu beobachten und über sie zu berichten. Und „ziemlich viel Mißtrauen" der staatlichen Organe gegenüber der Bevölkerung in der „DDR" komme auch darin zum Ausdruck, daß bei der Ablehnung eines Ausreise-Antrags „keine oder nicht die wirkliche Begründung" genannt werde.

Krusche knüpfte im übrigen an die einheitliche Kirchentagslosung „Vertrauen wagen" für die sieben Kirchentage in Mitteldeutschland in diesem Jahr an. Eines der Plakate zeigt eine geballte Faust, eine halboffene sowie eine ausgestreckte Hand. Geballte Fäuste könnten kein Vertrauen schaffen, sagte Krusche auf dem überfüllten Marktplatz der Lutherstadt Eisleben. Darum sei in der Familie wie in der Politik immer weniger Faust und *immer mehr Hand notwendig*. Als Beispiel dafür, wie in der „DDR" Vertrauen gewagt und von anderen enttäuscht werde, nannte er unter anderem das Vorgehen gegen junge Christen, die zu Pfingsten an den staatlich gelenkten Friedenskundgebungen hatten teilnehmen wollen: Ihre Plakate seien zertrampelt worden „und die Herzen mit".

Partei diktiert „Mitbestimmung"

Vizepremier Alijew profiliert sich mit neuem „Gesetz über die Arbeitskollektive"

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Mit erheblichem Propaganda-Aufwand ist in der Sowjetunion eine Art Mitbestimmungsgesetz vom Obersten Sowjet verabschiedet worden. Dieses „Gesetz über die Arbeitskollektive" soll die Belegschaften zu größeren Leistungen und höherer Produktivität motivieren, läßt aber den „Führungs*anspruch" der Partei unangetastet*.

An den Diskussionen über das Gesetz waren angeblich 110 Millionen Sowjetbürger beteiligt. Sie nahmen innerhalb von zwei Monaten an 1,2 Millionen Versammlungen teil, in denen der Entwurf dieses Gesetzes bekanntgemacht wurde. Der Kaukasier Gajdar Alijew, einer der ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten, verwies stolz darauf, daß danach 130 000 Vorschläge registriert und 21 von 23 Gesetzesartikeln geändert wurden.

So weit, daß sich die Führung durch Volkes Stimme ein wichtiges Gesetzeswerk verwässern oder umfunktionieren ließe, geht die sozialistische Demokratie allerdings nicht: Inhaltlich haben die Bestimmungen des Entwurfs die Wogen des plebiszitären Ansturms unbeschädigt überstanden. Anträge, „die über die (vorgesehenen) Befugnisse der Arbeitskollektive hinausgingen, wurden selbstverständlich nicht berücksichtigt", teilte Alijew offenherzig mit.

Die Kehrseite der Medaille

Erweiterte Mitbestimmung der Belegschaften von Betrieben, der Landarbeiter und des Personals von Verwaltungen am Arbeitsplatz und gegenüber den Sowjets (Kommunalbehörden) – das ist die eine Seite des Gesetzes. Die Kehrseite der Medaille: Das Gesetz liefert die 2,5 Millionen „Arbeitskollektive" (Belegschaften) in der Sowjetunion weiterhin dem Führungsanspruch der Partei und ihrer Erfüllungsgehilfen aus. Dazu gehören die Gewerkschaften, der Staatsjugendverband und sogar die Unternehmensleitungen.

Diesem bewährten „Viereck", wie Alijew sich vor dem Obersten Sowjet ausdrückte, vertrauen die Belegschaften die Wahrnehmung ihrer Interessen in der Zeit zwischen den Betriebsversammlungen an. Sie sollen mindestens zweimal im Jahr stattfinden, werden aber nicht von den Werktätigen selbst einberufen. Wie sollten sie *das auch bewerkstelligen:* Irgendeine ständige Vertretung, etwa einen Betriebs- oder Personalrat, dürfen sie nicht bilden. So kommt die Versammlung „auf Initiative der Partei-, Gewerkschafts- und anderer gesellschaftlicher Organisationen", ja sogar der Unternehmensleitungen, zustande.

Politbüromitglied Alijew – durch die Einbringung der Gesetzesvorlagen konnte er sich zum ersten Male seit seiner Berufung in das höchste Parteigremium als führen*der Innenpolitiker öffentlich profi*lieren und wurde dabei seinem Ruf als KGB-geschulter Ordnungshüter voll gerecht – feierte das Gesetz gleichwohl als Ausdruck sozialistischer Selbstverwaltung. „Unser Verständnis von Selbstverwaltung", fügte er hinzu, ist eben etwas anders als die „anarcho-syndikalistische Auffassung", womit die Rolle freier Gewerkschaften gemeint ist.

Zu diesem Verständnis gehört auch die fundamentale Bestim*mung in Artikel 1 des Gesetzes*, wonach die Arbeitskollektive ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufgaben „unter Führung der Kommunistischen Parteiorganisationen" erfüllen. An Pflichten fehlt es nicht, die Rechte der Belegschaften sind weniger eindrucksvoll. So sollen sie, was vom Gesetz immer als „Befugnis" gekennzeichnet wird, für Planerfüllung und höhere Arbeitsproduktivität sorgen, das Volkseigentum schützen und gegen Mißwirtschaft vorgehen, die Arbeitsdisziplin verbessern und dazu beitragen, daß fortschrittliche Formen der Arbeitsorganisation sowie moderne Technologien eingeführt werden. Die Vorschläge und Beschlüsse der Belegschaftsversammlungen, die mit *einfacher Mehrheit* bei *mindestens* fünfzigprozentiger Anwesenheit der Betriebsangehörigen in offener Abstimmung zustandekommen, können also immer nur der von oben vorgezeichneten Linie folgen.

Kein Einfluß auf Normen

Unter solchen Voraussetzungen haben selbst die Rechte, die den unorganisierten „Massen der Werktätigen" durch das Gesetz erstmals eingeräumt werden, für *Staat und Partei keine bedenkli*chen Auswirkungen. Die Arbeitskollektive haben etwa das Recht, angemessene Arbeitsbedingungen und Schutzmaßnahmen zu verlangen, deren Ausführung sie kontrollieren. Sie werden an Entscheidungen über Urlaubs- und Erholungsmaßnahmen beteiligt. Sie schlagen Prämienregelungen vor und behandeln Fragen der betrieblichen Arbeitsorganisation. Sie sollen aber auch bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin über Strafen gegen Kollegen beraten. Über den Betrieb hinaus reicht ihre Vollmacht, den Bau von Wohnungen und sozialen Einrichtungen „zu prüfen und zu billigen". Die wichtigsten Interessen von Arbeitnehmern aber läßt das Gesetz unerwähnt: Arbeitsnormen und Löhne oder *gar Personalentscheidungen* stehen nicht zur Debatte.

So fügt sich das als Beispiel sozialistischer Demokratie gefeierte Gesetz über die Arbeitskollektive, das einem Gebot der neuen Verfassung von 1977 entspricht, nahtlos in die innenpolitische Generallinie der Parteiführung ein: durch intensivere Arbeit aus der wirtschaftlichen Stagnation herauszukommen. Nur bei einer vorerst völlig ausgeschlossenen Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen könnte das Gesetz zu einem Instrument wirklicher Demokratisierung werden.

Marchais kündigt den Verteidigungs-Konsens

KPF als Veranstalter der „Friedensdemonstration"

A. GRAF KAGENECK/SAD, Paris

Als „von den Sowjets manipuliert" hat der spanische Theaterautor Fernando Arrabal die heutige „Friedensbewegung" bezeichnet. Als Beispiel nannte der Schriftsteller, der sich selber „pazifistischer *als pazifistisch" nennt*, das sogenannte Friedenstreffen im Park von Vincennes im Osten von Paris, zu dem am Wochenende rund 300 000 Menschen gekommen waren. Als Arrabal dort mit einem Spruchband gegen die sowjetischen SS-20-Raketen für den Frieden demonstrieren wollte, wurde er unter Androhung von Gewalt dazu gezwungen, sein Plakat einzurollen und die Veranstaltung zu verlassen.

Mit dieser, von ihr mitgetragenen Veranstaltung hat die französische Kommunistische Partei den vielbeschworenen „Konsens in der Verteidigungsfrage" im Kabinett Mauroy aufgekündigt. Aber bereits seit einiger Zeit fährt die Formation von KPF-Chef Marchais auf mehreren Feldern der gemeinsa*men Politik einen Doppelkurs, der* die Zusammenarbeit mit den Sozialisten zunehmend auf eine harte Probe stellt: Loyalität und Solidarität im Kabinett, Agitation gegen den Regierungskurs auf der Straße.

Die KPF steht eindeutig hinter der plötzlich aufgewärmten, lange Zeit auf Eis gelegten „Friedensbewegung" in Frankreich. In den „Kommunistischen Heften", einem Theorie-Organ der Partei, schrieb ihr außenpolitischer Experte Maxime Gremetz im Juni: „Die Zeit ist gekommen, in der wir nicht Hunderttausende, sondern Millionen sein werden." Die von der KPF gesteuerte Massengewerkschaft CGT rührte in den Betrieben seit Wochen die Propagandatrommel für die Veranstaltung in Vincennes. Um den Graben noch zu vertiefen, hat KP-Chef Marchais darüber hinaus die Anrechnung der französischen Atomraketen bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen verlangt – ein sowjetischer Wunsch, dem sich Präsident Mitterrand und die Sozialistische Partei mit aller Entschiedenheit widersetzen.

Auch der frühere französische Generalstabschef des Heeres, Armeegeneral Jean Delaunay, hat im Zusammenhang mit den in Vincennes deutlich gewordenen pazifistischen Strömungen in Frankreich von der Gefahr gesprochen, daß der „nationale Konsens" in Frage gestellt werden könnte, „der unerläßlich ist für die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckung". Der aus Protest gegen die Heeresreform im März zurückgetretene Offfizier sprach davon, daß der Pazifismus „dem Rüstungsungleichgewicht zwischen Ost und West zusätzlich ein politisches Ungleichgewicht" hinzufüge. Denn er manifestiere sich ja nur im Westen und versetze „uns deshalb in eine Position der Schwäche und unterminiert unsere *Entschlossenheit*".

Jacques Baumel, früher gaullistischer Minister und heute Vorsitzender eines Vereins für strategische Zukunftsforschung, warnte ebenfalls vor einer Unterschätzung der pazifistischen Großkundgebung und ihrer Folgen: Im „Quotidien de Paris" schrieb er, daß Frankreich „dank eines breiten nationalen Konsens" zwar weniger empfindlich „für die Verheerungen des Pazifismus" sei als die „nordischen oder protestantischen Länder Europas". Aber „der Marsch nach Vincennes ist der Anfang einer weiten Offensive mit dem Ziel unsere öffentliche Meinung zu erschüttern und die Franzosen zu spalten und unsere bisher glücklicherweise unangefochtene Verteidigungspolitik in Frage zu stellen".

Seite 2: Gegenzug von Marchais

Budapest: Kritik am Wirtschaftskurs

DW./dpa, Budapest

*In Ungarn mehren sich die Stim*men der Kritik an der im Vergleich zu anderen Ostblockländern liberalen Wirtschaftspolitik. Der Vorsitzende der Kontrollkommission der kommunistischen Partei, Andra Gyenes, warnte jetzt vor „schädlichen" Auswüchsen dieses Kurses.

Im Parteiorgan „Nepszabadsag" forderte Gyenes mehr Parteidisziplin. Er verlangte im Hinblick auf die zunehmende Privatisierung der Wirtschaft die Rückbesinnung auf den „Wert der Arbeit". „Ehrliche Menschen" seien „entrüstet, und das mit Recht, wenn sie sehen, wie andere ohne Arbeit, durch Tricks und Spekulationen reich werden wollen", kritisierte der hohe Funktionär.

Es sei „nicht ausgeschlossen, daß einige Parteimitglieder aus politischer Unentschlossenheit und anderen subjektiven Gründen" einen Kurs mitmachten, der die Opposition gegen das sozialistische System stärke, sagte Gyenes. Hier und da frage man sich unter Parteimitgliedern schon besorgt, „ob die führende Rolle der Partei noch angemessen auf allen Gebieten des sozialistischen Zusammenlebens zur Geltung kommt."

Demonstranten probten den „heißen Herbst"

da. Hamburg

Rund 400 NATO-Gegner haben am Wochenende in Hamburg erstmals eine Bundeswehr-Kaserne blockiert. Die Demonstranten hatten sich am Sonntag nachmittag vor die vier Tore der Boehn-Kaserne gesetzt, in der Panzerhaubitzen stationiert sind, mit denen atomare Gefechtsköpfe verschossen werden können. Die auf Beschluß des Innensenators Pawelczyk (SPD) geduldete Blockade endete gestern nach 18 Stunden.

Als Probe für die Aktionen am Jahresende gegen den möglichen Beginn der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik hatten sich die Anhänger der „Friedensbewegung" gerade diese Kaserne ausgesucht. Bei Stationierung der US-Raketen soll diese Art des Protestes – vom Bundesgerichtshof als Gewalt im Sinne des Nötigungsparagraphen eingeschätzt – auf Schienen, in Häfen und vor Kasernen praktiziert werden.

Viel Rückhalt für diese Ziele in der in Hamburg regierenden SPD ermöglichte die Generalprobe vor der Boehn-Kaserne. Die Passivität der eingeschlossenen Soldaten rechtfertigte Oberst Verstl so: „Wir steigen auf der Leiter der Eskalation keine Sprosse nach oben."

Moskau blockiert Raketen-Gespräche

● Fortsetzung von Seite 1

darauf, daß die Sowjetunion mit einem Scheitern der Gespräche nur pokert, um die Forderung im geeigneten Augenblick fallenzulassen. Danach würde Moskau dann als Gegenleistung verlangen, daß die Vereinigten Staaten auf die Stationierung der ballistischen Pershing-2-Rakete verzichten. Sie wird von der Sowjetunion besonders gefürchtet, weil sie nach Ansicht führender westlicher Militärexperten die Fähigkeit der Sowjetunion zur Führung eines konventionellen Angriffs gegen Westeuropa ad absurdum führt: Die Pershing 2 bedroht die Führungseinrichtungen der Streitkräfte der Roten Armee in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion, Moskau dagegen liegt außerhalb der Reichweite dieser modernen amerikanischen Waffen.

Die *sowjetische Führung könnte* spekulieren, daß bei weiterem Abwarten der Westen in Bedrängnis gerät, heißt es in Brüssel. Präsident Reagan, der sich schon in einer Art Vorwahlkampf befinde, müsse aus Moskaus Sicht an einem Wahlerfolg interessiert sein. Den könne er mit einem Durchbruch in Genf erzielen. Ein Erfolg bei den Mittelstreckenwaffen mache ein Ergebnis bei den START-Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Raketen möglich. Wenn Moskau in dieser Lage die Forderung nach Anrechnung der französischen und britischen Systeme fallenließe, um *dadurch* die Stationierung der Pershing 2 in Europa zu verhindern, könnte es nach diesen Überlegungen zu einer Lösung kommen. Allerdings würde der Westen dann gezwungen werden, den für ihn wesentlichen Waffenmix von Pershing-2-Raketen und luftatmenden Marschflugkörpern des Typs Cruise Missile fallenzulassen. Es gibt nach Brüsseler Darstellung allerdings kein Anzeichen, daß der Westen dazu bereit sein könnte.

*Inzwischen fährt die Sowjetuni*on nach neuesten Erkenntnissen fort, mit einer Angstkampagne in Westeuropa psychologisch gegen die Nachrüstung Front zu machen. Dabei bedient sich Moskau neuerdings subtiler Methoden. Ostblock-Diplomaten streuten unter westlichen Kollegen das Gerücht aus, die Sowjetunion würde Raketen als „Gegenmaßnahme" auch in der „DDR" und anderen Satellitenstaaten in ihrem Vorfeld stationieren. Hierbei werde der Eindruck bewußt nicht bestritten, es könne dabei auch die SS 20 gemeint sein.

In alliierten Militärkreisen wird dazu gesagt, es gebe keine Anzeichen für die Verlegung der SS 20 außerhalb der Sowjetunion. Dies würde auch nicht erwartet. Die Verlegung dieser strategischen Waffe, die einer umfänglichen Infrastruktur bedürfe, in die Reichweite leichter Jagdbomber der NATO verbiete sich militärisch von selbst. Moskau operiere nicht gegen militärische Einsichten.

Was tatsächlich passiere, sei die fortlaufende Modernisierung der alten sowjetischen Raketensyste*me mit den NATO-Bezeichnungen* „Frog", „Scud" und „Scaleboard". Sie würden ersetzt durch die Raketen „SS 21", „SS 22" und „SS 23". Diese haben je nach Typ eine Reichweite von 120 bis 1100 Kilometern.

Bei der Stationierung dieser Raketen handelt es sich um ein seit vielen Jahren sichtbares Programm. Es wird nach diesen Informationen aber von der Sowjetunion jetzt als „Gegenmaßnahme" gegen die Pershing 2 und Cruise missiles ausgegeben.

In Wirklichkeit hat schon der damalige NATO-Oberbefehlshaber und spätere US-Außenminister General Alexander Haig vor sechs Jahren davor gewarnt, daß die Sowjetunion ihre Raketen mit kürzerer Reichweite modernisiert. (WELT vom 16. August 1977) Haig wies damals darauf hin, daß dieses sowjetische Programm zum Ausbau der Atomrüstung ihm erhebliche Sorgen mache. (SAD)

Reagan empfängt Weizsäcker im Weißen Haus

hrk. Berlin

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird heute Berlins Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker im Weißen Haus zu einer Unterredung empfangen. Weizsäcker hatte sich zuletzt im September 1981 in Washington aufgehalten und Reagan an die Spree eingeladen. Der amerikanische Präsident war dieser Einladung am 11. Juni 1982 gefolgt und von Tausenden von Berlinern im Schloßgarten Charlottenburg begrüßt worden.

Weizsäcker hält während seiner Amerika-Reise vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses eine Rede über „Berlin und die deutsche Frage". In dieser Rede will Berlins Regierender Bürgermeister auch auf die aktuelle *sicherheitspolitische Diskussion in* Europa eingehen.

Der Regierende Bürgermeister trifft außerdem mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dan, mit Verteidigungsminister Weinberger und den wichtigsten US-Senatoren zusammen. In New York eröffnet er anschließend die Ausstellung „Berlin – eine Stadt auf der Suche nach der Zukunft".

„Kummertelefon" für Reisende in die „DDR"

schw. Hannover

Als ein „bedeutendes deutschlandpolitisches Signal" bezeichnete der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, die Tatsache, daß mehr als hundert Anrufe täglich das „Kummertelefon für DDR-Reisende" seines Ministeriums erreichen. Die Anrufe kommen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Diese Einrichtung zur Information für Reisende in die „DDR" besteht seit Ostern 1983. Die dort erteilten Auskünfte hätten dazu beigetragen, erklärte der Minister, die Lage an den Grenzübergängen wesentlich zu entspannen. Die hohe Zahl der Anrufe lasse erkennen, daß das Interesse an Begegnungen zwischen Deutschen in West und Ost wesentlich größer sei, als vielerorts angenommen wird. Im vergangenen Jahr reisten mehr als fünf Millionen Menschen in die „DDR", die Zahl der Transitreisenden belief sich auf 19,52 Millionen.

Nach Angaben eines Sprechers des niedersächsischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten hat sich als Folge eines Umzugs die Rufnummer des „Kummertelefons für DDR-Reisende" geändert. Die Nummer lautet nunmehr: 0511 20 23 51.



Verbesserte Einkommen

fu (London) – Wer in Großbritannien in der eher glücklichen Lage ist, einen festen Arbeitsplatz zu haben, was für immerhin 13 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung nicht gilt, dem hat die strikte Antiinflationspolitik der Regierung Thatcher eine nicht unerhebliche Verbeseserung des Lebensstandards beschert.

Denn die Verbraucherpreise in Großbritannien sind in den letzten zwölf Monaten mit 3,7 Prozent nur um die Hälfte des Satzes gestiegen, um den sich in der gleichen Zeit die durchschnittlichen Einkommen erhöht haben. Auch die vielen Briten, die eine Hypothek aufgenommen haben, sind aufgrund der gesunkenen Hypothekenzinsen so gut dran, daß sie sich auch ohne jede Einkommenssteigerung eines höheren Lebensstandards erfreuen dürfen. Das Beklemmende an dieser Entwicklung ist nur, daß von dem geringeren Anstieg der Lebenshaltungskosten und der damit verbundenen Verbesserung des Lebensstandards die wohlhabenden Familien ungleich mehr profitieren als die einkommensschwachen. Aufgrund der Koppelung der Renten, der Arbeitslosengelder und der Sozialfürsorge an die Inflationsentwicklung haben die Ärmsten des Landes sogar das Nachsehen.

Während die Inflationsrate in den kommenden Monaten wieder – wenn auch wohl nur geringfügig auf nicht mehr als sechs Prozent – steigen wird, basiert die Anhebung ihrer kommenden Bezüge aufgrund einer Neuregelung auf der Mai-Preissteigerungsrate, der niedrigsten seit 15 Jahren.

Sorge in Österreich

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Wenn sich demnächst die langen Urlaubstrecks wieder nach Süden wälzen, dann beginnt in Österreich das große Hoffen – Hoffen darauf, daß sich die Wirtschaftsflaute nicht auch im Fremdenverkehr weiter ausbreitet. Denn schon der vorige Sommer brachte mit einem Rückgang der Übernachtungszahlen um 4,2 Prozent eine herbe Enttäuschung, die allerdings durch eine fast ungeschmälerte Ausgabenfreudigkeit der Gäste letztlich doch wieder weitgehend ausgeglichen wurde.

Immerhin stiegen während des gesamten Jahres 1982 bei einem Minus der Übernachtungszahlen von 2,3 Prozent auf 118 Millionen die Deviseneinnahmen auf 94,6 Milliarden Schilling (13,4 Milliarden Mark) und damit um 4,1 Prozent. Auch im Vergleich mit früheren Wirtschaftskrisen hatte sich diesmal die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft noch ganz gut gehalten – besser als 1974 zum Beispiel.

Dennoch verbreitet sich in der Alpenrepublik heute größere Skepsis als je zuvor. Denn das deutliche Übergewicht der Ausländer mit 90 Millionen Übernachtungen gegenüber den 28,4 Millionen der Inländer sorgt dafür, daß Hoteliers und Gastwirte ihre Blicke aufmerksam ins Ausland richten, wo Millionen von Arbeitslosen zugleich auch den Ausfall von potentiellen Gästen bedeuten.

Mit Sorge wurde denn auch registriert, daß die Deutschen – mit einem Anteil von 70 Prozent die wichtigsten Auslandsgäste der Österreicher – künftig insbesondere bei Auslandsreisen den Gürtel enger schnallen wollen. Nach Einschätzung der Bundesbank beginnen die privaten Haushalte offensichtlich nun auf jenen Gebieten zu sparen, die bisher bei wirtschaftlichen Flauten als ziemlich robust galten, was schon im Vorjahr zur Folge hatte, daß in der Bundesrepublik die Zahl der Auslandsreisen um fünf Prozent zurückging, während die Zahl der Inlandsreisen (inklusive der „DDR") um fast elf Prozent zunahm. So konnte Bayern als Urlaubsort mit 3,7 Millionen deutschen Reisenden Italien (3,6 Millionen) ebenso schlagen wie Österreich, das mit 3,3 Millionen auf den dritten Platz zurückfiel. Bei den Reiseausgaben der Deutschen im Ausland lag Österreich allerdings mit acht Milliarden Mark vor Italien mit 7,3 und der Schweiz mit 3,9 Milliarden Mark.

Doch nicht nur im Hinblick auf deutsche Urlauber sind die Erwartungen in Österreich diesmal eher zurückhaltend. Auch aus Belgien werden infolge Abwertung und hoher Arbeitslosigkeit weniger Gäste erwartet. Franzosen und Jugoslawen schließlich werden wohl auf Grund der von den Regierungen verordneten Devisenbeschränkungen ebenfalls zu einem guten Teil ausfallen.

Kein Wunder, daß die Branchenvertreter nun von der neuen Regierung jene koordinierende Fremdenverkehrspolitik fordern, die dem Anteil an der Gesamtwirtschaft von zehn Prozent und der hohen „Exportquote" von errechneten 58 Prozent auch entspricht. Und die dazu beiträgt, das österreichische Tourismusangebot gegenüber den südlicheren Urlaubsregionen wettbewerbsfähiger zu machen. Sozial- wie auch Steuergesetzgebung hatten bislang auf die Besonderheiten dieser Dienstleistungsbranche keine Rücksicht genommen, so daß Arbeitszeitregelung.

Hinzu kommt, daß die Strategie der siebziger Jahre mit intensiven Investitionen zur Qualitätsverbesserung der Betriebe, aber auch der forcierten Schaffung von Freizeitanlagen wie Schwimmbädern und Tennishallen oder des verstärkten Umweltschutzes zur Reinhaltung der Seen und Erhaltung der Erholungslandschaften zugleich auch die Verschuldung der Branche auf fast 50 Milliarden Schilling trieb.

Die aus all dem resultierenden Grenzen der Belastbarkeit der einzelnen Unternehmen hatte sich im Vorjahr bei den genannten ersten konjunkturellen Rückschlägen gezeigt: Der Fremdenverkehr stieß in der Insolvenzstatistik hinter der Bauwirtschaft auf den zweiten Platz vor, wobei sich aber generell eine größere Stabilität der teuren Angebote zeigte, die den bisherigen österreichischen Weg in Richtung Qualitätstourismus bestätigte. Dieser Weg muß mit zusätzlichen Investitionen weiterverfolgt werden, wollen die Österreicher dem Verdrängungswettbewerb auf ausländischen Märkten auch weiterhin standhalten.

INNOVATIONEN / WELT-Gespräch mit Forschungsminister Heinz Riesenhuber

Bonn will die Suchfunktion des Marktes wieder stärker nutzen

HEINZ HECK, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber ist zuversichtlich, daß der Forschungsetat 1984 etwas stärker zunehmen wird als der Gesamtetat mit etwa 1,7 Prozent. In einem Gespräch mit der WELT betonte er zugleich seine Entschlossenheit, den bereits im '83er Etat eingeleiteten forschungspolitischen Kurswechsel fortzusetzen und die Projektförderung zugunsten der indirekten Forschungsförderung weiter zurückzunehmen.

Riesenhuber erinnert daran, daß nicht alle Fördermaßnahmen in seinem Ministerium (BMFT) ressortieren, daß er aber seine Aufgabe darin sieht, Konzepte auszuarbeiten und sie mit den beteiligten Ressorts abzustimmen. So ist zum Beispiel das Personalkostenzuschußprogramm als indirekte Maßnahme im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Er hätte es deshalb lieber im BMFT, „weil dann die Möglichkeit sehr viel selbstverständlicher gegeben wäre, bei dem erwünschten Abbau der überzogenen direkten Projektförderung indirekte Instrumente im eigenen Hause zu verstärken".

Die Zahl der direkt geförderten Projekte sei in den letzten Jahren ständig gestiegen. Sowohl die Aufwendungen hierfür wie die Relation zu den indirekten Instrumenten seien „immer ungünstiger gewesen". Bereits 1983 hat er die Förderung von Industrieprojekten um etwa 15 Prozent zurückgenommen und will im '84er Haushalt – ohne jetzt genaue Zahlen zu nennen – so fortfahren. Anders sieht es bei den Universitätsprojekten aus, wo Riesenhuber nur begrenzte Abbaumöglichkeiten sieht, da eine indirekte Förderung hier nicht möglich ist.

Kritisch zur Politik seiner Vorgänger meint er, sie hätten angenommen, „daß eine sorgfältige bürokratische Bearbeitung eines Projekts Marktmechanismen ersetzen könnte, daß also das kompetente Urteil eines Beamten voraussehen kann, welche Technik sich im Markt bewähren wird. Das ist ein großer Irrtum. Der Markt ist als Mechanismus in seiner Suchfunktion nicht zu ersetzen."

Hinzu komme, daß die administrative Bearbeitung eines Projekts viel Zeit erfordere und damit Innovationen verzögert würden. Das sei gerade für ein mittelständisches Unternehmen, das mit einem neuen Produkt auf den Markt komme, „unerträglich". Die schnelle Innovation sei hier „entscheidend". Dabei fehle es uns nicht so sehr an Basiswissen oder Managementkapazität. „Unser Problem ist, daß die Umsetzung des Basiswissens in den Markt zu langsam erfolgt." So seien deutsche Veröffentlichungen der Grundlagenforschung manchmal in Japan schneller in Produkte umgesetzt worden als bei uns. Gerade deshalb sollte man nicht noch durch die Art der Projektförderung Attentismus staatlich subventionieren.

Dort, wo Wissen rasch wachse, seien indirekte Maßnahmen auf jeden Fall vorzuziehen, etwa in der Mikroelektronik oder in der Fertigungstechnik. Mit einem indirekt spezifischen Sonderprogramm, etwa in der Mikroelektronik, wird nicht das Projekt geprüft, sondern nur, ob der Antragsteller in diesem Fachgebiet kompetent arbeiten kann, und alles „geht sehr viel schneller – in seinem eigenen Interesse. Niemand kämpft so gut wie für eigenes Geld."

Es gebe also durchaus Möglichkeiten, schnell zu reagieren, wo es schnell gehen muß. „Es gibt andere Projekte, wo es bei der direkten Förderung bleiben muß und auch kann; beispielsweise vertragen sehr große, langfristige oder sehr riskante Projekte einen zeitlichen Vorlauf" (Beispiel Kohleverflüssigungsanlage). Einen weiteren Ansatz für die Durchsetzung von Innovationsprozessen sieht er in der öffentlichen Beschaffung. Zwar sei dies durch die Verdingungsordnung grundsätzlich so angelegt, daß bewährte Produkte bewährter Anbieter bevorzugt werden. Dies sei „kameralistisch sinnvoll, bedeutet aber, daß das große Nachfragepotential des Staates an den Innovationsprozessen vorbeirutscht".

AGRARPOLITIK

Kosten für die Milchflut in der EG steigen weiter an

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Milchflut in der EG schwillt weiter an, eine Entwicklung, die jeden „in Angst und Schrecken versetzen" müsse, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Ernährungsministerium, Georg Gallus. Belegt wird der Flutbericht durch die einen Tag nach dem Stuttgarter EG-Gipfel veröffentlichten Angaben über den Milchmarkt, das Hauptagrarproblem der Gemeinschaft.

Danach wird die Milcherzeugung in der Bundesrepublik 1983 um 4,5 Prozent auf 26,9 Millionen Tonnen zunehmen, der Verbrauch jedoch nur um 0,5 Prozent auf 21,6 Millionen Tonnen. Bei Butter wird mit einem Produktionsanstieg von 9,5 Prozent auf 610 000 Tonnen in der Bundesrepublik gerechnet, während der Verbrauch um 3,7 Prozent auf 420 000 Tonnen sinken dürfte. Bei Magermilchpulver wird sogar von einem Produktionsanstieg um 13,6 Prozent auf 700 000 Tonnen ausgegangen. Dabei dürfte der Verbrauch nur um 1,6 Prozent auf 252 000 Tonnen steigen.

In den anderen EG-Staaten sieht es nicht günstiger aus. In der Gemeinschaft insgesamt dürfte die Butter-Produktion um 6,4 Prozent auf 2,304 Millionen Tonnen anschwellen; der Verbrauch weiter um zwei Prozent absacken. Wurden vor zwei Jahren „erst" 20 Prozent mehr Butter erzeugt als verbraucht, so werden es in diesem Jahr bereits 45 Prozent sein.

Und das, obwohl die Hälfte der konsumierten Butter, wie Wolfgang von Geldern, der andere Parlamentarische Staatssekretär im Ernährungsministerium, erläutert, zu subventionierten Preisen bei Bäckereien, Speiseeisherstellern oder bei den Streitkräften abgesetzt wird. Trotzdem dürfte der Butterberg am Jahresende mit 700 000 Tonnen fast fünfmal so hoch sein wie 1981.

Die Magermilchhalde dürfte zum Jahresende auf eine Million Tonnen angewachsen sein; 1981 waren es 279 000 Tonnen. Bei Getreide, dem zweitwichtigsten Problemprodukt der EG, wird die Gemeinschaft zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit Lagerbeständen in die neue Ernte gehen. Die EG hat sich in letzter Zeit mit subventionierten Exporten zurückgehalten, um den Konflikt mit den USA zu entschärfen.

Die Folge: In diesem Jahr seien die Agrarausgaben der Gemeinschaft bis jetzt um 35 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand gestiegen, betont Georg Gallus. Der diesjährige EG-Agrarhaushalt, der auf rund 31,5 Milliarden Mark veranschlagt worden war, werde voraussichtlich 3,3 bis 4,5 Milliarden Mark höher ausfallen. Nach jüngsten Meldungen aus Brüssel werde der Nachtragshaushalt sogar 5,7 bis 6,4 Milliarden Mark betragen. „Für 1984 zeichnet sich eine Erschöpfung der Brüsseler Finanzmittel ab", erklärt der Staatssekretär.

AUF EIN WORT

„Eine große Zahl von Autofahrern kommt zum TÜV, um eine Plakette abzuholen und nicht, um etwas über die Verkehrssicherheit ihres Fahrzeuges zu hören."

Prof. Pr. Albert Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Rheinland, Köln

FOTO: DIE WELT

ERDÖL

Nachfrage ist weiter schwach

HEINZ HECK, Bonn

Die Opec-Vereinbarungen vom März über eine Produktionsbegrenzung sind nach Meinung des Wirtschaftsministeriums zwar „kurzfristig tragfähig". Jedoch wagen die Bonner Energieexperten keine Prognose, „ob die kurzfristig relativ stabile Phase des Weltölmarktes auch den herannahenden verbrauchsschwachen Sommer überdauert". Die Opec-Förderung habe sich von unter 14 Millionen Faß täglich im März auf etwa 16,5 Millionen Faß im Mai erholt (vereinbarte Obergrenze 17,5 Millionen Faß). Dabei sorge Saudi-Arabien als der Welt größter Exporteur für den Schwankungsausgleich und fördere derzeit nur etwas mehr als vier Millionen Faß täglich.

Zugleich hält die Nachfrageschwäche an den Weltölmärkten an. Für die westlichen Industrieländer (OECD) wird der Rückgang auf sieben Prozent im ersten und vier Prozent im zweiten Quartal geschätzt.

Auf dem deutschen Markt bemühen sich die Ölgesellschaften die Lücke zwischen Produkterlösen und Beschaffungskosten zu schließen. Seit Ende 1980 war – mit kurzen Unterbrechungen – die Versorgung auf Vertragsbasis teurer als auf Spotbasis, so daß sich vielfach der Zukauf von Spotprodukten als wirtschaftlich erwiesen habe. Die Folge seien deutliche Veränderungen der Versorgungsströme gewesen.

WELTWIRTSCHAFT

Christians ermahnt Japan

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Japan und die Bundesrepublik kommen nach Auffassung von F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, neben den USA und Großbritannien langsam wieder in die Lage, konjunkturelle Impulse für die Weltwirtschaft auszulösen. Wichtig sei jedoch, wie der Bankier auf einem Wirtschaftssymposium anläßlich der Japan-Woche in Düsseldorf hervorhob, daß nach der stärksten Weltrezession seit den 30er Jahren nicht ungeduldig in kurzer Zeit zu viel erwartet wird. Entscheidend bleibe, daß sich die beginnende Gesundung verstetige und damit dem Welthandel und dem internationalen Finanzgefüge eine verläßliche Basis geboten werde.

Christians wies auf die wachsende Mitverantwortung Japans und der Bundesrepublik bei der Lösung aktueller weltwirtschaftlicher Probleme hin und ermunterte Japan mit seiner im internationalen Kapitalverkehr noch unterrepräsentierten Währung und Besonderheiten im Wirtschaftsverkehr eine aktivere Rolle zu spielen und sich unvoreingenommen der internationalen Kooperatinon zu öffnen. Für eng mit dem Welthandel verflochtene Nationen sei internationale Mitverantwortung im Sinne aktiver Mitgestaltung nicht als Belastung, sondern als Notwendigkeit zum Überleben zu sehen, betonte Christians.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kuwait-Beteiligung an VW nicht bestätigt

Frankfurt (rtr) – Kuwait sei nun auch am VW-Konzern in nennenswerter Höhe beteiligt, verlautete gestern aus Bankenkreisen. Der Anteil soll rund zehn Prozent des 1,2 Milliarden Mark umfassenden Grundkapitals betragen. Nach Daimler Benz (14 Prozent), Korf-Stahl, Metallgesellschaft und Hoechst sei die Volkswagen AG das fünfte große deutsche Unternehmen, an dem Kuwait ein Aktienpaket halte, heißt es. Das Unternehmen selbst bestätigt diese Vermutungen nicht. Wie ein Sprecher gestern erklärte, könne VW nicht überblicken, ob ein größeres Aktien-Paket den Besitzer gewechselt habe. Bekannt sei lediglich, daß ausländische Anleger sich seit Wochen und Monaten verstärkt für VW-Aktien interessierten.

Zinnkartell gegründet

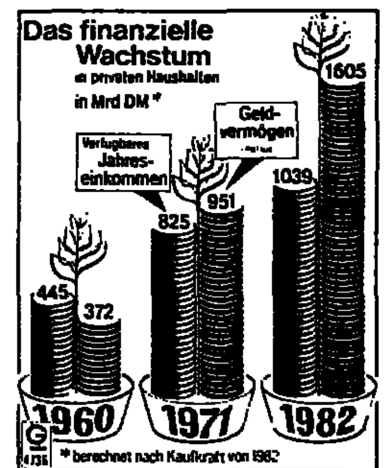
Bangkok (AP) – Malaysia, Indonesien und Thailand haben ein Zinnproduzentenkartell gegründet. Die Mitglieder erbringen nach eigenen Angaben zusammen fast 74 Prozent der Weltzinnproduktion. Auf einer Tagung von Zinnproduzenten in London im März war festgelegt worden, daß ein zu bildendes Kartell mindestens 66 Prozent der Förderung repräsentieren müsse. Das Abkommen tritt am 16. August in Kraft. Die Kartellmitglieder forderten andere Zinnproduzenten zum Beitritt auf. Ein bolivianischer Beobachter erklärte, sein Land werde „in Kürze" diesen Schritt vollziehen.

Sparer-Gemeinschaft warnt

Bonn (rtr) – Die Stabilitätspolitik ist nach Auffassung der „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer" von ihrem Ziel der Geldwertstabilität „noch ein gutes Stück entfernt". In einer Mitteilung vertritt die Organisation die Auffassung, die Grunddaten der Geldpolitik wiesen noch nicht aus, daß eine großzügigere Geldversorgung mit Rücksicht auf das Zinsniveau gerechtfertigt wäre. Weiterhin müsse an dem Ziel festgehalten werden, die Zentralbankmenge 1983 um lediglich vier bis sieben Prozent wachsen zu lassen. Das Vertrauen in den Geldwert sei jedenfalls noch „keinesfalls wiederhergestellt".

Urteil zum Ladenschluß

Koblenz (dpa/VWD) – Einzelhändler, die bewußt und dauernd gegen die gesetzlichen Ladenschlußzeiten verstoßen, müssen sich den Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs gefallen lassen. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz verschaffen sie sich damit einen unrechtmäßigen Wettbewerbsvorsprung gegenüber ihren Konkurrenten. Mit diesem Urteil gab das Gericht der



Die privaten Geldvermögen der Deutschen erreichten Ende letzten Jahres 1605 Milliarden Mark. Dies entspricht dem Eineinhalbfachen des Jahreseinkommens, das allein privaten Haushalten zur Verfügung stand. 1960 hatten die Bundesbürger erst vier Fünftel eines Jahreseinkommens auf der hohen Kante. QUELLE: GLOBUS

Klage eines Vereins zur Wahrung des lauteren Wettbewerbs gegen ein Unternehmen statt. In einem Einkaufsmarkt im Raum Mainz ließ das Unternehmen jeweils freitags nach 18.30 Uhr, der gesetzlichen Ladenschlußzeit, bis 20 Uhr die Verkaufsräume für sogenannte gewerbetreibende Kunden offen. Private Käufer wurden aufgefordert, den Markt zu verlassen. Da das Unternehmen sich zu einer Kunden-Kontrolle nicht in der Lage sehe, müsse der Chancengleichheit im Wettbewerb der Vorrang eingeräumt werden, meinten die Richter (Aktenzeichen: 6 U 634/82).

Stuttgart-Anleihe

Frankfurt (AFP) – Die württembergische Landeshauptstadt Stuttgart bietet vom 22. Juni an eine 150-Millionen-Mark-Anleihe an, die mit einem Zins von acht Prozent ausgestattet ist. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre, der Ausgabekurs 99,25, so daß sich eine Rendite von 8,11 Prozent ergibt. Das Konsortium steht unter Führung der Landesgirokasse, öffentliche Bank und Bausparkasse, Stuttgart, und der Württembergischen Kommunalen Landesbank-Girozentrale.

Umschuldungsvertrag

Quito (rtr) – Ecuador hat einen Umschuldungsvertrag mit einem Banken-Lenkungsausschuß unterzeichnet, der Auslandsverbindlichkeiten von 2,56 Milliarden Dollar umfaßt. Wie Zentralbankchef José Antònio Correa erklärte, beinhaltet die Vereinbarung auch die Bereitstellung eines neuen Kredits über 431 Millionen Dollar durch die ausländischen Gläubigerbanken.

BERLINER WIRTSCHAFT

Technologietransfer für neue und mittlere Unternehmen

PETER WEERTZ, Berlin

Mit einer „Welle von Existenzgründungen" will der Senat in Berlin die Arbeitsmarktlage verbessern. Mit Vorrang sollen dabei neue Betriebsgründungen gefördert werden, die mit technologisch neuen Produkten (Innovationen) zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Eine positive Zwischenbilanz zog Wirtschaftssenator Elmar Pieroth bei dem Strukturprogramm für neue Arbeitsplätze, das seit einem Jahr unter dem Leitwort „Mut zu Leistung und Wagnis" praktiziert wird. Dieses Programm soll jetzt als Teil der Struktur- und Innovationspolitik durch zusätzliche Maßnahmen weiter ausgebaut werden. „Wir wollen mehr junge Unternehmer und Hochschulabgänger ermuntern, sich selbständig zu machen", meint Pieroth.

Zunächst ist die Aufstockung des Innovationsfonds' vorgesehen, mit dem der Senat förderungswürdige Projekte unterstützt. Außerdem sollen Gründerzentren errichtet werden, die helfen werden, die technologischen und bürokratischen Hürden zu überwinden. Darüber hinaus werden Hochschulabgänger oder interessierte Studenten als „Innovationsassistenten" den Unternehmen vermittelt. Nicht nur Neugründungen, sondern vielmehr auch bestehende Betriebe sollen durch einen Technologie-Transfer gefördert werden.

In eigener Regie wird der Senat die Technologie-Vermittlungsagentur (TVA) fortsetzen. Das Technologiezentrum des VDI will zudem eine besondere Abteilung für die Berliner Industrie einrichten. Hier werden berlinspezifische Leistungen im Bereich der Mikroelektronik angeboten.

ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE / IHK Koblenz untersucht Zahlungsweise

Zahlungsmoral der Behörden gestiegen

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand ist auf dem Weg der Besserung.". Erfreut stellt die Industrie- und Handelskammer Koblenz nach einer Umfrage in ihrem Kammerbezirk fest, „daß jetzt immerhin schon 58 Prozent aller befragten Unternehmen vereinbarungsgemäß ihr Geld bekommen". Im Sommer 1982 waren es 54 Prozent gewesen und ein Jahr zuvor nur 46 Prozent. Nur jedes siebte Unternehmen habe „weiterhin Grund zu ernsthafter Beanstandung".

Die Schatten auf diesem insgesamt freundlichen Bild werden indes um so länger, je größer die Abhängigkeit eines Unternehmens von öffentlichen Aufträgen ist. Wer mehr als die Hälfte seines Umsatzes mit einer Behörde erzielt, darf auf besonders eifrige Zahlungsweise nicht hoffen; dies betreffe vor allem die Bauwirtschaft, stellt die Kammer fest: Nur rund 22 Prozent der Bauunternehmen mit großer Abhängigkeit vom öffentlichen Auftraggeber berichten über „vereinbarungsgemäße" Zahlungsweise, „bei 44 Prozent ist sie schleppend und bei 34,4 Prozent ernstlich zu beanstanden". Insgesamt habe die Umfrage jedoch eine etwas pünktlichere Zahlungsweise auch für die Bauwirtschaft zutage gefördert, heißt es.

Viele Unternehmen ärgern sich über das „große Sicherheitsbedürfnis, das öffentliche Auftraggeber an den Tag legen", denn dieses Bedürfnis kostet Geld. Noch vor zwei Jahren war es keine Seltenheit, wenn Unternehmer bis zu 30 Prozent der Auftragssumme für die Dauer der Ausführungs- und Gewährleistungszeit durch Bürgschaften absichern mußten, um einen Auftrag überhaupt zu erhalten, „und das engt den finanziellen Spielraum der Unternehmen über Gebühr ein", bemerken die Koblenzer Experten.

Diese Einsicht scheint inzwischen auch in einigen Behörden Fuß gefaßt zu haben, denn die Kammer berichtet über eine Reihe von Erleichterungen, „die auf den Weg gebracht worden sind". So haben die staatlichen Hochbauämter in Rheinland-Pfalz alle Bürgschaften von fünf auf drei Prozent gekürzt, und die Straßenverwaltung im Regierungsbezirk Koblenz verfährt ähnlich. Vor diesem Hintergrund fühlen sich die befragten Bauunternehmen etwas weniger stark durch Bürgschaften beengt als noch vor einem Jahr.

Die Kammer bezweifelt allerdings, daß das nur Folge dieser Erleichterungen ist: „Die Unternehmen haben andere Sorgen – etwa Auftragsmangel – und wenn die überwunden sind, dann sind auch Bürgschaften wieder ein Problem."

GROSSBRITANNIEN / Öffentliche Investitionen fehlen

Die Belebung ist gefährdet

WILHELM FURLER, London

Eine alles andere als optimistische Konjunkturprognose für Großbritannien ist jetzt von dem unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstitut Cambridge Econometrics vorgelegt worden. Nach der jüngsten Studie des Instituts wird die allmählich sichtbar werdende Konjunkturbelebung bereits 1985 wieder an Schwung verlieren. Damit dürfte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien von gegenwärtig mehr als drei Millionen bis 1990 um eine weitere Million gestiegen sein, glaubt das Institut.

Als einen der Hauptgründe für den nicht richtig greifenden Aufschwung nennt Cambridge Econometrics die fehlende Investitionsbereitschaft der öffentlichen Hand, die den Anstieg der Privatinvestitionen unterstützen müßte. Das angesehene Institut befürchtet, daß das Wirtschaftswachstum in Großbritannien bereits 1985 auf 1,6 Prozent zurückgehen wird, nachdem für dieses Jahr und für 1984 mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um jeweils 2,4 Prozent gerechnet wird. Für die letzten drei bis vier Jahre dieses Jahrzehnts sagen die Wirtschaftsforscher aus Cambridge sogar nur ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr voraus.

Auch im Hinblick auf die Inflationsentwicklung ist das Institut pessimistischer als die Regierung. Während das Schatzamt glaubt, daß die Inflationsrate in diesem Jahr knapp unter sechs Prozent gehalten werden kann, sagt Cambridge Econometrics einen Preisanstieg um 6,7 Prozent voraus. Im kommenden Jahr wird die Inflationsrate der Studie zufolge auf acht Prozent steigen und dann zwischen 1985 und 1989 bei durchschnittlich sechs Prozent verharren.

In einer Studie über die Entwicklung der britischen Währung sagt Lloyds Bank International einen Anstieg des Pfundkurses gegenüber dem US-Dollar bis März nächsten Jahres auf 1,55 Dollar (derzeit 1,52 Dollar) voraus. Gegenüber den wichtigen europäischen Währungen werde der Pfundkurs im wesentlichen unverändert bleiben.

FRANKREICH / „Finanzielle Lage in besorgniserregender Weise verschlechtert“

Rechnungshof zieht düstere Bilanz

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bereits seit 1979 lebt Frankreich über seine Verhältnisse, aber in den letzten beiden Jahren hat sich unter der sozialistischen Regierung die finanzielle Lage des Landes in besorgniserregender Weise verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt die nationale Rechnungskommission in ihrem Jahresbericht 1982. Auf Grund der jüngsten Stabilisierungspolitik wird allerdings eine gewisse Besserung bei den Staatsfinanzen erwartet.

Die den Franzosen von der Regierung in der zweiten Hälfte des letzten Jahres auf Grund eines viermonatigen Lohnstopps abverlangten Kaufkraftverluste, die im Gesamtjahr 1982 für die in der Privatwirtschaft Tätigen durchschnittlich 0,7 Prozent und für die im öffentlichen Sektor Beschäftigten 1,3 Prozent erreicht hatten, wurden per Saldo durch die Verbesserung der Sozialleistungen mehr als kompensiert.

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte stieg demzufolge um real 2,2 Prozent. Ihr Verbrauch erhöhte sich bei schwächer gewordener Spartätigkeit sogar um 2,8 Prozent, während das Bruttoinlandsprodukt nur um zwei Prozent zunahm.

Da die französische Industrieproduktion mit der verstärkten Binnennachfrage nicht Schritt halten konnte, kam es auf Grund stark gestiegener Importe zu der bekannten Verschlechterung der Handelsbilanz. Vor allem im Konsumgüterbereich lag das nach den Feststellungen der Kommission an der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig gingen im Ausland weitere Marktanteile verloren, was auch auf die mangelnde Anpassungsfähigkeit der französischen Unternehmen an die veränderte Auslandsnachfrage zurückgeführt wird. Allein im Warenverkehr mit den anderen EG-Ländern erhöhte sich das Defizit um 70 Prozent.

Als Hauptproblem der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs wird die finanzielle Lage der privaten Unternehmen bezeichnet. Allerdings habe sie sich 1982 nicht mehr ganz so stark verschlechtert wie in den beiden vorangegangenen Jahren, in denen die kurzfristige Verschuldung der Unternehmen um 42 Prozent und ihre langfristige um 30 Prozent gestiegen war. Die Zinslasten nahmen 1982 um 13,3 Prozent zu nach 23,8 Prozent 1981 und 32 Prozent 1980.

Während diese Lasten bis 1981 durch eine starke Inflation „erleichtert“ wurden, bekommen sie die Unternehmen jetzt bei einem geringer gewordenen Preisanstieg stärker zu spüren. Nach Auffassung der Kommission ist deshalb die Lösung der Überschuldungskrise – durch Aufbringung von mehr Eigenmitteln und Verminderung der sozialen Lasten – von größter Wichtigkeit.

DEUTSCHE FISCHWIRTSCHAFT

Die Lage hat sich entspannt

J. BRECH, Hamburg

Nach einer langen Phase der Unsicherheit hat sich die Lage in der deutschen Fischereiwirtschaft entspannt. Das gilt vor allem für die Kutter- und Küstenfischerei mit ihren gut 600 Familienbetrieben, die mit der in Brüssel beschlossenen Fischmarktordnung besser leben können. Die Marktordnung regelt den Zugang zu den Küstengewässern der Nachbarstaaten und beseitigt die Ungewißheiten über Fangquoten. Zudem erhalten die Fischer durch garantierte Mindestpreise für marktgängige Ware eine soziale Absicherung.

Wie die Fischereiwirtschaft in Hamburg erklärt, seien die angestammten Fangplätze in der Nordsee sichergestellt und in der Ostsee ausreichend. Hier bestehe außerdem berechtigte Hoffnung, mit den Anrainerstaaten aus dem Ostblock Zugangsverträge abzuschließen. Durch Fischerei-Regulierungsmaßnahmen wie Mindestgrößen bei Fischen und Mindestmaschenweiten hätten sich zudem die Bestände stark erholt.

Mit Problemen hat dagegen nach wie vor die Hochseefischerei zu kämpfen, deren Fischanlandungen sich in den letzten 10 Jahren auf 180 000 t nahezu halbiert haben. Mit der jetzt bestehenden Flotte von 15 Frostern (vor 10 Jahren waren es 36) und 12 (48) Frischfangschiffen glaubt der Verband der Deutschen Hochseefischerei künftig jedoch wieder wirtschaftlich operieren zu können. In diesem Jahr werde die Flotte 180 000 t Fisch, davon 40 000 t Frischfisch anlanden. Ein Drittel der Fangmenge dürfte auf Rotbarsch, ein weiteres Drittel auf Kabeljau, Seelachs und Schellfisch entfallen.

Die wichtigsten Fanggründe liegen unter Grönland. Von dort stammen etwa 100 000 t. Trotz des angestrebten Austritts Grönlands aus der EG erwartet die Hochseefischerei, daß die Fangrechte erhalten bleiben. Den Vertrag über den Fang von 20 000 t Kabeljau vor der kanadischen Küste – dem zweiten wichtigen Fanggebiet der deutschen Hochseeflotte – hat die Regierung in Ottawa in diesem Jahr nicht erfüllt. Wegen der Haltung der EG und der Bundesrepublik in der Robbenfrage sind lediglich für 2000 t Lizenzen erteilt worden. Mit einer vollen Ausschöpfung der Vertragsmenge rechnet der Verband im Jahr 1984.

Zu dem gesamten deutschen Fischverbrauch von etwa 662 000 t oder 10,7 Kilo pro Kopf der Bevölkerung steuert die deutsche Fischerei rund 306 000 t bei. Darüber hinaus werden 646 000 t importiert und 262 000 t exportiert. Die Selbstversorgungsquote von 45 Prozent muß nach Meinung der Fischereiwirtschaft unbedingt gehalten werden.

EG will Luftverkehr liberalisieren

Ha. Brüssel

Auf eine vorsichtige Liberalisierung des interregionalen Luftverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft haben sich die zuständigen EG-Minister nach dreijährigen Beratungen verständigt. Reisende zwischen kleineren Flughäfen können sich dadurch von 1985 an billigere Angebote zunutze machen.

Die EG-Richtlinie sieht vor, daß Gesellschaften, die Liniendienste von und nach bestimmten Orten innerhalb der Gemeinschaft einrichten wollen, eine Verkehrsgenehmigung erhalten. Voraussetzung ist unter anderem, daß die Flugstrecke mindestens 400 Kilometer beträgt und daß die Flugzeuge nicht mehr als 70 Personen oder 30 Tonnen Fracht befördern können.

Die EG-Kommission hatte eine erheblich großzügigere Regelung vorgeschlagen, die vor allem mit Rücksicht auf das Verkehrsaufkommen der nationalen Eisenbahnen keine Zustimmung im Ministerrat fand. So war der ursprüngliche Vorschlag von einer Mindestentfernung von 200 Kilometern sowie von 130 Sitzen und 55 Tonnen Fracht ausgegangen. Daneben wollte die Brüsseler Behörde auch den regionalen Verkehr von größeren Flughäfen aus in eine Regelung einbeziehen. Die Einigung bedarf zudem noch einer endgültigen Zustimmung der italienischen Regierung, die sich wegen der bevorstehenden Wahlen noch nicht festlegen wollte.

WOLFF WALSRODE / Verlustabschluß

Sorgen im Foliengeschäft

D. SCHMIDT, Walsrode

Für die zum Bayer-Konzern gehörende Wolff Walsrode AG, Walsrode, war 1982 eines der bislang schwersten Jahre. Nach Angaben des Vorstands prägte vor allem das miserable Foliengeschäft die Geschäftsentwicklung. In diesem Bereich zählt Wolff zu den führenden deutschen Herstellern. Der fortschreitende Substitutionsprozeß durch Polyprophylen ließ die Auslastung der eigenen auf Zellglas ausgerichteten Folienkapazitäten auf nur noch 75 Prozent sinken.

Der Umsatz des Unternehmens verringerte sich um 4,1 Prozent auf 493 (514) Mill. DM. Vorstandsmitglied Ernst-Michael von Kistowsky weist allerdings darauf hin, daß dieser Rückgang ausschließlich auf den verminderten Umfang der Lizenz- und Anlagengeschäfte zurückzuführen ist. Dagegen nahm der Bruttoumsatz aus Erzeugnissen leicht auf 506 (501) Mill. DM zu. Davon entfielen 284 (285) Mill. DM auf Folien und 222 (216) Mill. DM auf chemische Produkte.

Unbefriedigend verlief die Ertragsentwicklung. Wolff weist einen Fehlbetrag von 9,3 Mill. DM aus, nachdem 1981 gerade noch ein positives Ergebnis (29 135 DM) erzielt worden war. Von Kistowsky läßt keinen Zweifel daran, woher die Verluste rühren: Im Folien-Bereich dürfte ein zweistelliger Millionen-Betrag rot geschrieben worden sein. Hinzu kamen Rückstellungen für Aufhebungsverträge von 9,5 Mill. DM.

Inzwischen aber, so von Kistowsky, bekomme Wolff die Probleme in den Griff. Der Vorstand rechnet für das laufende Jahr mit einem Umsatz von 525 Mill. DM. Die Prognosen gehen davon aus, daß nicht nur der Verlustvortrag ausgeglichen, sondern darüber hinaus ein positives Ergebnis ausgewiesen werden kann, obgleich auch 1983 noch Sozialplan-Aufwendungen (rund 3 Mill. DM) wirksam werden und die Kostenentlastungen aus dem Abbau der Beschäftigtenzahlen erst später zu greifen beginnen.

Wolff beschäftigte Ende 1982 noch 3558 Mitarbeiter. Inzwischen liegt diese Zahl bei 3293; Ende 1983 werde die Belegschaft auf unter 3000 Personen reduziert sein. Um die Kostenstruktur zu verbessern, wurde der Folienbereich in zwei getrennte Profit-Centers aufgegliedert: Herstellung von Rohfolie und Verarbeitung. Festhalten will Wolff an der traditionellen Zellglas-Produktion, auch wenn mittelfristig mit einer weiter sinkenden Nachfrage zu rechnen sei. Den Marktanteil in der Bundesrepublik bezifferte v. Kistowsky – bezogen auf das eigene Sortiment – auf rund 30 Prozent, in Europa auf 10 Prozent.

Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verspricht sich das Unternehmen von der Inbetriebnahme einer neuen Chemie-Anlage zur Herstellung von CMC-Produkten (Carboxy Methyl Cellulose), die Ende 1983 anlaufen wird. Die Investitionen dafür belaufen sich auf 40 Mill. DM. Das Werk wird allerdings auf Leasingbasis betrieben. Zufriedenstellend verlief das Geschäft mit den anderen Cellether-Erzeugnissen.

Libanon wünscht Bonner Finanzhilfe

dpa/VWD, Beirut

Libanon wünscht den Abschluß eines Rahmenabkommens über eine verstärkte Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat der Präsident des libanesischen Nationalrates für Außenwirtschaftsbeziehungen, Sami Maroun, in Beirut dem früheren Bonner Agrarminister Josef Ertl versichert. Maroun bezeichnete die deutsche Industrie als einen besonders geeigneten Partner für die Erneuerung und den Ausbau des Verkehrsnetzes.

Ertl leitete eine Delegation von rund 40 deutschen Unternehmensvertretern, die viertägige Gespräche mit der Regierung und der libanesischen Wirtschaft führte. Dabei wurde deutlich, daß die libanesische Regierung konkrete finanzielle Leistungen aus Bonn begrüßen würde. Ein solcher Schritt, so hieß es mehrfach, würde bei der Vergabe von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft nützlich sein. Ertl schlug in einem Interview vor, die Ausfuhrbürgschaften (Hermes-Garantien) für den Libanon-Handel je Einzelprojekt auf fünf Millionen Mark und eine Laufzeit von drei Jahren zu erhöhen. Bisher liegt die Obergrenze bei einer Million Mark und einem Jahr Laufzeit. Ertl forderte, daß eine wie immer geartete Hilfe der Bundesrepublik möglichst rasch erfolgen solle. Zu den libanesischen Wünschen an Bonn gehört auch eine Öffnung des deutschen Marktes für libanesische Erzeugnisse, vor allem für Agrarprodukte.

PROVINZIAL VERSICHERUNGEN

Gruppe ist neu geordnet

J. BRECH, Hamburg

Nach der EG-Richtlinie, die eine Spartentrennung bei den Versicherungen vorschreibt, ist die bisherige Provinzial Leben-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt Schleswig-Holstein reorganisiert worden. Mit dem Begriff Provinzial ist gleichzeitig für den neu entstandenen Kompositversicherer „Provinzial Brandkasse Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein“ und die „Provinzial Leben Versicherungsanstalt“ ein gemeinsames Dach geschaffen worden.

Der Geschäftsschwerpunkt der Gruppe liegt bei der Provinzial Leben, die ihren Bestand von 4,9 Mrd. DM im Berichtsjahr 1982 um 10,8 Prozent erhöht hat. Der Neuzugang an Versicherungssumme ging dagegen um 3,2 Prozent auf 625 Mill. DM zurück.

Hauptquelle für den Überschuß von 87 Mill. DM (plus 22,5 Prozent) waren die Kapitalanlagen von 1,35 Mrd. DM. Die Erträge erhöhten sich bei einer durchschnittlichen Rendite von 7,9 Prozent um 18,3 Prozent auf 110 Mill. DM. In die Rückstellung für Beitragsrückerstattung wandern 86,7 Mill. DM, die sich damit auf 267 Mill. DM erhöht. Ab 1984 wird die Provinzial Leben Direktgutschriften einführen, um die Versicherten an den laufenden Ergebnissen stärker zu beteiligen.

Die Provinzial Brandkasse überrascht für 1982 bei einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 5,6 Prozent auf 488 Mill. DM mit einem günstigeren Schadenverlauf. Die Gesamtschadenquote sank von 80,4 auf 76,3 Prozent. Trotz der Verluste in den Sparten Feuer und Hausrat erreichte die Brandkasse nach Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste von 9 Mill. DM einen versicherungstechnischen Gewinn von 2,2 Mill. DM (im Vorjahr 2,9 Mill. DM Verlust). Einschließlich der Kapitalerträge von 37 Mill. DM (plus 15,6 Prozent) weist der Sachversicherer 11,6 Mill. DM Jahresüberschuß aus, der voll der Rücklage zugeführt wird.

In diesem Jahr hat sich die Provinzial Leben günstig entwickelt. Das Neugeschäft wuchs um 21 Prozent, die Beitragseinnahmen erhöhten sich um 14,1 Prozent. Die Provinzial Brandkasse steigerte in den ersten fünf Monaten die Beitragseinnahmen um vier Prozent, mußte jedoch eine um sieben Prozentpunkte gestiegene Schadenquote hinnehmen.

FLACHGLAS / Export verstärkt

Noch kein Ende der Flaute

DANKWARD SEITZ, München

Keine Anzeichen für eine „nennenswert bessere Marktlage“ sieht derzeit die Flachglas AG, Fürth, für das Jahr 1983. Selbst eine Belebung der Bautätigkeit wird sich, wie es im Geschäftsbericht 1982 heißt, erst 1984 in einer merklich größeren Nachfrage auswirken.

Bei Sicherheitsglas für die Autoindustrie könnte die Produktion auf dem Niveau von 1982 gehalten werden. Eine insgesamt deutlich bessere Konjunktur würde aber noch nicht das Problem der Überkapazitäten lösen, eher drohe sich der Wettbewerb noch zu verschärfen.

Mangelhaft ausgelastete Kapazitäten, Preiskämpfe und allgemein sinkende Erträge kennzeichneten bereits das Geschäftsjahr 1982 bei Flachglas. Mitte des Jahres wurde daher eine der drei Floatglasanlagen stillgelegt, Kurzarbeit eingeführt und verstärkt rationalisiert.

Die Mitarbeiterzahl wurde nochmals um 284 (489) auf 6829 abgebaut. Auch die Aktionäre werden diese Entwicklung zu spüren bekommen. Auf das Grundkapital von 135,5 Mill. DM soll für 1982 nur noch eine Dividende von 8 (10) DM je Aktie ausgeschüttet werden (Hauptversammlung am 12. Juli).

Nur durch verstärkte Exportanstrengungen ist es gelungen, wie es im Geschäftsbericht heißt, den Umsatzrückgang in der AG um 1,1 (minus 6,2) Prozent auf 353,5 Mill. DM und im Konzern um 2,2 (minus 3,5) Prozent auf 1,18 Mrd. DM begrenzt und das Vorjahresniveau in etwa gehalten werden.

Das Betriebsergebnis ging weiter zurück, und auch die Beteiligungserträge sanken auf 11,6 (24,7) Mill. DM. Nur deutlich höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von fast 12,0 (4,0) Mill. DM sowie geringe Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen von 0,02 (112,0) Mill. DM führten zu einem Jahresüberschuß von 21,7 (37,1) Mill. DM. Die Rücklagen, zuletzt noch mit 10,0 Mill. DM dotiert, gingen diesmal leer aus. In Sachanlagen wurden 61,2 Mill. DM investiert und abgeschrieben 91,6 Mill. DM.

CLAUDIUS PETERS / Iran gewinnt als Exportmarkt wieder an Gewicht

Nach sieben Jahren schwarze Zahlen

J. BRECH, Hamburg

Zum ersten Mal seit 1977 und nach einer Phase kostspieliger Konsolidierung hat die im Anlagenbau tätige Claudius Peters AG (CP), Hamburg, 1982 wieder ein positives Betriebsergebnis erreicht. Bei einem um 12,4 Prozent höheren Umsatz von 218 Mill. DM weist das Unternehmen einen Überschuß von 5,2 Mill. DM aus. Im Vorjahr waren trotz realisierter Buchgewinne von 11 Mill. DM noch 1,56 Mill. DM Verlust entstanden.

Durch den Gewinnausweis reduziert sich der Verlustvortrag in der Bilanz von 19 auf 14 Mill. DM. Er ist jetzt niedriger als die ausgewiesenen Rücklagen, so daß das Grundkapital von 26 Mill. DM, das die Babcock International Holdings Ltd., London, zu 100 Prozent hält, voll wiederhergestellt ist.

Das Verlassen der Verlustzone begründen die Vorstandsmitglieder Helmut Hadrys und Jürgen Heilenkötter einmal damit, daß die Belastungen aus früheren Engagements endgültig weggefallen seien. Zum anderen habe das Unternehmen die in den Büchern vorhandenen Aufträge besser als kalkuliert abgewickelt. Das gelte sowohl für die CP Hamburg als auch für die Tochtergesellschaften in Frankreich und Spanien. Lediglich die US-Tochter geriet aufgrund der Rezession in Nordamerika in rosa Zahlen.

Ein „auskömmliches, wenn auch nicht so gutes Ergebnis wie 1982“ sagt Heilenkötter für dieses Jahr voraus. Bei einem Auftragseingang von rund 60 Mill. DM in den ersten 5 Monaten beträgt der Bestand 190 bis 200 Mill. DM. Bereits verhandelt sei ein weiteres Auftragsvolumen von 40 bis 45 Mill. DM, das nur noch vergeben werden müsse.

Vom Bestand entfallen rund 30 Prozent auf den Bau von Anlagen für die Zementindustrie und 40 Prozent für die Gipsindustrie. Jeweils 15 Prozent stammen aus Aufträgen für Kohletechnologie und Petrochemie. Während das Geschäft in den Sparten Gips, Energie und Ofenbau sehr lebhaft sei, gebe es bei Zementanlagen einen regelrechten Nachfrageeinbruch, erklärt Hadrys. Obwohl CP durch den Bau von Umschlagsanlagen für Zement und von Silos für die Langzeitlagerung von Flugasche einen gewissen Ausgleich schaffe, dürfte das Auftragsziel in Bereich Zementanlagen 1983 nicht realisiert werden.

Verschiebungen gebe es auch in den Regionen. Der südostasiatische Raum schwäche sich ab, der nahe und mittlere Osten gewinne wieder an Gewicht. Das gelte vor allem für den Iran, in dem CP bislang keinen Pfennig verloren habe.

Die Zuversicht, den Prozeß der Vergangenheitsbewältigung auch 1983 mit einem unveränderten Umsatz und positivem Ergebnis fortzusetzen, wird bei CP überschattet durch das immer größer werdende Problem der Auftragsfinanzierung in der Dritten Welt. Bei entsprechenden Finanzierungsangeboten könne man Aufträge bekommen so viel man wolle, betont Heilenkötter. Dies sei im Gegensatz zu Frankreich und Spanien aber nicht möglich, weil in der Bundesrepublik die Gewährung staatlicher Garantien restriktiv gehandhabt werde.

EVS / Kosten für den Umweltschutz nehmen zu

Einstieg in das Gasgeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS), Stuttgart, eines der großen südwestdeutschen Verbundunternehmen, verbreitert ihren Angebotsfächer. Künftig soll neben Strom und Fernwärme auch Erdgas an die Abnehmer geliefert werden. Bis 1985 will die EVS im Landesteil Hohenlohe (später auch in Oberschwaben) ein Versorgungsnetz von 40 km Länge aufbauen, davon noch 27 km in diesem Jahr. Bezogen wird das Gas aus einer neuen Hochdruckleitung der Gasversorgung Süddeutschland. In diesem Schritt sieht das Unternehmen u. a. eine Maßnahme, sich längerfristig von bereits regional bestehenden Versorgungsproblemen bei der elektrischen Nachtspeicherheizung zu entlasten.

Bei den Investitionen stehe, so der EVS-Vorstandsvorsitzende Peter F. Heidinger, der eigentliche „Gipfelsturm“ noch bevor: Bis 1988 will die EVS 2,5 Mrd. DM in Anlagen investieren, hinzu kommen weitere 400 Mill. DM für den Umweltschutz. Die zur Jahresmitte anstehende Strompreiserhöhung um 4,5 Prozent sei vor allem durch steigende Kosten für den Umweltschutz bedingt. Zur Überwindung der Durststrecke sind die Aktionäre der überwiegend in kommunalem Besitz befindlichen EVS in diesem und in den nächsten beiden Jahren mit jeweils 50 Mill. DM Kapitalerhöhung gefordert.

Insgesamt lieferte die EVS im Berichtsjahr 1982 mit 13,6 Mrd. kWh Strom 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei der Strombeschaffung ging der Fremdbezug auf 43 (51) Prozent zurück, er soll weiter auf 20 Prozent gedrückt werden. Die Umsatzerlöse stiegen um 11 Prozent auf 2,1 Mrd. DM. Der auf 51,9 (34,3) Mill. DM erhöhte Jahresüberschuß resultiere zum Teil aus der besonders günstigen Kostenentwicklung bei der Strombereitstellung. Der Gewinn je Aktie nahm auf 13,60 (9,48) DM zu. Es werden wieder 10 Prozent Dividende auf 400 (350) Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet. Für 1983 rechnet Heidinger mit einer Steigerung des Stromverbrauchs um etwa 3 Prozent im Stammgebiet.



STINNES / Doch noch ein Plus für das letzte Jahr

Rendite wird aufgebaut

HANS BAUMANN, Essen

Noch Mitte Dezember vorigen Jahres kam die Stinnes AG, Mülheim/Ruhr, in einer Hochrechnung auf das zu Ende gehende Geschäftsjahr auf ein Umsatz-Minus von 2 Prozent auf 18,9 Mrd. DM. Das endgültige, jetzt vorliegende Ergebnis weist jedoch für das vergangene Jahr ein Plus von 1,1 Prozent auf 19,4 Mrd.DM aus. Davon stammen fast 87 Prozent aus dem Handel und der Rest aus Verkehr und Dienstleistungen. Der Gewinn je Aktie stieg von 19,70 auf 23,10 DM je 50 DM nom. Der Cash-flow erhöhte sich bei Investitionen von 183 Mill. DM auf 191,3 (180,1) Mill. DM.

In den ersten vier Monaten des neuen Jahres haben die Umsatzerlöse zum erstenmal abgenommen. Sie beliefen sich auf 5,5 Mrd. DM, das sind 7,4 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hier wird eine neue Politik des Hauses deutlich: Abkehr von der Menge, Stärkung der Rendite. So wurden gezielt einzelne internationale Handelsaktivitäten auf ein ertragsmäßig interessantes und strukturell angemessenses Geschäftsvolumen zurückgeführt. Schon 1982 zeigten solche Bemühungen erste kleine Erfolge: Die Umsatzrendite erhöhte sich 1982 von 0,75 auf 0,82 Prozent.

Das Ergebnis des Handelshauses hat sich nach Auskunft des Vorsitzenden des Vorstandes, Günter Winkelmann, „erfreulich" entwickelt. Es ist höher als in den ersten vier Monaten 1982. Eine Belebung der Konjunktur ist nach seiner Erkenntnis nur zaghaft spürber – und auch nur in einigen Geschäftssparten. Auf die Ertragslage des Hauses beginne sich die systematische Durchforstung der Organisation auf Schwachstellen und Kostenpolster „deutlich auszuwirken". Dem Ergebnis komme auch eine intensivere Durchdringung der Märkte zugute. Die ersten Monate lassen nach Winkelmann auf ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis schließen, zumal sich in den westlichen Industrieländern die Anzeichen für eine Rückkehr zu einer Normalisierung der Wirtschaftstätigkeit in jüngster Zeit mehrten. An Mutter Veba wurden aus dem Ergebnis 1982 wieder rund 30 Mill. DM überwiesen.

VDO / Jedes Jahr wird ein Zehntel vom Umsatz für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben eingesetzt

Mit den neuen Technologien Gewinne eingefahren

INGE ADHAM, Frankfurt

„Wir haben keinen Grund, kritisch zu sein", kommentiert Albert Keck, Vorstandsvorsitzender der VDO Adolf Schindling AG, Schwalbach/Ts., die bisher „besser als geplant" verlaufende Entwicklung in diesem Jahr: Es brachte der zu rund 80 Prozent mit ihrem Umsatz vom Auto abhängenden VDO ein Umsatzplus in diesem Bereich von 15 Prozent, ein Satz, den Keck bis zum Jahresende halten will.

Die Zuversicht im Technologiekonzern, der in den vergangenen Jahren erfolgreich die Wandlung von der Mechanik zur Elektronik vollzogen hat, spiegelt sich auch in den bisher 400 Neueinstellungen in diesem Jahr im Inland wider. Die konsequente Hinwendung zu neuen Technologien hat sich für VDO schon im abgelaufenen Jahr ausgezahlt: Die Erfolgsrechnung der AG schließt bei 680,6 (i. V. 592,2) Mill. DM Umsatz mit 11,6 (7,5) Mill. DM Jahresüberschuß (Inlandskonzern: 944,2 (876,2) Mill. DM Umsatz und 11,9 (3,1) Mill. DM Jahresüberschuß).

Als Ursachen für die deutliche Ergebnisverbesserung nennt Keck neben der kräftigen Umsatzsteigerung vor allem die Beendigung der Lernphase bei neuen Technologien, womit gleichzeitig die Qualität in der Fertigung verbessert wurde. Unrentable Produkte habe man auslaufen lassen und darüber hinaus in einigen Bereichen sehr stark rationalisiert.

„Die Zukunft anpacken"

Keck, der VDO in der Technologie den Japanern als überlegen ansieht, scheut sich freilich nicht, bei den Konkurrenten aus Fernost auch abzugucken: In freiwilligen Gesprächsrunden während der Arbeitszeit sollen die 6500 Mitarbeiter (AG, Konzern Inland 9020) in die Gestaltung ihrer Arbeitsabläufe einbezogen werden. „Wir wollen aus unseren Mitarbeitern Mitdenker und schließlich Mitunternehmer machen", betonte Keck, denn wir leben „alle von der Qualität der VDO." Nachdem der technische Wandel ohne Arbeitsplatzverlust bewältigt sei, wolle man im gesellschaftspolitischen und sozialen Bereich „die Zukunft anpacken", gemeinsam mit den Mitarbeitern.

Investiert werden sollen in diesem Jahr im Inlandskonzern rund 70 (46) Mill. DM in Sachanlagen, die man aus eigener Kraft finanzieren will. Schwachstellen sieht Keck im Bereich Industrielle Meß- und Regeltechnik, der in „technologisch vernünftige" Größenordnungen gebracht werden müsse. Auf ihn und auf den Bereich Luftfahrt, wo der erwartete Staatszuschuß ausblieb, entfiel der Löwenanteil der mit 8,5 Mill. DM zu Buch stehenden Aufwendungen aus Verlustübernahmen. Der nach wie vor notleidenden Jaeger S. A. (die VDO gemeinsam mit Matra betreibt), wurde im vergangenen Jahr mit 10 Mill. DM Kapitalzuschuß unter die Arme gegriffen, zu weiteren Unterstützungen sei man nicht bereit. Ursache für die Probleme bei Jaeger ist vor allem das Festhalten an dem kostspieligen Luftfahrtbereich auf Wunsch des französischen Staates, der jetzt zu einem Sanierungsbeitrag aufgerufen sei.

Getrennt hat sich VDO inzwischen von seiner Beteiligung am Halbleiter-Hersteller SSS Solid State Scientific; die noch gehaltenen Wandelschuldverschreibungen werden als reine Finanzanlage gesehen.

Die Nase vorn behalten

Mit Aufwendungen von rund 10 Prozent vom Umsatz pro Jahr für Forschung und Entwicklung will VDO die Nase vorn behalten. An dem Umsatzschwergewicht Auto wird sich nach Einschätzung von Keck auf absehbare Zeit nichts ändern. Den Markanteil an der Kfz-Erstausrüstung in der Bundesrepublik gibt VDO mit 60 Prozent an, in Europa werden 26 Prozent erreicht, inklusive Jaeger sogar 42 Prozent. Weltweit in der Gruppe macht der Umsatz 1,85 (1,7) Mrd. DM aus. Die Alleinaktionärin Liselott Schindling (Grundkapital 100 Mill. DM) partizipiert am guten Ergebnis des vergangenen Jahres mit einer auf 7 (3) Prozent erhöhten Dividende plus 3 Prozent Sonderzahlung.

DYCKERHOFF

Zementabsatz sinkt weiter

dpa/VWD, Frankfurt

Trotz steigender Bauaufträge im Inland schließt der größte deutsche Zementhersteller, die Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, für 1983 einen weiteren leichten Rückgang ihres Zementabsatzes nicht aus. Beim Export, der 1982 spektakulär um 23 Prozent zugenommen hatte, lasse sich in diesem Jahr dieser Zuwachs wegen des rückläufigen Absatzes in den Opec-Ländern nicht mehr aufrechterhalten. Insgesamt liegen die Absatzmengen bei der AG nach Vorstandsangaben in den ersten fünf Monaten 1983 nur geringfügig um 0,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Analog dazu zeigt der Ertrag bisher nach Darstellung des Vorstands eine normale Entwicklung. Dennoch ist Vorstandssprecher Christoph Hummel – gestützt auf die Rationalisierungserfolge der letzten Jahre – zuversichtlich, daß Dykkerhoff auch 1983 wieder ein angemessenes Ergebnis erwirtschaften wird. Aus unverändert 11,3 Mill. DM Jahresüberschuß werden wieder 5 DM Dividende je 50-DM-Aktie gezahlt. Der Umsatz stieg im Konzern auf 921,9 (848,4) Mill. DM und in der AG um 8,5 Prozent auf 676,8 Mill. DM.

Im vergangenen Jahr habe Dykkerhoff trotz des schwachen Baumarktes eine Preiserhöhung von im Schnitt 10 Prozent durchbringen können. Im laufenden Jahr sind im 1. Quartal weitere Anhebungen der Listenpreise um 4 bis 9 Prozent angekündigt worden, die sich bisher aber nur zum Teil haben durchsetzen lassen. An der Bonner Zementwerk AG, mit der ein Beherrschungsvertrag abgeschlossen wird, hält Dyckerhoff inzwischen über 80 Prozent.

LEITZ / Schwierigkeiten in den traditionellen Sparten

Analysentechnik erfolgreich

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Kürzung der Investitionen im Schul- und Hochschulbereich hat die Absatzmöglichkeiten erheblich eingeschränkt, sagte Urs Scherrer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ernst Leitz Wetzlar GmbH, bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982. Auch die Industrie zeige starke Investitionszurückhaltung, für die Scherrer die „wirtschaftspolitischen Sünden" der letzten Jahre verantwortlich macht.

Hinter dem erzielten Umsatzplus von nur 1 Prozent auf knapp 348 Mill. DM steckt freilich eine differenzierte Entwicklung: In der Sparte Foto blieb der Umsatz mit 130 (134) Mill. DM um 4 Prozent unter dem Vorjahresstand, wobei der Absatz im Ausland (minus 6 Prozent) stärker als im Inland (minus 2 Prozent) sank. Die anhaltenden Erfolge der Leica R 4 (Absatz plus 7 Prozent) und der Meßsucherkamera (plus 5 Prozent) konnten das Minus bei Projektoren und Ferngläser also nicht ausgleichen.

Im Instrumentengeschäft dagegen wurden Einbußen – bei Mikroskopie minus 21 Prozent, in der Meßtechnik minus 10 Prozent – durch Exporterfolge kompensiert. Besonders die Analysentechnik stach mit einem Umsatzplus von 46 Prozent heraus. Insgesamt hat der Export jetzt einen Anteil von 64 (63) Prozent am Leitz-Umsatz. Absatzerfolge in Teilbereichen könnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die klassischen Produktzweige Foto und Mikroskopie mit ihren hohen Umsatzanteilen kaum noch zum Wachstum beitragen, betonte Scherrer.

Trotz rigoroser Kostendämpfungspolitik – darunter die Reduzierung der Mitarbeiterzahl auf 3916 (4120) – schließt die Erfolgsrechnung mit 0,3 Mill. DM Verlust (0,15 Mill. DM Gewinn). Als Ursache dafür nennt Scherrer neben fehlendem Wachstum auch 0,5 Mill. DM „AEG-Opfer" an den Pensionssicherungsverein, 2,1 Mill. DM Wertberichtigungen für Südamerika- und Afrika-Geschäft sowie 2,3 Mill. DM Rückstellungen zum Sozialplan für die Schließung des kleinen Leitz-Werkes in Rastatt, Impulse für dieses Jahr vermag Scherrer noch nicht auszumachen. Die Schweizer Kapitalgeber – Wild Heerbrugg AG hält gut 53 Prozent der 40 Mill. DM Stammkapital – müssen sich wohl weiter in Geduld üben.

Heilit + Woerner: Auslandsbau tragend

sz. München

Zu einer tragenden Säule hat sich 1982 bei der Heilit + Woerner Bau AG, München, der Auslandsbau entwickelt. Mit einer Bauleistung von 603 (235) Mill. DM entfällt inzwischen fast die Hälfte des Geschäfts auf diesen Bereich. Die Inlandsleistung wurde, wie es in einer Mitteilung heißt, „weiterhin aufgrund des Preisverfalls gezielt zurückgenommen" und erreichte nur noch 736 (862) Mill. DM. Insgesamt wurde eine Bauleistung von 1,34 (1,1) Mrd. DM erbracht.

Der Bilanzgewinn wird mit 243,3 (168) Mill. DM angegeben. Die Verwaltung des zur Schörghuber-Gruppe gehörenden Baukonzerns wird der Hauptversammlung am 29. Juli vorschlagen, daraus an die Minderheitsaktionäre – auf sie entfallen rund 0,872 Mill. DM des Grundkapitals von 27,0 Mill. DM – eine unveränderte Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie auszuschütten.

In das Jahr 1983 ist Heilit + Woerner mit einem Auftragsbestand von 1,23 Mrd. DM gegangen. Der Auslandsbau hatte daran einen Anteil von 814 Mill. DM (minus 28 Prozent). Er wird, da das Inlandsgeschäft weiter reduziert werden soll, etwa 50 Prozent der Gesamtbauleistung 1983 von rund 1,3 Mrd. DM erreichen.

HOESCH-HV / Aktionären einen weiteren Kampf um das Stahlwerk versprochen

Bonns Nein ‚eine einzige Enttäuschung'

J. GEHLHOFF, Dortmund

Der mindestens 2 Mrd. DM teure Ersatzbau eines LD-Stahlwerkes für 4,5 Mill. Jahrestonnen nebst Stranggießanlagen auf der Westfalenhütte läßt sich mit dem Bonner 3-Milliarden-Stahlhilfeprogramm nicht realisieren. Dieses Fazit eines am letzten Donnerstag von den Betriebsratsvorsitzenden der drei Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke beim Bundeswirtschaftsminister absolvierten Gesprächs verkündete nun Vorstandsvorsitzender Detlev Rohwedder auf der Hauptversammlung der Hoesch AG, Dortmund.

Nach allem, was auch in Bonner Politikern zu diesem Projekt an öffentlicher Hilfestellung (bis zu 50 Prozent der Kosten) „angekündigt, versprochen und beschworen" wurde, sei dieses Gesprächsresultat „eine einzige Enttäuschung". Und trutzig obendrauf: „So einfach schiebt man uns nicht beiseite. Dieses Thema bleibt auf der Tagesordnung! Wir verstehen die Beschlüsse der Regierung als einen Auftakt zu einer aktiven Stahlpolitik, nicht als ihr Ende."

Die 1400 Aktionäre reagierten auf dieses Trutzbekenntnis zu einer neuen Stahlbasis, die Hoesch in den 90er Jahren (und dann endlich am richtigen Hüttenplatz) braucht, mit so tiefem Schweigen, daß es schon nach Skepsis roch. Um so beredter waren ihre Sprecher in der langen Diskussion.

Viel Anerkennung erntete der Vorstand dabei für das bisherige Ertragsresultat der Roßkur von Kapazitäts- und Personalabbau: Trotz Stahlkrise und nach 397 Mill. DM Vorjahresverlust für 1982 ein „echt verdienter" Jahresüberschuß von 19,5 Mill. DM, für 1983 nach schwachrotem ersten Quartal im ersten Halbjahr gleichfalls Gewinn, allerdings Fragezeichen, ob das „stahlwirtschaftliche und stahlpolitische Umfeld" Gleiches für den Rest des Jahres erlaubt, zumal der vielbeschworene gesamtwirtschaftliche Konjunkturaufschwung noch „nicht greifbar" sei, wie Rohwedder konstatierte.

Aber auch Kurioses brachte die Diskussion. Zwei Kostproben:

- Aus der mit 51,05 Punkten von 569 Mill. DM Aktienkapital ungewöhnlich niedrigen HV-Präsenz (ein Achtel weniger als im Vorjahr) folgerte „Berufsaktionär" Fiebich, daß seine Freunde aus dem Morgenland als Aufkäufer auch der „glänzend fundierten" Hoesch-Aktien bereits am Werke seien.
- Die mit Aktientausch 2:1 vorgeschlagene Umwandlung der Hoesch AG auf ihre nach Estel-Auflösung entbehrliche Betriebsgesellschaft Hoesch Werke AG (284,5 Mill. DM Aktienkapital) wurde auch von Rechtsanwalt Siemon (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz) nur mit leisem Zweifel daran kommentiert, ob sich der Hoesch-Kurs danach wirklich verdoppelte und somit noch über der Börsennotiz der Thyssen-Aktie liege. Der naheliegende Schluß, daß man bei der Hoesch Werke AG zuvor das Aktienkapital aus den Rücklagen (hier in Relation zum Aktienkapital gut viermal so hoch wie beim Durchschnitt der deutschen Industrie-Aktiengesellschaften) hätte verdoppeln und dann mit 1:1-Umtausch jedes Kursrisiko dieser Verschmelzung für die 100 000 Hoesch-Aktionäre hätte vermeiden können, kam auch diesem Aktionärsschützer nicht in den Sinn.

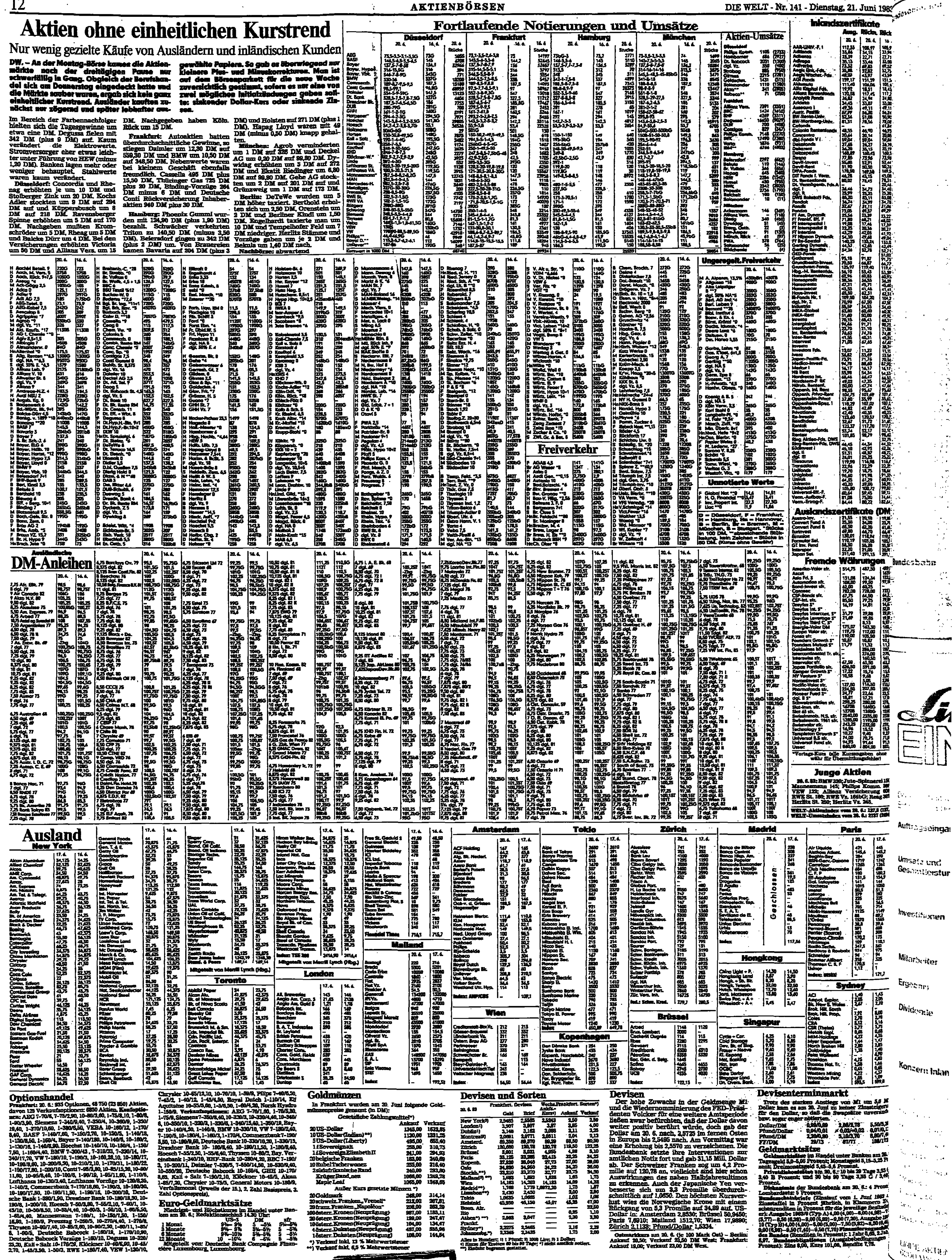
Leichtes Spiel hatte da Rohwedder mit jenen vereinzelten Kritikern des 2:1-Umtauschs, die darin unzutreffend einen „kaschierten Kapitalschnitt" witterten.

NAMEN

Dr. Hermann Freiherr von der Leyen wurde zum Vorstandsvorsitzenden des Verlags moderne Industrie, Landsberg/Lech, berufen. Er ist Nachfolger von **Wolfgang Dummer.**

Dr. Johann Christoffel ten Cate, bisher Generalbevollmächtigter, wurde zum Mitglied des Vorstandes der Handels- und Privatbank AG, Köln, bestellt.

Hans-Jürgen Dankert ist nicht – wie die WELT am 18. Juni berichtete – aus dem Vorstand der Fried. Krupp GmbH ausgeschieden, sondern beendete zum 31. Mai 1983 seine Tätigkeit als Mitglied der Geschäftsleitung des Konzernunternehmens Krupp Industrie- und Stahlbau.



Aktien ohne einheitlichen Kurstrend

Nur wenig gezielte Käufe von Ausländern und inländischen Kunden

DW. – An der Montag-Börse kamen die Aktienmärkte nach der dreitägigen Pause nur schwerfällig in Gang. Obgleich der Berufshandel sich am Donnerstag eingedeckt hatte und die Märkte sauber waren, ergab sich kein ganz einheitlicher Kurstrend. Ausländer kauften zunächst nur zögernd und später lebhafter ausgewählte Papiere. So gab es überwiegend nur kleinere Plus- und Minuskorrekturen. Man ist auf dem Börsenparkett für die neue Woche zuversichtlich gestimmt, sofern es nur eine von zwei möglichen Initialzündungen geben sollte: sinkender Dollar-Kurs oder sinkende Zinsen.

Im Bereich der Farbennachfolger hielten sich die Tagesgewinne um etwa eine DM. Degussa fielen mit 342 DM (plus 9 DM) auf. Kaum verändert die Elektrowerte. Stromversorger eher etwas leichter *unter Führung* von HEW (minus 1,20 DM). Banken lagen mehr oder weniger behauptet. Stahlwerte waren kaum verändert.

Düsseldorf: Concordia und Rhenag erhöhten je um 10 DM und Stolberger Zink um 20 DM. Kochs Adler stockten um 9 DM auf 294 DM auf und Küppersbusch um 8 DM auf 218 DM. Ravensberger Spinne erhöhten um 5 DM auf 170 DM. Nachgeben mußten Kromschröder um 5 DM, Rheag um 5 DM und Balcke Dürr um 4 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Victoria um 50 DM und Allianz Vers. um 15 DM. Nachgegeben haben Köln. Rück um 15 DM.

Frankfurt: Autoaktien hatten überdurchschnittliche Gewinne, so stiegen Daimler um 12,30 DM auf 559,30 DM und BMW um 10,50 DM auf 348,50 DM. Nebenwerte waren bei kleinem Geschäft ebenfalls freundlich. Cassella 495 DM plus 15,50 DM, Thüringer Gas 725 DM plus 20 DM, Binding-Vorzüge 264 DM minus 6 DM und Deutsche Conti Rückversicherung Inhaberaktien 940 DM plus 30 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden mit 124,90 DM (plus 1,90 DM) bezahlt. Schwächer verkehrten Triton zu 140,50 DM (minus 3,50 DM). Beiersdorf gingen zu 342 DM (plus 2 DM) um. Von Brauereien kamen Bavaria auf 204 DM (plus 3 DM) und Holsten auf 271 DM (plus 1 DM). Hapag Lloyd waren mit 49 DM (minus 0,50 DM) knapp gehalten.

München: Agrob verminderten um 1 DM auf 326 DM und Deckel AG um 0,20 DM auf 99,30 DM. Dywidag erhöhten um 5 DM auf 272 DM und Ekatit Riedinger um 6,80 DM auf 99,80 DM. Gehe AG stockten um 2 DM auf 201 DM auf und Grünzweig um 1 DM auf 173 DM.

Berlin: DeTeWe wurden um 5 DM höher taxiert. Berthold erholten sich um 2,50 DM, Orenstein um 2 DM und Berliner Kindl um 1,50 DM. Engelhardt taxierte man um 10 DM und Tempelhofer Feld um 7 DM niedriger. Herlitz Stämme und Vorzüge gaben um je 2 DM und Bekula um 1,40 DM nach.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Freiverkehr

Ausland

New York

Optionshandel

Frankfurt: 20. 6.: 935 Optionen, 48 750 (23 850) Aktien, davon 125 Verkaufsoptionen: 6850 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-70/6, 7-75/2,90, 10-80/3,60, 1-75/8,10, 1-80/8, 1-90/3,90, Siemens 7-340/9,40, 7-350/4, 10-360/9, 1-350/19,40, 1-370/10,60, 1-380/6,50, VEBA 10-160/12, 1-170/8,40, BASF 7-140/7,60, 7-150/2,70, 10-150/5, 1-140/18, 1-150/8,50, 1-160/4, Bayer 7-140/180, 10-140/6, 10-160/2, 1-130/16, 1-140/8,90, Hoechst 10-140/10, 10-150/4, 1-150/7,50, 1-160/4,40, BMW 7-300/43, 7-310/33, 7-330/14, 10-340/17,70, VW 7-180/10, 7-190/3, 10-160,28,10, 10-180/17, 10-190/8,60, 10-200/5,50, 10-210/2,10, 1-170/31, 1-180/22, 1-190/17,80, 1-200/10, Conti 7-95/3,80, 10-85/15,20, 10-90/11,60, 10-95/8,40, 10-100/6, 1-90/19, 1-95/11,60, 1-110/5, Lufthansa 10-130/3,40, Lufthansa Vorzüge 10-120/8,35, 1-140/2, Commerzbank 7-170/18,60, 7-190/3, 10-160/30, 10-180/17,50, 10-190/11,50, 1-190/16, 10-200/10, Deutsche Bank 1-380/1,90, Dresdner Bank 10-180/18,50, 10-190/8, 1-200/10, Hoesch 7-50/3,80, 7-55/2,10, 7-60/1, 10-45/10, 10-50/8,50, 10-55/4,40, 10-60/3, 1-50/10, 1-60/5,50, 1-65/4,40, Mannesmann 7-160/1, 10-150/7,50, 1-150/16,80, 1-160/9, Preussag 7-260/5, 10-270/4,40, 1-270/8, Thyssen 10-80/7,40, 10-85/3,60, 10-90/2,50, 1-80/11, 1-85/8, 1-90/5, Deutsche Babcock 1-160/18, 1-170/10,90, Deutsche Babcock Vorzüge 1-160/10, Degussa 10-320/25,20, Kali + Salz 10-170/28, Klöckner 10-40/6,90, 10-45/2,70, 1-45/3,50, 1-50/3, RWE 1-180/7,40, VEW 1-130/10, Chrysler 10-65/12,10, 10-70/10, 1-59/9, Pilips 7-40/6,50, 7-45/2, 1-40/12, 1-45/4,50, Royal Dutch 1-110/14, Elf Aquitaine 10-55/5,60, 1-5/6,50, 1-60/4,20, Norsk Hysdro 1-150/9. Verkaufsoptionen: AEG 7-70/1,60, 1-70/5,30, 1-75/9, Siemens 7-350/8,40, 10-330/3, 10-330/4,40, 10-340/6, 10-350/10, 1-320/3, 1-330/6, 1-340/15,40, 1-350/19, Bayer 10-140/4,50, 1-140/8, BMW 10-330/10, VW 7-180/2,40, 7-190/5, 10-180/4, 1-160/3, 1-170/4, Commerzbank 7-190/8,50, 10-190/9,60, Deutsche Bank 10-330/10,20, 1-330/13, Dresdner Bank 10- 180/8,40, 10-190/11,50, 1-180/8,40, Hoesch 7-55/2,50, 1-55/6,40, Thyssen 10-80/2, Bay. Vereinsbank 1-340/10, BHF-Bank 10-280/4,20, BBC 7-190/3, 10-200/11, Daimler 7-530/5, 7-550/14,50, 10-530/9,40, 10-550/20, Deutsche Babcock 10-160/4, GHH 10-170/8,65, Kali + Salz 7-190/2,10, Klöckner 10-45/5, Alcan 1-85/7,20, Chrysler 10-75/5, General Motors 10-180/9. Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5 –5¼	5¼–5⅝
3 Monate	9¾– 9⅞	5⅜–5½	5 –5⅜
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅝–5¾	5 –5¼
12 Monate	10 –10¼	6 –6¼	5 –5⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1345,00	1632,85
10 US-Dollar (Indian) **)	1130,00	1331,25
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	655,40
1 £ Sovereign alt	255,00	310,75
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	255,00	316,40
2 südafrikanische Rand	240,00	293,80
Krüger Rand, neu	1066,00	1249,78
Maple Leaf	1065,00	1248,65
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	248,00	314,14
20 schweiz. Franken „Vreneli"	212,00	267,81
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	263,29
100 österr. Kronen (Neuprägung)	987,00	1183,11
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	555,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

هكذا من الأصل

Devisen und Sorten

Devisen

Der hohe Zuwachs in der Geldmenge M1 und die Wiedernomminierung des FED-Präsidenten Volcker für eine weitere Amtsperiode ließen zwar befürchten, daß der Dollar davon weiter positiv berührt würde, doch gab der Dollar am 20. 6. nach, 2,5725 im fernen Osten in Europa bis 2,5495 nach. Am Vormittag war eine Erhöhung bis 2,5570 zu verzeichnen. Die Bundesbank setzte ihre Interventionen zur amtlichen Notiz fort und gab 31,15 Mill. Dollar ab. Der Schweizer Franken zog um 4,2 Promille auf 120,78 an, vielleicht sind hier schon Auswirkungen des nahen Halbjahresultimos zu erkennen. Auch der Japanische Yen verbesserte sich um 3,3 Promille überdurch*schnittlich auf 1,0650. Den höchsten Kursver*lust wies die Norwegische Krone mit einem Rückgang von 5,3 Promille auf 34,89 auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,8530; Brüssel 50,9450; Paris 7,6910; Mailand 1512,70; Wien 17,9890; Zürich 2,1133; Pfund/Dollar 1,5334.

Ostmarkkurs am 20. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Trotz des starken Anstiegs von M1 um 5,6 M Dollar kam es am 20. Juni zu keiner Zinssteigerung für den Dollar, so daß die Swapsätze unverändert bzw. sogar enger notierten.

Dollar/DM	0,98/0,89	2,88/2,78	5,50/5,3
Pfund/Dollar	0,04/0,01	×0,02/+0,02	0,07/0,1
Pfund/DM	2,30/0,90	5,10/3,70	8,80/7,4
FF/DM	29/13	87/71	188/172

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 6.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,25 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 20. 6.: 4 Prozent. Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 – Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7 (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,88)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 (6,4)–9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,06, Rendite 7,75.

Rentenmarkt leicht schwankend

Bei den festverzinslichen Wertpapieren war die Tendenz an der Montag-Börse wie bei den Aktien uneinheitlich. Die Unternehmungslust war gering. Bei öffentlichen Anleihen ergaben sich kleinere Kursabweichungen nach beiden Seiten – überwiegend bis um einen Zehntelpunkt nach oben und bis um 0,15 Prozentpunkte nach unten. Nur wenig ausgeprägter waren die Schwankungen der Notierungen für DM-Auslandsanleihen. Der Pfandbriefmarkt verkehrte ruhig und unsicher.

Bundesanleihen

		20. 6.	16. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,75bG	100G
8 dgl. 84 L	1/84	100	100,1G
8 dgl. 78 I	2/84	100,75	100,7
7 dgl. 77	3/84	100,3	100,3
7½ dgl. 76 II	4/84	100,75	100,7
5 dgl. 78	5/84	98,85	98,55
6 dgl. 78 III	9/84	99,2	99,2
8¼ dgl. 76	9/84	101,9G	101,9
6 dgl. 78 IV	12/84	99,15	99,2
6¾ dgl. 79	1/85	99,05	99,05
8½ dgl. 73 I	3/85	102,3	102,3
7 dgl. 78	4/85	99,7	99,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,1	100,1
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,9	100,8
8 dgl. 78 IV	10/85	101,2	101,25
5½ dgl. 78 II	3/86	95,95	95,95
5¾ dgl. 78	5/86	95,4	95,4
7¾ dgl. 76 I	12/86	98,5bG	98,5
6¾ dgl. 79	1/87	96,2	96,25G
7¾ dgl. 76 II	1/87	98,2	98,2G
6¾ dgl. 77	4/87	96,8	96,8
6½ dgl. 77	7/87	95,95	95,95
6 dgl. 77	10/87	93,95	93,95
6 dgl. 78 I	1/88	93,7	93,7
6½ dgl. 78 I	9/88	95,1	95,3
6½ dgl. 78 II	12/88	95G	95G
6¾ dgl. 79	1/89	96,1G	96,1G
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,75G	98,85G
10 dgl. 81	4/89	108,4	108,4
7½ dgl. 79 I	6/89	98,1	98
8 dgl. 79 I	7/89	100,1	100,1
8 dgl. 79 II	8/89	99,7	99,8
7½ dgl. 79 II	9/89	97,7	97,7
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,65	98,65
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,3	98,25
10 dgl. 80	4/90	108,7	109,05
5¾ dgl. 78	5/90	92,5	92,5
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,2	100,4
8¾ dgl. 80 II	11/90	100,3	100,5bG
7¾ dgl. 82	11/90	98	97,95
9 dgl. 81	2/91	104,7	104,7
10¾ dgl. 81	7/91	111,6	111,65
10¾ dgl. 81	9/91	114,85G	114,85
10 dgl. 81 II	12/91	110,6G	110,6
9¾ dgl. 82 I	1/92	109,1	109,1
9¾ dgl. 82 II	3/92	109,25	109,25
6 dgl. 78 II	3/93	92	92,2
9,5 dgl. 82	4/92	107,65	107,65
9 dgl. 82	5/92	104,75	104,9
8½ dgl. 82	6/92	102,15	102,15
9 dgl. 82	8/92	105	105
8¾ dgl. 82	9/92	103,45	103,45
7¾ dgl. 82	12/92	97,6	97,5bG
7½ dgl. 83	1/93	96,85	95,75
7½ dgl. 83 II	3/93	95,9	95,85
7½ dgl. 83 III	5/93	97	97
8¼ dgl. 83	6/93	100,95	100,95
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,2	101,25
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,5	101,4
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	101,9	101,9G
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	102,8	102,95
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,35	102,35
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,6	101,6
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,15	101,05
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,4	100,4
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,9	101,9
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,8G	102,8
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,75	102,85
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,75G	104,75G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,95	104,95
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,2G	104,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,35	105,35
10½ dgl. 81 S.16	6/86	106,75	106,75
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,3	108,3
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,4	107,4G
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,95G	105,95
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,8G	104,8G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,9	106,9
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,2	106,2G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,8	104,8
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,2	105,35
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,6	104,55
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,8	103,8
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,15	103,05
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,7	101,7
9¼ dgl. 82 S.29	7/87	104,8	104,7
9 dgl. 82 S.30	9/87	103,15	103,15
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,25G	102,25
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,5	100,5
8 dgl. 82 S.33	11/87	100	100
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	99,05	99,05
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,1	98,15
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	97,2	97,4
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,35G	95,6
7 dgl. 83 S.38	5/88	96	96,3
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,8	98,3G

Bundesbahn

		20. 6.	16. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1	100,1
10 dgl. 73 II	11/83	101,45	101,45
7½ dgl. 72	2/84	100,5	100,5
8 dgl. 72	9/84	101,6	101,6G
8¼ dgl. 76	9/84	101,85	101,85G
6 dgl. 78 III	11/84	99,15	99,3
6½ dgl. 79	2/85	99,05G	99,05
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102
7 dgl. 77	2/87	97,85	97,7
F 6 dgl. 77	9/87	93,95	94,15
6 dgl. 78 II	7/88	93,15	93,15G
6½ dgl. 77	3/89	94,3	94,3
8 dgl. 79 I	7/89	100,05	100,05
9 dgl. 78 I	2/90	91,35	91,55
8 dgl. 80 II	7/90	100	100
9 dgl. 81	3/91	104,85	104,85
10½ dgl. 81	9/91	113,6G	113,6
10¼ dgl. 81	11/1	112,1G	112,1
8 dgl. 80 I	2/92	99,5	99,5
10 dgl. 82	2/92	111,15	111,35
9½ dgl. 82	7/92	108,9	108,7
8 dgl. 82	11/92	99,5	99,45G
7¾ dgl. 83	1/93	98,45	98,45G

Bundespost

		20. 6.	16. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,1G
8 dgl. 72 II	12/83	101,2G	101,2
6½ dgl. 68	6/88	99,55	96,45
8 dgl. 72 I	9/87	101,2	101,2
10 dgl. 81	3/89	108,9	108,9
10¼ dgl. 81	6/89	109,7	109,7G
8 dgl. 80	3/90	100	100
7¾ dgl. 80	9/90	98,4	98,5
8¾ dgl. 80	12/90	103,1	103,1
10½ dgl. 81	10/91	113,3	113,1
9¾ dgl. 82	2/92	109,25	109,2
8¾ dgl. 82	6/92	103,75	103,65
8½ dgl. 82	10/92	102	102,1
7¾ dgl. 83	2/93	98,5	98,5

Länder – Städte

		20. 6.	16. 6.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100,25G	100,25G
6¾ dgl. 78	86	96,5	96,5
8¼ dgl. 82	92	100,75	100,75G
M 7 Bayern 65	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100G	100G
6 dgl. 68	85	97,5	97,5G
7 dgl. 72	84	100,2G	100,2G
7½ dgl. 76	84	100,75G	100,75G
6 dgl. 78	88	92,5G	92,4
8¾ dgl. 80	90	102,75G	102,75G
8¾ dgl. 82	90	103G	103
7½ dgl. 83	93	98,35	98,35
B 8½ Berlin 70	85	102,25	102,25G
8 dgl. 72	85	101,75G	101,5G
7½ dgl. 76	84	100,75G	100,75
7 dgl. 77	85	99,5G	99,8G
6½ dgl. 78	88	96G	97,15G
8¾ dgl. 80	88	103,5G	104,25G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,25G	100,25
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 83	93	95,75G	95,75G
H 8½ Hamburg 70	85	101,6G	101,7G
6¾ dgl. 77	92	94,9G	94,75G
8 dgl. 80	82	99,5G	99,4G
9¾ dgl. 82	92	108,4G	108,4G
7½ dgl. 83	92	95,5G	95,7G
F 8 Hessen 71	85	100,5G	100,5
8¾ dgl. 78	88	93	93
Ha6 Nieders. 69	84	99,6G	99,6G
8½ dgl. 70	85	101,2G	101,2G
7½ dgl. 72	87	99,5G	99,5
8 dgl. 72	87	99,8G	99,8G
7½ dgl. 79	87	98G	98G
7¾ dgl. 82	92	96,25	96,25G
D 7½ NRW 71	83	100,2	100,2bG
7½ dgl. 83	93	94,75bG	94,75bG
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,8G	98,8G
8 dgl. 71	86	-Zhg.	100,5
F 8½ Saar 70	85	101,25G	101,25G
7 dgl. 72	87	98,35	98,35
6 dgl. 78	88	92,75	92,8
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,9G	99,9
7¼ dgl. 72	87	98,75	98,75
8½ dgl. 73	85	102G	101,75
D 7 Essen 72	85	100,2G	100,2bG
M 6 München 64	84	99,5G	99,5G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,25bG	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100bG	99,75bG

Bankschuldverschreib.

	20. 6.	16. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	105,5G	105,5G
10 dgl. Pf 108	109G	109G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	103G	103G
M 5½ Bayer.Hyb. Pf 14	90,25G	90,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100bG
6½ dgl. Pf 10	84bG	84G
6 dgl. KS 1	98,25G	98,25G
M 6 Lza. Anth. IS 15	95G	95G
6 dgl. IS 16	94G	94G
6 dgl. IS 17	93,25G	93,25G
8½ dgl. KO 49	101,75G	101,75G
8½ dgl. KO 48	101,75G	101,75G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,5G	99,5G
8½ dgl. Pf 105	102,85G	102,75G
10 dgl. KS 307	103G	103G
9½ dgl. IS 725	103G	103G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	115G	115G
5½ dgl. Pf 28	77G	77G
6 dgl. Pf 4	90G	90G
6½ dgl. Pf 3	86G	86bG
8½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Bed. Pfandb. Pf 7	–	–
7 dgl. Pf 31	89,25G	90,25G
6 dgl. Pf 34	97T	97T
6½ dgl. Pf 37	98,5G	98,5G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	85,5G	85,5G
7½ dgl. Pf 87	90,75G	90,75G
6 dgl. KS 29	78,5G	78,5G
7 dgl. KS 30	96,5G	96,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	116G	116G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5G
6 dgl. Pf 109	82G	82G
6½ dgl. Pf 123	89G	89G
6½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	93G	93G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 215	103G	103G
9¾ dgl. KO 218	103,5G	103,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	75G	75G
6 dgl. Pf 84	99,6G	99,6G
9 dgl. KS 139	102,75G	102,75G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 218	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 239	102,75G	102,75G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 35	97,75G	97,75G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90T	90T
6 dgl. IS 71	99,25G	99,25G
5¾ dgl. IS 73	95,3G	95,3G
6¾ dgl. IS 80	98,9G	98,9G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO56-4	83G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	96,2G	96,2G
9 dgl. KO 129	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	102,85	102,85G
Ha5 Dt. Hyp. Hann. 48	99,75G	99,75G
6 dgl. Pf 91	81G	81G
7 dgl. KS 101	98,9G	98,9G
10 dgl. KS 134	103,9G	103,9G
9¾ dgl. KS 140	101,9G	101,9G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73G	73G
5½ dgl. Pf 59	80G	80
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wf. Bri. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	–	100G
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 82	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
8¾ dgl. Pf 60	93,95G	93,95G
6¾ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
8¼ dgl. Pf 78	95G	95G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	92,3G
6 dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 68	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	88,6G	88,6G
6 dgl. 47	79	79
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	100G	100G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,75G	92,75G
8 dgl. Pf 73	100,1G	100,1G
4 dgl. KO 5	97G	97G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 46	81G	81
6½ dgl. Pf 80	89,25G	89,25G
8 dgl. Pf. 248	100,85G	100,85G
9 dgl. KO 125	100,9G	100,9G
8 dgl. KO 175	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 259	102,3	102,3G
9¾ dgl. KO 262	103,4G	103,4G
F 5 Lbk. Rheinl.-Pf 4	111G	111G
5 dgl. Pf 12	70T	70T
7 dgl. Pf 25	93,75	93,75G
10 dgl. Pf 40	103G	103G
6 dgl. KO 30	99,7G	99,7G
9¾ dgl. K 84	102,5G	102,5G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	87G	87G
7 dgl. Pf 12	91,5G	91,5G
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	101G	101G
7½ dgl. KO 80	100,85G	100,85G
8½ dgl. KO 81	100G	100G
S 8½ LKDK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	87,5G	87,5G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 8 Lbk.S-Holst.Pf 89	83,5	83,5
7 dgl. Pf 97	90,25G	90,25G
10 dgl. Pf 32	102G	102G
10 dgl. Pf 33	104G	104G
6½ dgl. KS 78	97G	97G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84,5G	84,5G
8 dgl. Pf 118	–	–
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100,5G	100,5G
8½ dgl. Pf 42	98G	98G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	94G	94G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	90G	90G
9 dgl. KO 58	102,4G	102,4G
7½ dgl. IS 6	98,7G	98,7G
10 dgl. IS 37	103,7G	103,7G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	83,65G	83,65G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100,3G	100,3G
D 5 RW Bodencr. Pf C	120bG	120bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	– Zhg	– Zhg
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	70G	70G
7 dgl. Pf 125	96G	96G
7 dgl. Pf 128	89G	89G
8 dgl. Pf 177	80G	80G
9 dgl. Pf 167	101,5G	101,5G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl. Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 58	78,8G	78,8G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl. Pf 88	102,5G	102,5G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,9G	97,9G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5¼ dgl. Pf 57	75G	76G
6½ dgl. Pf 143	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 87	93G	93bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	103,5G	103,5G
M 5 Vertbank Hbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	98,75G	98,75G
D 8 WestLB Pf 350	100,35G	100,35G
6¾ dgl. Pf 408	95,5G	95,5G
9½ dgl. Pf 1007	104,95G	104,95G
8 dgl. Pf 1015	98,65G	97,65G
7 dgl. KO 556	99,05bG	98,95G
6¾ dgl. KS 420	92,75G	92,75G
9¼ dgl. KO 1301	103,65G	103,65G
8½ dgl. KS 1278	101,4G	101,4G
8 dgl. IS 1512	98,25G	98,25G
9¾ dgl. IS 1520	102,6G	102,45G
6¾ dgl. IS 679	92,25G	92,25G
7½ dgl. IS 1503	100,3G	100,3G
D 4 Westl. Land. Pf 4	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 16	94,5bG	94,5bG
6½ dgl. Pf 19	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 20	91G	91G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,1G	101,1G
9 dgl. Pf 584	103G	103bG
9¾ dgl. KS 294	103,6G	103,6G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	77G	77G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	87,3G	87,3G
7 dgl. Pf 5	100,25G	100,25G

Sonderinstitute

	20. 6.	16. 6.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 63	88,5G	88,5G
5½ dgl. PF 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
8 dgl. Pf 165	99,5G	99,5G
5½ dgl. RS 45	97,5G	97,5G
6 dgl. RS 73	95G	95G
8 dgl. RS 120	99,5G	99,5G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	94,75G	94,75G
9¾ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 186	104G	104G
10 dgl. RS 193	105G	105G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6 IKB Abl. 68	100G	100G
6½ dgl. 69	100bG	100G
F 7½ KfW 70	101,1G	101,1
8 dgl. 70	102	102,1
8 dgl. 76	100,8	100,8
7¼ dgl. 79	98	98
10 Kredit 81	109,6	109,6
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101	101,3
F 6 Lastl.Rentbk. RS 13	100,1G	100,1G
6 dgl. RS 14	99,75	99,75
6 dgl. RS 15	95,5	95,5G
6 dgl. RS 16	95,25G	95,25G
6 dgl. RS 18	100G	100G
6 dgl. RS 19	96G	96G
6 dgl. RS 20	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 21	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 26	99G	99G
8 dgl. RS 29	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95,5G	95,5G
7 dgl. 94	95T	95T
7 dgl. 99	99,25	99,25
8 dgl. 101	99,5G	99,5G
7½ dgl. 102	97T	97T
9½ dgl. 128	104,75	104,75
D 7¾ LAG TS 76	100,8	100,8
8 dgl. TS 76	101,6G	101,6G
6½ dgl. TS 77	95,9G	95,9G
5¾ dgl. 78	92,3	92,3
7 dgl. 79	97,3	97,3

Industrieanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	94,25	93,75
5 BASF 59	97T	97,5T
5 Bayernw. 59	97,75T	97,75T
F 8 Chem. Hüls 71	100,35	100,35
7¾ Cont. Gum. 71	99,1G	99,1
6 Dt. Texaco 64	99,25T	99,25T
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	96,25G	96,25G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	100G	100G
7¾ dgl. 71	100,2G	100,2G
4½ Harpen 59	1900G	1900bG
6 Hoechst 64	99,35T	99,35T
6 Hoesch 64	99,1G	99,1G
7½ dgl. 71	99,5G	99,5G
7½ Karstadt 71	99,75G	99,75G
7¾ Kaufhof 71	99,8T	99,75bG
7¾ dgl. 71	99,75G	99,75G
7½ dgl. 76	98,25	98,35T
6 Klöckner W. 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	98	98,5
8 dgl. 72	99,9T	99,9
6 Krupp 64	99,5T	99,5T
6 Linde 64	99,25G	99,25G
5 Mannesmann 59	98T	97,75G
6 Mosselkraft 63	99,25T	99,25T
6 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	98,3G	98,3
6 dgl. 62	96,5G	96,5G
5 OeDon. Krwk. 64	94,75T	94,75T
5½ Ost.BayK. 58	99,5G	99,5G
D 6 Rh.Vdb. Stk. 66	98,5T	98,5T
F 5½ Rh.Briw. 58	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	94,75G	94,75G
6 dgl. 65	94,75G	94,75G
5½ RWE 59	98,7G	98,7G
5 dgl. 63	95,5T	95,25T
6 dgl. 65	94,75	95,1
7¾ dgl. 71	99,8	100T
7 dgl. 72	97,75T	97,75T
6 Rh.-M.-Don. 62	95,5G	95,5G
6½ dgl. 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100,25T	100,25bG
5 STEAG 59	99G	99G
6 Thyssen 63	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	99,75G	99,75
8 dgl. 72	100,3G	100,5
7¾ dgl. 77	97,5G	97,75G
5 Veba 59	97,5G	96T
8 VEW 71	100,3	Zhg.
6½ dgl. 77	95,5G	95,5G
7 VW 72	97,85	97,75G
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
3½ All Nippon 78	91,5G	92
3¾ Asahi Opt. 78	116	118,25
4¾ Canon Inc. 77	402T	383
3½ Cas. Comp. 78	289,5T	257
5 D Bk. Lux. 77	–	–
5¾ Dana Inc. 80	113,4T	113,47
4½ Fujitsu Ltd. 78	473G	455G
5 dgl. 79	316,5	305G
5½ Hoogovens 68	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	93G	93G
3½ Jusco Co. 78	95,75G	95,75
4 Kansai El. 79	99,65	100,25
6 Konishiroku Pho. 81	116G	115,5G
6¾ dgl. 82	115G	115G
6 Komatsu 78	157	149,75G
3½ Koraluen 78	93,25G	93,25
7¾ Kraft Inc. 70	111,25G	111G
3½ Marudai F 78	94,75	94,5
6 Michelin Int. 78	94G	94G
5¾ Minolta 77	167G	165,5G
4 dgl. 79	129G	127G
6¾ Mitsub. Ch. 76	186G	184G
6,75 Mitsub. H 81	124G	124
6 dgl. 81	105	106
6 Nichii Co Ltd 80	114G	114G
7 Nippon Sh. Gl. 82	116,5G	116,5G
3¾ Nippon Sh. 78	142G	143G
3½ Nissan Mot. 78	92,75	93
4 Nisshin Steel 78	134G	134G
8½ Occ. v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	223G	222G
3¾ Omron Tat. 79	284G	284G
4¾ Orient Fin 79	225G	228G
3½ Ricoh Comp. 78	151T	150T
6¾ Rothm. Int. 72	94,75	94,75
3¾ SankyoElec. 78	104,5G	104,5
3½ Sanyo Elec. 78	167T	164T
3¾ Seiyu Stores 78	96,25G	96,25
6¼ Sekisui 76	147	147
3½ Stanley 78	101	101,25
6 Taiyo Yuden Co. 82	123,5G	123,5G
5 Texaco Int. 68	98,35	98,25
3½ Tok. Elec. 78	380T	390T
4¾ Tok. Sanyo 77	275T	270T
4 Tokyu Land 79	100	100,75G
3½ Trio Kenw. 78	106	110T
6½ Uny Ltd. 79	128G	128G

Optionsscheine

	20. 6.	16. 6.
F 11 BASF 82	38,6	38,3
7½ Bayer Fin. 79	35,2	35
10½ Bayer Fin. 82	42,2	41,4
6¾ Ciba-Geigy 75	845	805T
3½ Commerzbk. 78	47	48
4½ Dt. Bk. Comp. 77	139	135,5
10 Hoechst 75	178	175
6¾ dgl. 79	41,8	43,5
8 Hoechst 80	56,5G	56
7½ Jap. Syn. Rubber 82	1080	1080
Mitsui 82	307	310
7¾ Siemens 83	143	143
5½ Wella F. 73	295bG	290

Optionsanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 8½ BASF 74 m O	138,25	138,25
8½ BASF 74 oO	101,6	101,65
M 3½ Stumpf 88 m O	141,3G	139bG
M 3½ Stumpf oO	77G	77bG

Währungsanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 8 Brasilien 72	99,5	99,5G
6½ Kopenhagen 72	94,75	96,5T
9½ dgl. 79	99G	99

Optionsanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 3½ ComBk. m 78 m O DM	111,5G	110,7G
F 3½ dgl. 78 oO DM	58,75G	68,75
4½ C F 37. Bk 77 mO $	129G	130
4½ dgl. 77 oO $	81,5	81,5
7½ Jap. Synth. 82	142G	141G
7½ dgl. 82 oO	99,2	99,25T
F 6½ Wella F. 73 mO DM	126bG	125G
6½ dgl. 73 oO DM	98G	98G

Optionsscheine

	20. 6.	16. 6.
F 8½ BASF 74	50,1	50,4
Stumpf 78	172bG	170bG

Wandelanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 5 Bayer 69	191bG	191
5 Bay. Wa 75	121bG	121bG
M 8 Bierbrach 82	170bG	168G
F 4½ Commerzbk. 78	99,45	99,45
D 9 Emmes 74	295bG	303G
6½ KSB 83	123	118T

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	20. 6.	16. 6.
F 6 AKZO 84	98,25G	98,75G
6½ dgl. 86	98,75	98,75
7¾ Arbed 83	98,25G	98,25T
7½ dgl. 86	97,25G	97,25G
9 dgl. 87	93,25T	93,25T
F 6¾ Arcal 89	96,5/6 2	95G
10 dgl. 88	104T	104,75T
8 Austr. 87	103T	103T
8½ dgl. 87	103,25	103,204
F 7½ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6	99,6
6½ Escal 84	95,25G	95,25G
6¼ dgl. 85	95G	95G
8½ dgl. 87	94,25G	94,25G
6¾ Euratom 91	93G	93G
F 8¾ Eurofima 87	98,5T	98,5T
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	93,5T	93,5T
8½ Lufthansa 86	99G	98,5/9,5
6 Montanunion 90	94,75G	94,75G
6½ Ö. Kd. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	98,75G	98,75G
F 6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	99,5G	99,5G
7¼ dgl. 87	98,5/9,5	98,5/9,5
7¾ dgl. 90	98,99	98,75T
9 dgl. 88	104G	104G
8½ dgl. 88	102,75G	102,75G
7¾ dgl. 89	102G	102G
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	113,75	113,75

Anmerkungen:

- Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	20. 6.	16. 6.
F L'Air Liquide	[illegible]	150G
D Akzo	57,5	57,4
F Alcan	86	87
F Alcoa	103	103,5
F Alg. Bk. Nedd.	335G	337
F Al. Nippon Air	3,4	3,41
F Amax	70,8	71,5
F Am. Cyanamid	123	125
D American Expr.	155,5	182G
D Am. Motors	23,5	23,6
F Am. T & T	165	165
F Amro Bank	54,5	53,50
M Anglo Am. Gold	331	334,5
F Anglo Am.m.D	54exD	55
F dgl. o D	54	55
F Arbed	58G	58G
F Asahi Chem.	3,6	3,45T
M Atl. Richfield	122,5	115,4
H Atlas Copco	36,7	35
M Avon	93	93,5
F Ball Canada	22,5bG	22,8
F Banco Central	27,7	27
F Banco de Bilbao	22,7	21bG
F Banco de Santander	18,8	18,5
F Banco de Vizcaya	31,6	31,6
F Banco Hisp. Americ.	20,2	20,2
D Baxtman Fonds	75G	75G
D Bell Canada	54bG	54G
F Black & Decker	56	56
F Boeing	118,5	118,5
F Bowater	8,3	8
D BP	16,9bG	16,05
M Broken Hill	17,8G	17,8G
F BSN	12,55	12,9
F Can. Pacific	95	94
F Canon	17,8	16,8
F Casio Comp.	16	15,95
F Caterpillar	123,3	121
D Ch. Manhattan	140	140G
F Chrysler	75	75
M Citicorp	103,5	102,9
F City Investing	92G	90G
F Coca-Cola	135	132,5
D Colgate	56,5	56,50
F Cons. Gold F.	21,4	21
D Cont. Group	110,5G	112G
F Control Data	158	160
M CRA	11,25	11,5
M CSR	8,35G	8,58
F Dart & Kraft	176T	172G
M De Beers Cons.	21,8	21,7
F Deere Comp.	92G	92G
F Dome Petrol.	58,4	56,4
M Digital Equipm.	289G	293,3
M Disney Prod.	172,9	193,9
M Dome Petroleum	12,55	12,7
D Dow Chemical	87,9	86,5
D Dresser	52,9	52
D DuPont	126	125
M East Drief. Gold	87,4exD	87,8
D East Air Lines	24,5	24
F Eastman Kodak	190,5	189
F Elf Aquitaine	53	52
F Ericsson	142G	140G
D Ericsson	147T	153TG
D Esmark	189G	196bG
D Exxon	86,8	87,8
D Fiat St.	4,7	4,65
D dgl. Vz.	3,6bG	3,45T
F Finsider	0,18	0,09G
D Fluor	28,6G	29,5
M Fluor	54,1	56,3
D Ford	140	139
F Fosaco Minsep	5,8G	5,9
F Fujitsu	10,8	10,5
F General Electric	146	147
F General Mining	63	64
D General Motors	182	184
D Gen. Shopping	680G	658G
M Getty Oil	174,2	165,6
D Gevaert	104,5G	104,5G
F Goodyear	84	84
H Grace	127,5	127,5
D GKN	6,25	6,15
F Gulf	96	94
F Highveld m. St.	13,5T	13,5T
F dgl. o. St.	13,25	13,3
F Hitachi	902	860
M Holiday Inns	149,5	141
F Homestake	90,5	92
M Hongk. & Shanghai Bank	3	2,95B
D Hoogovens	28,6	30,9
F IBM	310	308
F ICI	19,4	19
M Impala Plat. Hold.	31,6	31,4
M Imperial Oil	72,5	71
F Inco	38,7	38,5
F Int. T & T	98,5	97
D Istituto Fin.	7,88	7,86
F Italcementi	78	74,5
F Izumiya	76	6,8G
F Japan Line	1,95	2
D Jusco	6,5G	6,5G
F Kawasaki Kisen	1,6G	1,60G
F Kawasaki Steel	1,77	1,85bG
M Kloof Gold Min.	125exD	128B
F Komatsu	5,4	5,3G
D KLM	140	137
F Kubota	3,26	3,4
D Lafarge	94G	94G
D Litton Ind.	183	183bG
F Lone Star	78G	80
D LTV	41,3	42,5
M M.I.M. Hold.	19,1	19,15
F Magnet Metall	–	–
D Marubeni	36	36
F Marudai Food	8,2	[illegible]
D Matsushita El.	17,5G	[illegible]
M McDonald's	151	[illegible]
M Merrill Lynch	[illegible]	[illegible]
F Mesdames D	[illegible]	[illegible]
D Minnesota M.	[illegible]	[illegible]
D Mitsubishi Corp	[illegible]	[illegible]
F Mitsubishi Chem.	[illegible]	[illegible]
F Mitsubishi El.	[illegible]	[illegible]
F Mitsui Bk.	[illegible]	[illegible]
F Mitsui & Co	[illegible]	[illegible]
F Mitsui Engin.	[illegible]	[illegible]
F Mitsui O. S. K.	[illegible]	[illegible]
F Mitsumi El.	[illegible]	[illegible]
H Mobil Oil	[illegible]	[illegible]
F Monsanto	[illegible]	[illegible]
F Montedison	[illegible]	[illegible]
F Murata	[illegible]	[illegible]
M Nat. Semicond.	[illegible]	[illegible]
D Nat. Westminster	[illegible]	[illegible]
F Nestlé	4815	[illegible]
D Neuro Sec.	[illegible]	[illegible]
F Nippon El.	[illegible]	[illegible]
F Nippon Kokan	[illegible]	[illegible]
F Nippon Shinpan	[illegible]	[illegible]
F Nippon Yusen	[illegible]	[illegible]
F Nissan Motor	[illegible]	[illegible]
F Nisshin Steel	[illegible]	[illegible]
F Nissho-Iwai	[illegible]	[illegible]
F Norsk Hydro	145,5	[illegible]
F Norton Simon	[illegible]	33
H Occ. Petroleum	[illegible]	[illegible]
D Océ v. d. Grint.	[illegible]	[illegible]
F Olivetti Vz.	[illegible]	[illegible]
F Olympus Optical	[illegible]	[illegible]
H Ommeren	[illegible]	[illegible]
F Otsuka	[illegible]	[illegible]
F Pakhoed	45	45,9
M PanAm	[illegible]	[illegible]
M Pepsi	[illegible]	[illegible]
F Pernod Ricard	300G	300G
F Peugeot	[illegible]	[illegible]
F Philip Morris	[illegible]	[illegible]
H Philips	[illegible]	[illegible]
D Phoenix Ass.	[illegible]	[illegible]
F Pirelli	[illegible]	[illegible]
M Polaroid	[illegible]	[illegible]
M Prime Computer	[illegible]	[illegible]
F Procter & G.	144,5	143
D Ramada Inns	[illegible]	[illegible]
F Rank Org.	[illegible]	[illegible]
F Ricoh	[illegible]	[illegible]
F Rio Tinto NA-St.	[illegible]	[illegible]
H Robeco	[illegible]	358,5bG
F Rockwell	[illegible]	[illegible]
H Rolinco	[illegible]	[illegible]
H Rorento	[illegible]	[illegible]
F Rothmans Int.	[illegible]	[illegible]
H Royal Dutch	116	[illegible]
M Rustenburg Plat. Hold.	[illegible]	[illegible]
F Santa Steamship	[illegible]	[illegible]
F Sankyo Electric	[illegible]	[illegible]
M Santos	14,65	14,45
F Sanyo Elec.	[illegible]	[illegible]
F Sarawak Bk.	[illegible]	[illegible]
M SASOL	[illegible]	[illegible]
F Schlumberger	[illegible]	[illegible]
F Schw. Alum.	[illegible]	[illegible]
F Schw. Bankverein	313	[illegible]
M Sears, Roebuck	[illegible]	[illegible]
F Seiyu Stores	[illegible]	[illegible]
F Selection Prefab.	[illegible]	[illegible]
F Selected Risk	[illegible]	[illegible]
H Shell T & T	[illegible]	[illegible]
D Singer	80	[illegible]
F Snia Viscosa	[illegible]	[illegible]
D Solvay	133G	[illegible]
D Sony Corp.	30,5	31
D Sperry Corp.	93,5	94
F Squibb	121	119
F Stanley Elec.	[illegible]	[illegible]
F Steyr-Daimler-P.	22,9	23
F Sumitomo Heavy	[illegible]	[illegible]
D Sumitomo Metal	[illegible]	[illegible]
F Sumitomo Shoji	[illegible]	[illegible]
D Sun	105B	[illegible]
M Sunshine Mining	[illegible]	[illegible]
F Swissair	[illegible]	[illegible]
F Taisei Kens.	[illegible]	[illegible]
M Tandy	141,9	144
F Tenneco	103	[illegible]
D Texaco	88	[illegible]
D Thomson-CSF	57,9	[illegible]
D Thorn Emi	[illegible]	[illegible]
D Tokyo Pac.	330G	330G
F Tokyo Sanyo El.	[illegible]	[illegible]
F Trio Kenwood	[illegible]	[illegible]
F TRW Inc.	201	200G
D Toray	4,5TG	4,3
D Toshiba	4,27	4,05bG
D UAL	39,1	100G
H Unilever	196,5	192,5
F Union Carbide	185	182
D Uniroyal	39,5	–
F United Techn.	187	190bG
F US Steel	66,8	66,5
M Vaal Reefs Expl.	302G	303
D Vmf-Stork	55,5G	56,8
D Volvo A	146G	150G
D dgl. Nam B	146G	153G
F Warner Commun.	76,9	77
F Warner Lambert	75,5	75G
F Wells Fargo	96	95,5
M Western Deep L.	153	151B
M Western Mining	9,65	9,85
F West.-Utrecht H	102	101
D Xerox Corp.	121,5	119,5

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Während Kaffee etwas größere Abschläge hinnehmen mußte, ging Kakao in engen Grenzen uneinheitlich aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17. 06.	16. 6.
Juli	348,75	351,50
Sept.	359,75	361,50
Dez.	374,00	375,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	17. 06.	16. 6.
St. Lawrence 1 CW	233,76	233,01
Amber Durum	236,06	236,86

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	116,90	116,90
Okt.	122,50	122,80
Dez.	125,80	126,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	92,50	94,10
Okt.	92,70	93,00
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	17. 6.	16. 6.
Juli	155,25	156,25
Sept.	157,50	159,50
Dez.	168,25	169,50

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	309,00	310,00
Sept.	290,25	292,00
Dez.	273,00	275,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 6.	16. 6.
Juli	99,00	99,00
Okt.	102,20	102,80
Dez.	104,70	104,80

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	17. 6.	16. 6.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept.	unerhältl.	unerhältl.
Nov.	unerhältl.	unerhältl.
Jan.	unerhältl.	unerhältl.

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	17. 6.	16. 6
Terminkontr. Juli	126,75	128,75
Sept.	127,33	127,60
Dez.	126,55	127,85

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2140	2151
Sept.	2205	2221
Dez.	2241	2252
Umsatz	7100	6878

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	9,91	9,85
Sept.	10,21	10,22
Okt.	10,48	10,40
Jan.	11,06	11,00
März	11,54	11,45
Umsatz	14 850	24 050

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	17. 6.	16. 6.
	10,34	10,78

Kaffee London (£/t) Robusta-	17. 6.	16. 6.
Kontrakt Juli	1660–1667	1665–1666
Sept.	1655–1658	1646–1647
Nov.	1636–1639	1630–1632
Umsatz	2452	5961

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1525–1526	1549–1551
Sept.	1536–1538	1567–1568
Dez.	1554–1555	–1580
Umsatz	–	6451

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	165,00–165,50	174,50–175,25
Okt.	172,00–172,20	181,75–182,00
Dez.	175,50–176,25	185,00–186,00
März	185,75–186,00	195,50–195,60
Mai	188,50–189,50	198,00–199,00
Umsatz	7218	6095

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 6.	16. 6.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	370,00	370,00
weißer Muntok	370,00	370,00

Orangensaft New York (c/lb)	17. 6.	16. 6.
Juli	118,80	118,95
Sept.	117,50	118,00
Nov.	114,35	114,70
Jan.	108,90	109,20
März	108,45	108,40
Umsatz	400	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	17. 6.	16. 6.
Südstaaten fob Werk	27,00	26,75

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	18,66	18,82
Aug.	18,80	18,97
Sept.	18,92	19,10
Okt.	19,05	19,25
Dez.	19,24	19,50
Jan.	19,27	19,65
März	19,40	19,95

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,50	21,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,625

Talg New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	13,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,25	48,40
Juli	47,15	47,20
Aug.	44,10	44,20

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	60,00	59,20
Aug.	57,05	56,65
Febr.	58,90	65,55

Häute Chicago (c/lb)	17. 6.	16. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	593,00	596,00
Aug.	599,00	605,00
Sept.	603,50	607,00
Nov.	612,00	617,00
Jan.	623,00	627,00
März	635,00	638,50
Mai	644,00	648,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	172,10	172,50
Aug.	173,30	173,80
Sept.	174,80	175,10
Okt.	176,00	176,30
Dez.	180,00	181,60
Jan.	182,20	183,50
März	185,50	187,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	17. 6.	16. 6.
Juli	285,00	290,70
Okt.	295,60	301,30
Dez.	302,00	306,20

Kokosöl New York (c/lb)	17. 6.	16. 6.
Westküste fob Werk	30,75	31,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20. 6.	17. 6.
jegl. Herk. cif	600,00	597,50

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	455,00	450,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	355,00	360,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	121,25	121,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	675,00	685,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	241,00	244,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	17. 6.	16. 6.
Juli	76,20	76,10
Okt.	77,35	77,25
Dez.	78,10	78,25
März	79,40	79,85
Mai	79,85	79,85
Juli	79,85	80,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	54,625	54,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	17. 6.	16. 6.
Aug.	441–445	444–448
Okt.	443–444	444–445
Dez.	441–442	443–445
Umsatz	137	48

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	17. 6.	16. 6.
Juli	44,10–44,30	44,10
Okt.	44,60–44,70	44,60
Dez.	45,10–45,20	45,10
März	45,50–45,60	45,50
Umsatz	13 500	11 250
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	17. 6.	16. 6.
Juli	565,0–567,0	565,0–567,0
Okt.	572,0–573,0	572,0–572,5
Dez.	586,5–587,0	584,0–586,0
Umsatz	23	63

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17. 6.	16. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	17. 6.	16. 6.
Juni	13 839	13 879
Juli	13 796	13 827

Kautschuk London (p/kg)	17. 6.	16. 6.
Nr. 1 RSS loco	72,75–74,00	72,25–74,25
Juli	73,20–73,30	72,80–74,50
Aug.	72,30–73,00	72,00–73,00
Juli/Sept.	72,20–72,40	71,70–71,80
Tendenz: ruhig – stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	17. 6.	16 6.
Nr. 1 RSS loco	245,00–246,00	244,50–245,50
Juli	247,00–248,00	246,50–247,50
August	250,00–251,00	249,50–250,50
Nr. 2 RSS Juli	243,50–244,50	244,50–245,50
Nr. 3 RSS Juli	240,00–241,00	241,50–242,50
Nr. 4 RSS Juli	234,00–235,00	235,00–236,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	17. 6.	16. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	20. 6.	16. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	102,73–102,93	101,86–102,05
drittfolg. Monat	106,65–106,85	105,77–105,96
Zink: Basis London		
laufend. Monat	184,48–184,88	181,82–181,91
drittfolg. Monat	190,17–190,36	187,29–187,48
Produz.-Preis	199,41	199,59
Reinzinn 99,9%	3742–3779	3717–3754

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 6.	16. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	438,96–441,31	432,64–434,99
Blei in Kabeln	110,50–111,50	109,50–110,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405–480
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	20. 6.	16. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–374	354–370
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	401–406	399–402
MS 63	406–409	401–404

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	17. 6.	16. 6.
ab Werk prompt (Ring.-/kg)	30,86	30,80

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20 6.	16. 6.
Leg. 225	357–361	355–361
Leg. 226	359–364	357–364
Leg. 231	387–401	385–401
Leg. 233	402–412	400–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 6.	16. 6.
Platin (DM je g)	37,15	37,15
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 300	34 300
Rücknahmepr.	33 500	33 170
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 120	34 200
Rücknahmepr.	33 100	33 170
verarbeitet	35 810	35 880
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 780	33 930
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	964,40	964,40
Rücknahmepr.	930,60	930,60
Verarbeitet	1007,20	1007,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	20. 6.	17. 6.
London 10.30	411,25	416,50
15.00	415,75	415,50
Zürich mittags	411,00–411,75	416,25–416,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 200	101 900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	752,80	766,40
3 Monate	772,00	784,40
6Monate	790,40	802,80
12 Monate	822,70	834,85

Platin (£-Feinunze)	17. 6.	16. 6.
London fr. Markt	276,55	278,65
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	85,95	84,75

New Yorker Preise	17. 6.	16. 6.
Gold H & H Ankauf	415,50	412,50
Silber H & H Ankauf	1157,00	1177,00
Platin fr. Händlerpr.	407,00–412,00	417,00–420,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	129,00–131,00	129,00–131,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1169,00	1175,00
Juli	1172,00	1180,00
Aug.	1181,60	1191,60
Sept.	1190,00	1198,00
Dez.	1221,00	1229,00
Jan.	1223,00	1241,80
März	1251,80	1262,00
Umsatz	28 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 6.	16. 6.
Juni	74,85	74,20
Juli	74,85	73,90
Aug.	75,65	74,90
Sept.	76,20	75,30
Dez.	78,25	77,35
Jan.	78,95	78,00
März	80,10	79,25
Umsatz	11 000	13 000

Londoner Metallbörse

	20. 6.	17. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	950,00–951,00	954,00–955,00
3 Monate	977,50–978,00	980,50–981,00
Blei (£/t) Kasse	262,00–262,50	264,00–265,00
3 Monate	272,00–272,50	274,50–275,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1107,0–1107,5	1104,0–1104,5
3 Monate	1121,5–1122,5	1121,0–1121,5
abends Kasse	–	1101,0–1102,0
3 Monate	–	1118,5–1119,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1089,0–1090,0	1083,0–1084,0
3 Monate	1101,0–1102,0	1096,0–1097,0
Zink (£/t) Kasse	470,50–471,50	471,50–472,50
3 Monate	485,00–485,50	485,50–486,00
Zinn (£/t) Kasse	8905–8910	8875–8885
3 Monate	8890–8891	8870–8875
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–86

Sir Georg in Scheiben

Gtl. – In den mageren Nachkriegszeiten erfand sich das ausgehungerte Deutschland eine Delikatesse, die es „Schiebe-Wurst" nannte. Man belegte ganz einfach eine große Scheibe trocken Brot mit einem winzigen Scheibchen Salami und zog vor dem Zubiß flugs immer den Zähnen die Wurstscheibe weg. Der letzte Happen war köstlich. Er, endlich, konnte sich Wurstbrot nennen. Das hat offenbar inzwischen auf dem Buchmarkt Mode gemacht.

Paul Robinsons „Solti"-Biographie jedenfalls, rechtzeitig zum Bayreuth-Debüt des großen Dirigenten in deutscher Sprache im Albert Müller Verlag erschienen, im englischen Original ein schmales Büchlein, hat sich, „bearbeitet und erweitert von Peter Geier", derart gebläht, daß sich sein ursprünglicher Text nur noch wie besagte Schiebewurst vor der faktenhuberischen Trokkenheit anhaltender Lobpreisung zurückzieht. Was Robinson etwa auf Seite 19 seines Buches beiläufig mitteilt, findet sich in Geiers „Erweiterung" auf Seite 113 wieder. Die „Bearbeitung" dagegen besteht vor allem im Kürzen.

Ihr sind ganze Kapitel über Soltis Beethoven- und Mahler-Interpretationen zum Opfer gefallen. Schwerer allerdings wiegt, daß Geier immer dann gern zum Rotstift des Bearbeiters greift, wenn Robinsons Solti-Porträt ihm nicht sonnig genug erscheint.

Daß Solti öffentlich die Ansicht vertrat, Chicago habe ihm für seine Arbeit mit dem Chicago Symphony Orchestra im Grunde ein Denkmal zu setzen, ein für Soltis Selbstgefühl schließlich nicht uncharakteristischer Zug, findet sich nur bei Robinson.

Dafür feiert Geier Solti sogar für Aufführungen, die dieser nicht dirigierte, wie das Pariser „Othello"-Gastspiel in Washington, bei dem Maazel für den erkrankten Sir Georg probenlos einsprang.

Die Frage stellt sich nur: Warum überhaupt segelt Geiers Solti-Biographie noch unter Robinsons Flagge? Warum spiegelt sie mit ihren vielen richtigen Tatsachen am Ende doch eine falsche vor? Zwei höchst unterschiedliche Bücher über ein und denselben Künstler sind plötzlich rätselhafterweise ineinander verwoben.

Am einfachsten wäre es jetzt natürlich, man stellte die Sache wieder vom Kopf auf die Beine und kürzte den Robinson aus seinem nach ihm benannten Buch ganz heraus. Das schüfe klare Verhältnisse. Denn schließlich dirigiert ja in Bayreuth Sir Georg auch die komplette Tetralogie und läßt sie nicht etwa hinterrücks von Carlos Kleiber bearbeiten und erweitern.

Mit Tietjen Bayreuth entstaubt – Zum 100. Geburtstag des Grafikers und Sammlers Emil Preetorius

Einen echten Chinesen für ein Butterbrot

Der 100. Geburtstag zeigt gewöhnlich, wie vergessen der Träger dieser Rolle ist. So war es bei Gerhart Hauptmann, Hofmannsthal, Thomas Mann und – soeben noch – Stefan George: Die Söhne sind tot, und die Enkel beten andere Götter an. Das ist auch bei Emil Preetorius der Fall. Er wurde 1907 mit Illustrationen zu Chamissos „Peter Schlemihl" bekannt. Es folgten Zeichnungen zu Claude Tillier, Le Sage, Gerstäkker, Jean Paul, Eichendorff und Thomas Manns „Herr und Hund". Dazu kam Werbegraphik: Plakate, Buchumschläge, Schrifttitel, Signets, Exlibris und vieles andere. Preetorius war ein vielseitiger Künstler und mehr als das.

Preetorius, 1883 in Mainz geboren und in Darmstadt auf der Schule gewesen, stand zwischen Naturalismus und Expressionismus. Von beiden wollte er nichts wissen, aber er füllt in formloser Zeit, in den Jahren 1904–14 klassizistische Lücken. Daher seine Nähe zu Pfitzner, Frank Wedekind und Stefan George. Bruno Walter beauftragte ihn mit Bühnenbildern zu Glucks Oper „Iphigenie in Aulis". Preetorius reagierte sofort und zeichnete ein Bühnenbild von stilisierter Einfachheit, jenseits der überladenen Konventionen der Zeit. Über flache Stufen führte die Bühne in eine weite (leere) Landschaft. Den „Faust" ließ Preetorius unter Verzicht auf die mittelalterliche Rumpelkammer, in Rokkokokostümen des jungen Goethe spielen, ähnlich auch Mozarts „Don Juan".

In diesen Zusammenhängen muß man auch Preetorius' Erneuerung der Bayreuther Bühne sehen. Cosima Wagners und Siegfried Wagners Tod boten Gelegenheit, Wagners pathetischen Stil von der verkorksten Romantik zu lösen. Die Bühne wurde freigemacht, den Rittern nahm er die Rüstungen. Das Publikum fand das sensationell. Heinz Tietjens Bayreuther Inszenierungen (seit 1930) bewegten die Fans, zu denen bekanntlich auch Adolf Hitler gehörte. Preetorius' Bühnen und Kostüme wurden zum Vorbild für alle großen Bühnen.

Ich lernte Preetorius 1949 kennen, als er Entwürfe für die Tristanbühne zeichnete. Er war Professor an der Münchner Kunstakademie, ein kleiner lebhafter Mann, der meine Ohren mit dem ordinären Dialekt seiner Heimat teils kränkte, teils amüsierte. Daß Wieland Wagner versuchte, seines Großvaters Werke jetzt abstrakt zu deuten, ließ ihn den Kopf schütteln, und er



Räumte den mittelalterlichen Trödel von der Bühne: Emil Preetorius (1883–1973) FOTO: VON VOITHENBERG

sollte recht behalten: Eine gewisse Naturnähe (der Felsen in der „Walküre") muß bleiben, wenn sich die Oper als sinnlichstes Medium der Künste, nicht auflösen sollte.

Mich interessierte nicht der Grafiker und Bühnenbildner, sondern der inzwischen berühmt gewordene Sammler asiatischer Kunst. Er hatte in jungen Jahren, mit geringen Mitteln, zu sammeln begonnen. Man hatte in Paris den japanischen Farbholzschnitt und chinesisches Porzellan entdeckt. Man hielt sie für Folklore, Kunstgewerbe und Dekorationskunst. Preetorius, ausgerüstet mit einem unvergleichlichen Auge für ästhetischen Rang, erkannte ihren Kunstwert. Er wollte die japanischen Maler neben französische Impressionisten und andere Meister in die Münchner Pinakotheken. Unvergeßlich ist mir sein strahlendes Lachen, als er einen herrlichen chinesischen Teppich vorwies. Die eine Hälfte hatte er vor 20 Jahren billig erstanden; jetzt aber hatte er in Paris die andere Hälfte um ein Butterbrot bei einem Trödler entdeckt und hatte gezittert, bis er sie unter dem Arm hatte.

Die Preetoriussammlung asiatischer Kunst enthält mehr als tausend Bilder, Skulpturen, Gewänder, Geräte und Porzellane. Fast jedes Stück hat seine Geschichte und einen außerordentlichen Rang. Er war ein mit allen Künsten lebender Mensch. Er verstand gleichviel von bildender Kunst, Theater, Oper und Kunsthandwerk. Er wurde darin unterstützt von seiner Schülerin, Assistentin und späteren Ehefrau, einer Russin aus Moskau, die ihr Leben lang „Sie" zu ihm sagte. Aber sie waren sich in diesen Dingen einig. Er sagte: „Ein Kunstwerk zu verstehen ist schwer und nur wenigen gegeben; die meisten begeistern sich lieber dafür." Die Ironie war eine seiner Waffen.

Es sah so aus als habe Preetorius seine große Zeit hinter sich, als er mit 70 Jahren, als Nachfolger Hausensteins, im Jahre 1953 Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste wurde. Doch seine Energien erwachten noch einmal. Er war ein brillanter Manager. Fünfzehn Jahre lang blieb er Präsident. Unter ihm gewann die Akademie ihr Gesicht mit Tagungen über die Sprache und die Künste im technischen Zeitalter. Seine Beziehungen zu Gelehrten, Autoren und Fachleuten vieler Disziplinen kamen der Akademie zugute. Er war das Bindeglied zwischen gestern und morgen. Aber er machte sich keine Illusionen: „Bedenken Sie, heute stehen wir vor einem Künftigen, für das alles Vergangene wie noch nie zuvor seine richtungweisende Gültigkeit verloren zu haben scheint."

Preetorius verstand die Akademie mit einer Mischung von Charme und Autorität zu führen – gibt es doch nichts Eigensinnigeres als einen Club von Malern, Architekten, Musikern, Autoren und Bildhauern (Theaterleute gehörten damals noch nicht dazu). Eine Seite seines Wesens kommt in der Figur des Kridwiss in Thomas Manns „Doktor Faustus" zur Erscheinung. Eine andere filtert Graf Podewils, der langjährige Generalsekretär unter Preetorius heraus. Er traf sich mit Heidegger und Ortega y Gasset. Preetorius, selbst sehr klein, ging auf Heidegger zu mit den Worten: „Ich wußte gar nicht, daß Sie so klein sind" und mit einem Blick auf Ortega, der noch kleiner war: „Große Menschen sind dumm!"

Mit einem anderen Kleinwüchsigen unserer Literatur, Gottfried Keller, teilte Preetorius die Neigung zu Kraftausdrücken. Wenn er im Gespräch mit Ministern und Bischöfen, im derbsten Darmstädterisch, Worte benutzte, die heute Allgemeingut der Studenten sind, konnten einem die Haare zu Berge stehen. Er gab sich, auch darin ein berühmter Mann, souverän. Er starb 1973, kurz vor dem 90. Geburtstag. Man sah ihn nicht mehr; er wollte der Welt und sich selbst nicht zumuten, daß man ihn gebrechlich sähe.

CURT HOHOFF

JOURNAL

R. Kubelik übernimmt Londoner Sinfoniker

dpa, London

Der Dirigent Rafael Kubelik wird in der Sommersaison die musikalische Leitung des London Symphony Orchestras übernehmen. Das Orchester unter Kubeliks Leitung wird zwölf Konzerte mit Werken von Johannes Brahms im Kulturzentrum „Barbican" geben. Ferner stehen sechs Violinkonzerte von Jan Kubelik, dem Vater des Dirigenten, und Werke von Mozart und Frantisek Mica auf dem Programm.

Landeskunstwoche von Baden-Württemberg

DW. Freiburg/Br.

Die 4. Landeskunstwoche, vom Land Baden-Württemberg mit 300 000 Mark unterstützt, findet diesmal in Freiburg i. Br. statt. Aus dem Programm mit Konzerten, Ausstellungen, Film- und Theateraufführungen ragt das Holzbildhauer-Symposion heraus, zu dem 22 Künstler aus der ganzen Bundesrepublik und dem Elsaß eingeladen sind, bis zum 13. Juli eine Holzplastik zu erstellen. Bemerkenswert ist auch die von neun privaten Galerien organisierte Ausstellung „Querschnitt '83" im Schwarzen Kloster mit jüngsten Arbeiten zeitgenössischer Künstler von Antes über Kubach-Wilmsen bis Stöhrer (bis 15. 7., Kat. 10 Mark).

Neuer Generalsekretär des Unesco-Theaterinstituts

dpa, Paris

Der 52jährige französische Regisseur André-Louis Perinetti wird als Nachfolger des Schweden Larf Maalborg am 1. Januar 1984 als Generalsekretär die Leitung des internationalen Theater-Instituts der Unesco in Paris übernehmen. Maalborg wurde zum Leiter der Stockholmer Oper ernannt.

Der Wortschatz der Sudetendeutschen

DW. Bonn

Der Wortschatz der deutschen Mundart in Böhmen und Mähren/Schlesien wird in einem „Sudetendeutschen Wörterbuch" dokumentiert, dessen erste Lieferung soeben erschienen ist. Das Wörterbuch steht in der Tradition des Sudetendeutschen Mundartenwörterbuches, das 1930 von der Deutschen Karls-Universität in Prag gegründet worden war und dessen umfangreiches Material 1945 verlorenging. Im Mai 1957 wurden die Arbeiten an diesem Wörterbuch mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Arbeitsstelle des Collegium Carolinum an der Universität Gießen wieder aufgenommen. Insgesamt sollen im R. Oldenbourg Verlag München/Wien etwa fünf Bände mit je sieben Lieferungen erscheinen. Herausgeber ist der Gießener Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Heinz Engels.

„Bach & Brahms" bei Bach-Akademie

reg. Stuttgart

Mit „Bach & Brahms" setzt sich die Sommerakademie Johann Sebastian Bach auseinander, die unter der künstlerischen Leitung von Helmuth Rilling vom 13. bis 28. August in Stuttgart stattfindet. Auf dem Programm stehen Kurse, Konzerte, musikwissenschaftliche Seminare, Gottesdienste und Ausstellungen. Für die Interpretationskurse wurden u. a. Arleen Augér, Julia Hamari, Adalbert Kraus, Peter Schreier, Philippe Huttenlocher und Günther Passin gewonnen. Die Seminare leiten Reinhold Brinkmann, Georg von Dadelsen, Alfred Dürr, Klaus Hofmann, Friedhelm Krummacher und Christoph Wolff.

„Birkenwald"-Drama erstaufgeführt

dpa, Innsbruck

Eine dramatische Skizze, „Synchronisation in Birkenwald", des österreichischen Psychiaters und Begründers der Logotherapie, Viktor E. Frankl, erlebte in Innsbruck seine deutschsprachige Erstaufführung. Der heute 78jährige Frankl hatte das Stück während seiner Haft im Konzentrationslager konzipiert und nach der Befreiung niedergeschrieben. Das Stück war bisher nur von amerikanischen Studentenbühnen und in Norwegen gespielt worden. Es handelt von Häftlingen in einem KZ, die „aus der Ewigkeit" beobachtet werden, und soll aufzeigen, daß man „auch im totalen Leiden Sinn finden" könne.

Affenkönig contra Drachenkönig

AFP, Paris

„Der Affenkönig", ein aus der Volksrepublik China kommender Zeichentrickfilm des Pekinger Künstlers Wan Lai Ming, wird jetzt erstmals in Frankreich gezeigt. Die Handlung des Streifens entstammt einer alten chinesischen Legende aus dem 16. Jahrhundert. Dabei geht es um den Kampf des mit magischen Kräften ausgestatteten Affenkönigs gegen den Drachenkönig. Der Affe triumphiert schließlich mit List und Tücke. Der Streifen war während der großen Kulturrevolution zehn Jahre lang in China verboten, weil die Roten Garden in einer Barthaartolle am Kinn des Drachenkönigs eine Anspielung auf die Warze des großen Steuermanns Mao Zedong zu sehen glaubten.

München: Sensationserfolg mit Benjamin Britten

Zweideutige Schatten

Benjamin Brittens Gespenster-Oper „The Turn of the Screw" kommt neuerdings in Mode. Kurz nach der Ausstrahlung der Fernseh-Verfilmung von Petr Weigl hatte das Werk nun an der Bayerischen Staatsoper in München Premiere – in einer Koproduktion mit der Kölner Oper. Aus Köln entlieh München auch den Regisseur, Michael Hampe, und den Dirigenten, Sir John Pritchard.

Die Aufführung im Cuvilliés-Theater errang einen schon fast sensationell zu nennenden Erfolg: ein stürmischer Viertelstunden-Beifall für eine doch noch immer moderne Kammeroper, die man dreißig Jahre lang (Uraufführung: 1954) auf die Studio- und Werkstatt-Bühnen abgedrängt hatte.

Dabei gibt sich die Inszenierung längst nicht so enthüllungsfreudig wie die des Fernsehfilms, der die unausgesprochene Bedrohung der beiden Kinder ziemlich dingfest gemacht hatte: Die Geistererscheinungen des früheren Hauslehrers Peter Quint und der Gouvernante Miss Jessel standen da für die Erinnerung an erste Sexualerlebnisse, für die Wirren der geschlechtlichen Orientierung in der Pubertät.

Das ist eine Möglichkeit der Auslegung, eine Hollywood-Verfilmung mit Deborah Kerr wagte seinerzeit eine andere: Sie nahm die Geistererscheinungen als Phantasieprodukt der neuen Gouvernante, die dann mit diesen Wahnvorstellungen die Kinder vergiftete. Hampe hingegen bleibt bei dem, was Benjamin Britten und seine Librettistin Myfanwy Piper expressis verbis wollten: die Novelle von Henry James in eben jener Zweideutigkeit zu halten, die ihren eigentlichen Reiz ausmacht.

In einem ganz in Grautönen gehaltenen, an alte Fotografien erinnernden Bühnenbild von John Gunter wird eine Chronik aufgeblättert, wie es auch der Einleitung durch einen Erzähler (Josef Protschka) entspricht. Hampe spielt also den neutralen Erzähler, der dem Zuschauer die Auslegung überläßt, was diese bösen Schatten der Vergangenheit sind, an denen die beiden Waisenkinder Miles und Flora zerbrechen.

Dieses zurückhaltende Konzept geht auf, weil Hampe hier ein kleines Ensemble zur Verfügung steht, das gesanglich wie darstellerisch schlechthin ideal gewählt ist. Isobel Buchanan mit ihrer erregten lyrischen Stimme, ihrer ganz und gar glaubwürdigen Verzweiflung, ihrer schutzengelgleichen Sorglichkeit für die Kinder verkörpert die spuksichtige, neue Gouvernante. Mechthild Gessendorf als Haushälterin Mrs. Grose hält es, mimisch wie stimmlich ausgefeilt bis in die kleinste Nuance, mit den diesseitigen Vernünftigkeiten dieser Welt. Machiko Obata als Flora und der Tölzer Star-Sängerknabe Allan Bergius als Miles sind in den Kinderrollen auf professionelle Weise präsent. Lilian Sukis als Miss Jessel und Robert Tear als Quint bringen die bedrohlichen Stimmfarben der Geister ins Spiel.

Wieviel Melos, wieviel musikalische Farbe, wieviel distanzierter Kommentar und spontaner Ausdruck in Brittens Musik steckt, hat man noch nie so erfahren wie unter dem Dirigenten John Pritchard. Er hat ein Ohr für die Qualitäten der Musik, und seine Begeisterung springt auf das Orchester wie die Sänger über. Das Resultat: eine Hochspannung, die der bei Henry James nicht nachsteht.

REINHARD BEUTH

Dem Nachwuchs nicht zu leicht gemacht: Abschluß des 9. Deutschen Musikwettbewerbs in Bonn

Das Sorgenkind Kammermusik spielte munter auf

Beim 9. Deutschen Musikwettbewerb in Bonn hatten die Sänger und Sängerinnen mit einem 1. Preis, einem 2. Preis und zwei 3. Preisen die Nasen vorn. Dies und die Tatsache, daß sich mit neun Ensembles, von denen zwei in die dritte Preiskategorie vorstießen, auch ein anderes Sorgenkind in der Nachwuchsförderung durch den Deutschen Musikrat, die Kammermusik, überraschend proper präsentierte, zauberte Zuversicht auf die Gesichter der Verantwortlichen. Kassandrarufe haben sich also als verfrüht erwiesen. Daß sich solch Erfolg zum 30jährigen Bestehen des Deutschen Musikrates einstellte, erscheint jedenfalls nicht unpassend.

Insgesamt wurden ein 1., ein 2. und sieben 3. Preise vergeben, was gegenüber den nur vier Preisträgern vom Vorjahr und angesichts der bekannt rigorosen Anforderungen des Wettbewerbs schon als Preisinflation gelten muß. Daran ließ der mit diesem Jahr als künstlerischer Leiter und Vorsitzender der Gesamt-Jury ausscheidende Professor Carl Seemann freilich keine Zweifel aufkommen: Von den extremen, internationalen Wettbewerben vergleichbaren Maßstäben, die den Deutschen Musikwettbewerb insbesondere immer dann in die Schußlinie brachten, wenn wegen seiner bewußten Abschottung gegen die internationale Konkurrenz die ersten Preisplätze freiblieben, will man auch in Zukunft nicht abgehen. In dieser Fördermaßnahme für den deutschen Spitzennachwuchs, oberste Etage in der auf „Jugend musiziert" und der Bundesauswahl „Konzerte junger Künstler" aufbauenden Förderpyramide des Musikrats, soll auch weiterhin der 1. Preis die Ausnahme bleiben.

Diesmal hat man also eine solche Ausnahmebegabung in dem jungen Baß-Bariton Andreas Schmidt in den traditionellen Abschlußkonzerten vorzeigen können, auf dessen 1. Preis sich die Jury einhellig mit exzeptionell hoher Punktbewertung einigte: Als Graf aus Mozarts „Figaro" und in Mendelssohns „Paulus" offerierte er prächtig timbriertes, voluminöses und bereits ausdrucksvoll geführtes Stimmaterial, das im übrigen kein Geringerer als Fischer-Dieskau mitgeformt hat. Schon runde, abgefeimte dramatische Talente brachte die Josef-Metternich-Schülerin Maike Pansegrau (2. Preis) mit Rezitativ und Arie der Desdemona aufs Podium, aber auch die 3. Preisträgerinnen Maria Höllig (aus „Julius Caesar") und Carmen Mammoser (Lieder von Brahms, Berg und Wagner) ließen Hochakzeptables hören.

Daß Gesangsjurys schon mal enthusiastischer urteilen, zu dieser Vermutung könnten die hier oder da vielleicht reichlich streng beurteilten 3. Preisträger in den übrigen drei Wettbewerbskategorien Kammermusik mit Klavier, Holzbläser und Kontrabaß Anlaß geben. Das Grüneburg-Trio rangierte mit Brahms' C-Dur-Trio wohl doch vor dem Beethoven-Trio (Mozart KV 502). Und auch die Instrumentalisten, der Kontrabassist Enno Senft mit einem Bottesini-Konzert, der Fagottist Stephan Rüdiger und der Flötist Michael Faust jeweils mit Mozart-Konzerten, gaben zu mehr als nur Hoffnungen Grund.

Man sieht also beim Deutschen Musikwettbewerb optimistisch in die Zukunft. Auszehrung droht offenbar weder personell noch finanziell. Dennoch faßt man eine Neustrukturierung mit dem Ziel besserer Koordination der Förderstufen ins Auge. Verbessert werden soll auch die Anschlußsituation. Richtig interessant werden die Preise ja erst, wenn sich daran Konzertauftritte und Engagements anschließen. Für die Sänger war immerhin ein Beobachter der Zentralen Bühnenvermittlung Frankfurt bei allen Durchgängen dabei. Angemessen stolz war man darauf: Zum ersten Mal saß mit Gottfried Schneider ein früherer Preisträger in der Jury.

DIETER SCHÜREN

Tübingen: Kurt Bartschs „Hedwig" uraufgeführt

Liebe im Schweinestall

Im Theater riecht es durchdringend nach Schweinestall. Auf offener Szene zwei Schweine und zwei Menschen: ein Liebespaar, die Stallmagd Hedwig und der Knecht Leopold. Die Szene spielt auf dem Landgut des Barons von Kalb in Preußen. Aufgeführt wird das Ganze im Landestheater Tübingen. Autor des Stückes „Hedwig" ist Kurt Bartsch, ein „DDR"-Autor mit Dauervisum, der seit 1980 in West-Berlin lebt; er hat sich durch mehrere Lyrikbände einen Namen gemacht. Was er uns nun als Lustspiel verkaufen möchte, verdient den Namen leider nicht. Es ist ein trostloses Stück und bleibt es erst recht in der Tübinger Uraufführung: ein Flop. Bartsch kann in seiner Lyrik zarte bis derbe, ironische Texte schreiben. Plump und vulgär dagegen geht's in „Hedwig" zu.

Das Stück spielt im alten Preußen von 1813. Die Stallmagd Hedwig (Susanne Kraus) ist geliefert: Der Knecht (Martin Schleker) hat ihr ein Kind gemacht. Beiden droht im angeblich spießigen Preußen der Rausschmiß; und mit Kind wären sie anderswo gleich ganz ohne Chancen. Also steigt Hedwig mit dem Sohn des Barons ins Bett. Der soll Kindesvater werden. Das Geld, das man zu erpressen hofft, könnte vielleicht zum Überleben reichen. Den Baronseltern ist erstaunlicherweise alles recht. Hauptsache, ihr in der Schlacht bei Jena und Auerstedt verwundetes Baronssöhnchen heiratet eine reiche französische Adelige. Denn die Familie ist total pleite. Aber es stellt sich bald heraus, daß auch die Französin bankrott ist. Zum Schluß wird die bisherige Stallmagd beinahe zur Revolutionärin; sie rennt jedenfalls mit einer Jakobinermütze bedrohlich auf der Bühne herum. Dazwischen wird geprügelt und ordinärster sprachlicher Slapstick betrieben.

Vor dieser Art von angeblich preußischer Geschichtsaufbereitung durch ehemalige „DDR"-Autoren möge uns hinfort der Himmel bewahren. Schon Hartmut Lange und andere haben es versucht. Trostlosigkeit und Langeweile, verstärkt durch eine kraftlose Inszenierung (Peter Kock), zudem in einem Bühnenbild, das sich nicht zwischen Schweinestall und herumstehenden Särgen entscheiden kann, schlampige Schauspielerei und letztlich eine jämmerliche Textvorlage, das ist weniger als halbherzig, das taugt nicht für die Bühne.

CHRISTIAN ANDREE

Braunschweig: „Niederländische Stilleben" von Breughel bis van Gogh im Anton-Ulrich-Museum

Nicht das Essen, die Tische sind angerichtet

Wer in der niederländischen Stillebenmalerei des 17. Jahrhunderts nur enges, aufgespaltenes Spezialistentum am Werke sieht, verkennt leicht die Gattung als Ganzes. In der inneren Vielfalt ihrer Formen und Sinnordnungen stellt sie eine eigene, aber keineswegs beschränkte Welt vor Augen. Um diese Einsicht bemüht sich die von der Amsterdamer Kunsthandlung P. de Boer initiierte und von Sam Segal konzipierte Ausstellungsfolge, die mit „Blumenmalerei" begann und mit „Früchtestillleben" fortgesetzt wird.

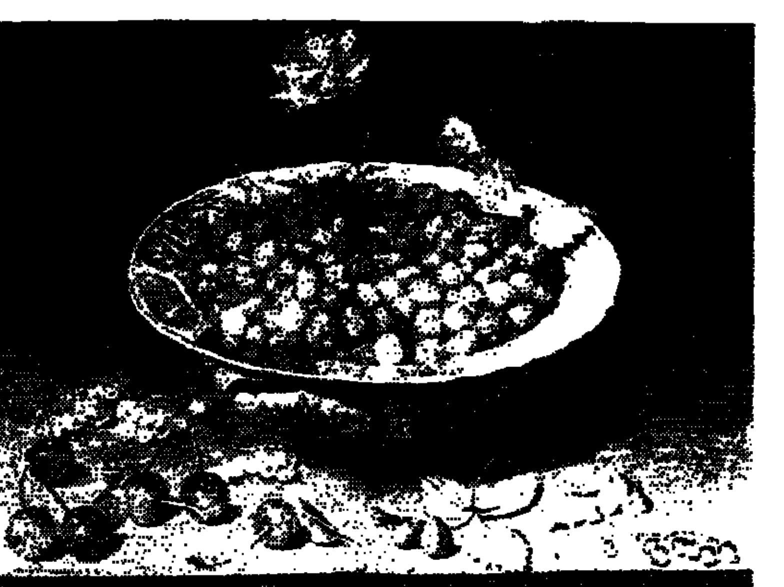
Unter dem Titel „Niederländische Stilleben – von Breughel bis van Gogh" ist sie jetzt im Braunschweiger Herzog-Anton-Ulrich-Museum zu sehen, das als eine der ältesten Sammlungen niederländischer Malerei mehr als nur den äußeren Rahmen dazu liefert.

Als eigener Typus tritt das holländische Früchtestilleben gleich nach 1600 auf. Aus flämischer Tradition sich lösend, haben sich die Haarlemer Meister Floris van Dijck und Nicolaes Gillis ihre properen Tische selber gedeckt und mit Früchten und Gefäßen ausgestattet – „angerichtete Tische" lautet das Fachwort – ebenso wie danach Pieter Claesz seine „Bankettchen" oder die Utrechter Bosschaert-Schule ihre Früchteteller. Kunstgeschichtliche Rückverweise auf die monumentalen, üppigen Markt- und Küchenstücke etwa Joachim Beuckelaers schärfen in der Ausstellung nur den Blick für das Neue in Holland: die Kostbarkeit des Schlichten, die Bedeutung des in der Stille Existierenden. „Niet hoe veel, maar hoe eel" – „nicht wieviel, sondern wie edel", lautet eine Devise.

In den Südniederlanden, in Antwerpen, arbeiten bald viele kleinere Meister parallel zu den Holländern. Eine wesentliche Trennung zwischen Nord und Süd wird erst wieder durch die allmächtige Rubens-Schule bewirkt. Hier fehlt der Ausstellung leider eins der charakteristischen Hauptwerke Frans Snyders, der erneut das Großartige und pathetisch Bewegte suchte.

Der flämischen Richtung wächst in Holland der berühmte Jan Davidsz de Heem entgegen, der auch nach Antwerpen gehen und dort seine „Prunkstilleben" schaffen wird. Ihr atemberaubender Luxus überblendet die reineren und stilleren Tugenden der älteren Haarlemer Schule.

Doch durch Willem Kalf, den Antipoden de Heems, werden sie malerisch wiederbelebt. Mit dem an Rembrandt erinnernden Leuchten und Glühen seiner Farben aus dem Tiefdunkel wird eins der schönsten und letzten Worte des holländischen Stillebens gesprochen. Danach erfolgt mit den Dekorationsstücken Jan Huysums der Umbruch in die farbenhelle Fläche des Rokoko.



Statt Menge Erlesenheit: „Früchtestilleben" von Jacob van Hulsdonck (1582–1647), aus der Braunschweiger Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Gemälde stammen in der Mehrzahl aus Privatsammlungen. An ihrer Qualität freuen sich Liebhaber ebenso wie Kenner, denen hier manches neue oder nur aus der Literatur bekannte Werk zur Anschauung gelangt. Auch die Museen profitieren von den Informationen, die hier vom Kunsthandel und den (oft verschlossenen) Privatsammlungen geliefert werden.

Wissenschaftliches Gewicht dokumentiert der von Dr. Segal verfaßte Katalog, der freilich hauptsächlich auf ikonographischen Symbolstudien aufbaut. Doch wird dem Atuor wohl das Unbefriedigende in dem Verfahren bewußt, nur mechanisch jeden Apfel, jeden Pfirsich auf die weiche Stelle eines „Symbolwerts" abzutasten und daraus das Bild wie ein Bedeutungspuzzle zusammenzusetzen. Als Kunstwerke teilen sich diese Stilleben nicht in zwei Ebenen, in eine realistische und eine bedeutende. Sie bilden von vornherein eine poetische Einheit, in der die tiefsinnigsten Gedanken um Leben und Vergänglichkeit, Sünde und Heil durch ihre Verschmolzenheit im Sinnlichen der natürlichen und künstlichen Dinge symbolische Bedeutung erlangen. Es sind die Augen, die sehen und verstehen lernen müssen (bis 21. Juli; Katalog: 30 Mark).

REINHARD LIESS

KULTURNOTIZEN

Frankreichs letzte beiden großen Zirkusse, Pinder und Jean Richard, haben Konkurs angemeldet.

Heinz Reincke, der aus Kiel stammende Wiener Burgschauspieler, erhält heute den Kulturpreis 1983 der Stadt Kiel.

„**Tierbilder** aus vier Jahrtausenden", die Antiken der Sammlung Mildenberg, die zuerst in Berlin gezeigt wurden (s. WELT v. 5. 4.) sind vom 1. Juli bis 25. September auf Schloß Wilhelmshöhe in Kassel zu sehen.

Den Sickingen-Kunstpreis des Landkreises Kaiserslautern (10 000 Mark) ist dem Mainzer Bildhauer Eberhard Linke zuerkannt worden.

Die sowjetischen Behörden haben der französichen Rock-Gruppe „Space" nach anfänglichem Verbot doch die Einreise zu einer Konzerttournee genehmigt.

„Themis“ zwingt die Sonne ins Stromnetz

v. K. Paris

2,5 Millionen Watt Strom täglich erzeugt dieses erste französische Sonnenkraftwerk „Themis“, das jetzt in den Ostpyrenäen den Betrieb aufnahm. Das 100-Millionen-Mark-Projekt ist eines von weltweit sieben Kraftwerken, das seinen Strom direkt aus dem Licht der Sonne bezieht. Sein Standort in einem 1600 Meter hoch gelegenen Tal nahe den Touristenzielen Andorra, Font Romeux und Perpignan erweist sich mit einer durchschnittlichen jährlichen Sonneneinstrahlung von 2500 Stunden – das sind 1000 Stunden mehr als in Bonn – als ideal.

Viele Fachleute sind davon überzeugt, daß die Sonne als Energiequelle eine der Möglichkeiten ist, welche die Menschheit von ihren Versorgungsalpträumen in Zeiten versiegender Erdölströme und des Streits um die Atomkraft befreien könnte. „Themis“ bezieht seinen „Rohstoff“, das Licht der Sonne, aus einer Reihe von 200 Flachspiegeln, die halbkreisförmig um einen 104 Meter hohen Turm installiert sind und das Licht auf einen Empfänger an der Turmspitze reflektieren. Dieser wandelt die Licht-Photonen in Wärme um. FOTO: GAMMA/STUDIO X



Frankfurt testet die ersten Karten-Telefone

Mk. Bonn

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling hat gestern per Ferngespräch mit seinem Luxemburger Amtskollegen Josi Barthel das erste Karten-Telefon in Frankfurt eingeweiht. Bei dem neuen Fernsprecher, von dem 27 Exemplare über die Frankfurter Innenstadt verteilt wurden, braucht der Benutzer keine Münzen mehr. Die Gebühreneinheiten werden von einer Telefon-Karte abgebucht, die in vier Verkaufsstellen erhältlich ist. Für zehn Mark gibt es eine Karte mit 45, für 20 Mark eine mit 92 Gebühreneinheiten, was eine Ermäßigung von bis zu 8,5 Prozent bedeutet. Die Gebühreninformationen sind in die Karte eingeprägt. Nach einem optischen Verfahren werden sie abgelesen und automatisch um die verbrauchten Gebühreneinheiten vermindert. In anderen Städten sollen weitere Karten-Systeme erprobt werden. Später will die Post entscheiden, welches System sie einführen will und in welchem Umfang Karten-Telefone neben den Münzfernsprechern installiert werden sollen. Ideal wäre, so Schwarz-Schilling, eine universell einsetzbare Karte – nicht nur zum Telefonieren, sondern auch zum Bezahlen anderer postalischer Dienstleistungsangebote.

SPAS 01 macht sich morgen selbständig

Erster wiederverwendbarer Satellit feiert Premiere

KLAUS WOHLT, Bonn

Sally Ride, erste Amerikanerin im Weltraum, wird morgen an Bord des Raumtransporters Challenger eine weitere Premiere absolvieren: Mit dem Manipulator-Arm des Raumtransporters wird sie zum erstenmal einen Satelliten, den in der Bundesrepublik Deutschland gebauten SPAS 01 (Shuttle Palett Satellite), aussetzen und ihn nach acht Stunden wieder „einfangen“. In dieser Zeit wird sich Challenger bis zu 300 Meter von seinem Trabanten entfernen und dabei von den Kameras an Bord von SPAS gefilmt und fotografiert.

SPAS 01, mit einem Gewicht von 1500 Kilogramm und den Maßen 1,50 mal 4,80 mal 3,40 der größte bisher in Europa gebaute Satellit,



Mit einem langen Greifarm wird Spas 01 ausgesetzt und wieder eingefangen FOTO: MBB

ist gleichzeitig Vorläufer einer Familie von Trabanten, die vom Raumtransporter ins All ausgesetzt und nach Erfüllung ihrer Aufgabe wieder eingesammelt werden. Vorerst freilich ist das nur in jenen Umlaufbahnen möglich, die der Space Shuttle erreicht, also in etwa 300 Kilometer Höhe.

SPAS 01 ist für etwa 35 Millionen Mark vom deutschen Luft- und Raumfahrt-Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm ohne öffentlichen Auftraggeber entwickelt worden. Während sonst die Raumfahrttechnik in andere irdische Bereiche ausstrahlt, gingen die MBB-Ingenieure den umgekehrten Weg: Um Kosten zu sparen, verwendeten sie beispielsweise für die Struktur Rohre aus Kohlefasern, wie sie als Masten für Windsurf-Bretter benutzt werden, Taucherflaschen für die Aufnahme des Treibgases für die Lageregelung und Positionslampen von Flugzeugen für das Rendezvousmanöver beim Einfangen des Satelliten.

Während des achtstündigen Freifluges werden fünf Experimentalanordnungen unter anderem vergleichende Messungen vornehmen. So interessiert die Wissenschaftler zum Beispiel, wie stark der Laderaum des Raumtransporters mit Gaspartikeln verschmutzt ist im Vergleich zu den Bereichen in 300 Meter Abstand.

Im Satelliten wird es zudem während des Freifluges heiß hergehen: Bis auf 345 Grad Celsius werden Materialproben in zwei Experimentalkammern erhitzt und die Kristallbildung beim Erkalten beobachtet. Im Gegensatz zum Space Shuttle, der wegen seiner Masse von etwa 60 Tonnen noch eine wenn auch geringe Schwerkraft erzeugt, kann dieses Phänomen an Bord von SPAS vernachlässigt werden; die Versuchsbedingungen entsprechen der völligen Schwerelosigkeit.

Nach der Landung von Challenger in Florida, die für Freitag mittag vorgesehen ist, kann der Satellit ausgebaut und für künftige Flüge mit anderen Versuchsanordnungen bestückt werden. MBB will ihn kommerziell als Experimentalträger anbieten. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa jedenfalls hat den Deutschen einen Teil der Startkosten diesmal erlassen, da sie den Satelliten als eine Art Versuchskaninchen für die Arbeit mit dem Manipulator-Arm benutzt.

An einem Nachfolger für SPAS 01 wird in Europa schon gearbeitet: Eureca nennt die europäische Raumfahrtagentur Esa die geplante freifliegende Plattform, die etwa doppelt so schwer sein wird wie der deutsche Satellit. Sie wird etwa 1986/87, ebenfalls mit dem Raumtransporter, ins All getragen, soll dort freilich erheblich länger selbständig arbeiten: Bis zu sechs Monate wird Eureca auf sich allein gestellt im Weltraum operieren.

Nur für kurze Zeit, dafür aber sehr viel weiter vom Raumtransporter entfernt, soll spätestens 1986 ein Satellit arbeiten, den die Italiener in enger Zusammenarbeit mit den USA entwickeln: Er wird an einem vorerst bis zu 60 Kilometer langen Seil aus der Kunstfaser Kevlar in Richtung Erde hinabgelassen oder in höhere Umlaufbahnen gebracht und nach getaner Arbeit mit einer Winde wieder geborgen.

Eine neue „Blechlibelle“ für die Polizei

PETER SCHMALZ, München

Unbemerkt von den Autofahrern drunten auf der Salzburger Autobahn lief gestern nachmittag am weißblauen bayerischen Himmel eine Premiere ab, in die deutsche Flugzeugkonstrukteure große Hoffnungen setzen: Bayerns Innenminister Karl Hillermeier übernahm den ersten Polizeihubschrauber der neuen Serie BK 117 und zog eine große Ehrenschleife über der dichtbefahrenen Autobahn.

Wie schon 1970, als die bayerischen Gesetzeshüter den ersten deutschen Polizeihubschrauber vom Typ BO 105 übernahmen, nutzten Hillermeiers Beamte auch diesmal den Platzvorteil und sicherten sich die erste der neuen weißgrün lackierten „Blechlibelle“ des Münchner Flugzeugkonzerns MBB.

„Die Maschine bringt der Polizei erhebliche Vorteile“, lobte der Minister den über 2,5 Millionen Mark teuren Helikopter. Er faßt mit der sogenannten Engbestuhlung neben den beiden Piloten neun Mann und kann im Gegensatz zum kleinen Bruder BO 105 nun auch als flinker Mannschaftstransporter eingesetzt werden. Hillermeier: „Beim Kampf gegen Schwerstverbrecher können damit Spezialeinheiten rasch zum Einsatzort gebracht werden.“

Die Maschine ist das Kind einer deutsch-japanischen Vernunftehe: Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), das von der selbst produzierten BO 105 weltweit über 1200 Maschinen verkaufte (darunter 312 an die Bundeswehr vor allem zur Panzerabwehr und eine an die Feuerwehr von Tokio), hat für die neue Generation das japanische Unternehmen Kawasaki als Partner gefunden. „Wir haben uns Entwicklung und Fertigung 50 zu 50 geteilt“, sagte gestern eine Münchner Firmensprecherin. Rotorsystem, Steuerung und Kufen sind made in Bavaria, die Elektronik und die Zelle stammen aus Japan.

Den Bayern bringt die Kooperation mit Kawasaki erhebliche Marktvorteile: Konnten sie mit ihrer bisherigen Maschine in Europa, Afrika und in den USA gut landen, so blieb ihnen der Vorstoß in den asiatischen Raum bisher verwehrt. Da sollen die Japaner nun für Abhilfe sorgen, die bisher australische Hubschrauber in Lizenz herstellten und über ein geeignetes Vertriebs- und Wartungsnetz verfügen. Bei MBB hofft man deshalb, vom BK 117 (B für Bölkow und K für Kawasaki) mehr als 2000 Stück verkaufen zu können.

In der MBB-Entwicklungsabteilung wird bereits am nächsten Produkt getüftelt: Ein neues Rotorsystem aus Kunststoff, das leichter, billiger und wartungsfreundlicher ist.

Neue Untersuchung verstärkt Zweifel am Selbstmord Calvis

Wurde der „Bankier Gottes“ doch ermordet? / Experten decken Widersprüche auf

FRITZ WIRTH, London

Vor genau einem Jahr entdeckten Spaziergänger die Leiche von Roberto Calvi, des Präsidenten der „Banco Ambrosiano“, unter der Blackfriars Bridge von London. Der Augenschein ließ vermuten, daß der 62jährige Calvi, den man wegen seiner engen Verbindungen zum Vatikan auch den „Bankier Gottes“ nannte, sich erhängt hatte. In seinen Kleidern wurden Ziegelsteine gefunden, die den Selbstmord offensichtlich beschleunigen sollten.

Seit einer Woche wird im Gerichtshof des Leichenbeschauers der City of London dieser Tod in allen Einzelheiten rekonstruiert. Dieser Gerichtshof entscheidet nicht über Schuld und Unschuld am Tode Calvis. Seine einzige Aufgabe und Befugnis ist es, die Todesart und die Todesursachen des Mailänder Bankherren zu ermitteln.

Ursprünglich hatte ein Londoner Leichenbeschauer das Verdikt „Tod durch Erhängen“ abgegeben. Auf Einspruch der Familie des Bankers erklärte das britische Hochgericht dieses Verdikt jedoch für ungültig und setzte eine neue Untersuchung an. Die Familie Calvis hat keine Zweifel: Für sie steht es fest, daß Roberto Calvi vor einem Jahr ermordet wurde.

Es gab in der letzten Woche eine Reihe dramatischer Erklärungen und Szenen im Londoner Gerichtshof. So berichtete der Londoner Rechtsanwalt Clarks, der im Auftrag eines Schweizer Geschäftsmannes namens Kunst vor einem Jahr die Reise Calvis nach London mit arrangiert hatte, Kunst habe ihm anvertraut, daß „wichtige Vatikan-Interessen hinter der geheimen Reise Calvis nach London stünden, und daß die italienische Regierung hätte stürzen können, wenn diese Reise nicht zustande gekommen wäre“.

Einer der Begleiter Calvis war seiner Zeit der italienische Kaffeeschmuggler Silvano Vittor, der Leibwächter des Bankers, der in der Nacht, in der Calvi zu Tode kam, mit dem Banker in der gleichen Wohnung in Chelsea lebte. Vittor war wenige Stunden, nachdem der Tod Calvis bekannt geworden war, nach Österreich geflogen, ohne Kontakt mit der britischen Polizei aufzunehmen. Vittor hatte bisher vom Londoner Leichenbeschauer nicht verhört werden können, weil er sich in Italien in Haft befand



Viele Fragen ohne Antwort führten zu einer neuen Untersuchung seines Todes: Roberto Calvi. FOTO: DPA

Zweifel am Selbstmord Calvis wurden durch die Aussagen eines Experten der Londoner Wasserbehörde und des Pathologen Professor Simpson geweckt, der die Leiche Calvis sieben Stunden nach der Auffindung untersuchte. Nach Aussagen des Experten der Wasserbehörde hätte die Leiche Calvis, wenn der Tod durch Erhängen wirklich in den frühen Morgenstunden eingetreten sei, in den folgenden fünfeinhalb Stunden, bis sie gefunden wurde, nahezu vollständig von der steigenden Flut erfaßt werden müssen. Die Untersuchung jedoch ergab, daß nur die Beine Calvis zur Hälfte vorübergehend mit dem Wasser in Berührung kamen.

Rechtsanwalt Carman, der die Interessen der Familie Calvi in dieser Untersuchung vertritt, diskutierte dann mit Professor Simpson die von ihm verfochtene Mordtheorie: „Ist es nicht bizarr“, fragte er, „daß ein so schwergewichtiger Mann wie Calvi mit Ziegelsteinen in den Hosen eine enge Leiter herunterklettert, sich über ein Baugerüst zwängt, um sich aufzuhängen?“

Professor Simpson fand dies nicht unbedingt bizarr, aber schwierig. Als Carman ihm als Alternative die Theorie anbot, daß drei Männer Calvi betäubt, ihn in einem Boot zur Blackfriars Bridge gebracht und dort aufgehängt haben könnten, entgegnete Simpson: „Ich kann diese Möglichkeit nicht ausschließen, doch ich habe am Körper Calvis nicht die geringsten Spuren von Gewaltanwendung durch Dritte finden können.“ Das Verdikt der Geschworenen in diesem Verhör wird zum Wochenende erwartet.

LEUTE HEUTE

Rezepte

Es gibt sie, die guten und langen Ehen von Hollywood-Stars – es wird nur selten darüber gesprochen. Eine von ihnen führt **Kirk Douglas**. Er feierte jetzt mit seiner aus Frankreich stammenden Frau **Anne** den 30. Hochzeitstag. Nach seinen Rezepten für eine glückliche Ehe gefragt, verriet Douglas zwei: „Die Liebe“ und „Bei uns zu Hause ist keiner der Chef ...“

Leitender Posten

Die amerikanische Verlegerstochter **Patricia Hearst** (29) scheint rund zehn Jahre nach ihrer Entführung durch Terroristen der „symbionischen Befreiungsarmee“ endgültig Frieden mit ihrer Familie geschlossen zu haben. Ihr Vater **Randolph Hearst** hat ihr einen leitenden Posten im New Yorker Verlagshauptquartier übertragen. Sie wird bereits im nächsten Monat zusammen mit ihrem Mann **Bernard** und ihrer zweijährigen Tochter **Gillian** von San Francisco nach New York umziehen und im Verlag die Leitung der Abteilung Betriebssicherheit übernehmen.

Alkohol-Job

Gerard Depardieu, nicht erst seit dem letzten Festival von Cannes einer der erfolgreichsten und populärsten Schauspieler Frankreichs, glaubt auch wieder ohne den Erfolg, ja den Job leben zu können. Auf die Frage, was er denn machen würde, verschwände er wieder in der Versenkung, erklärte er schlicht und ergreifend: „Ich würde Alkoholiker, oder besser Barkeeper – wegen des Kontakts zu Menschen. Vielleicht aber auch einfach Nomade wie vorher.“

Großstadt-Denker

Während auch mittelmäßige Dichter und Denker für ihre Werke meist die Abgeschiedenheit wählen, braucht die französische Schauspielerin **Nicole Calfan** eher das Gegenteil. Ihren ersten Roman schrieb sie jetzt in ihrem Pariser Appartement am Boulevard Flandrin. „Um zu denken“, sagt sie, „brauche ich den Krach der Großstadt.“

Gegen TV-Kinderwerbung

SAD, Washington

Das amerikanische Aktionskomitee „Kinderfernsehen“, das Amerikas Kinder und Jugendliche vor dem Werbefernsehen schützen will, hat jetzt gefordert, daß bei Werbespots für Kinder ein elektronisches Signal ausgestrahlt wird, das den Bildschirm für die Dauer des Spots „schwärzt“. Voraussetzung ist ein Zusatzgerät am TV-Apparat.

Wahrscheinlich 250 Tote

AFP, Moskau

Bei dem schweren Schiffsunglück auf der Wolga Anfang des Monats sind mindestens 250 sowjetische Ausflügler ums Leben gekommen. Mehr als 100 wurden verletzt. Dies erklärte gestern ein sowjetischer Augenzeuge dem AFP-Büro in Moskau. Die genaue Bilanz der Opfer wurde offiziell nicht bekanntgegeben.

Millionenschaden

dpa, Dorsten

Vermutlich durch Brandstiftung ist in einem Quarzwerk in Dorsten (Kreis Recklinghausen) in der Nacht zu gestern ein Gebäudeschaden von rund zwei Millionen Mark entstanden.

Computer für Krebsdiagnose

SAD, Tokio

Japanische Wissenschaftler haben ein computergesteuertes Analysegerät entwickelt, mit dessen Hilfe menschliches Zellmaterial genauer und doppelt so schnell wie bisher auf Krebs untersucht werden kann. Das Gerät registriert bei den Zellen feinste Helligkeitsunterschiede, die auf krankhafte Zellen deuten.

Fünf Opfer bei Busunglück

AP, Péronne

Bei einem Busunglück in Nordfrankreich sind gestern morgen fünf Menschen ums Leben gekommen, 15 weitere erlitten Verletzungen. Nahe Péronne, rund 140 Kilometer nördlich von Paris, war ein Reisebus mit einem Lastwagen zusammengestoßen.

Unwetter in Georgien

AP, Moskau

Die kaukasische Sowjetrepublik Georgien ist am Freitag wieder von einer schweren Unwetterkatastrophe heimgesucht worden, bei der bis zu 300 Gramm schwere Hagelkörner fielen. Im Osten Georgiens wurden die Wein-, Obst- und Gemüseernte vernichtet. Rinder und Schafe kamen zu Tausenden um. Es war das dritte verheerende Unwetter in Ostgeorgien innerhalb von zwei Wochen.

Stripper-Kongreß

AFP, Las Vegas

Mehrere Dutzend amerikanische Stripteasetänzer und -tänzerinnen haben am Wochenende in Las Vegas über Vergangenheit und Zukunft ihres Berufs debattiert. Heißes Thema auf dem Kongreß der Entkleidungskünstler waren die Berufsaussichten des Gewerbes, die als trübe betrachtet werden.

Selbstwähldienst erweitert

AP, Bonn

Von sofort an kann man von der Bundesrepublik Deutschland aus in 42 zusätzliche Ortsnetze der „DDR“ ohne Vermittlung des Fernmeldeamtes telefonieren. Zu den größeren Städten, die von dieser Erweiterung betroffen sind, gehören Dessau, Meißen, Wittenberg und Zittau.

Butler in Beugehaft

AP, Köln

Das Kölner Landgericht ordnete gestern gegen einen 45 Jahre alten Butler des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der 1974 zusammengebrochenen Herstatt-Bank, Hans Gerling, eine zweitägige Beugehaft an. Der Hausangestellte verschweigt nach Überzeugung des Gerichts wahrheitswidrig den gegenwärtigen Aufenthaltsort seines Arbeitgebers, der als Zeuge vor Gericht gesucht wird und zwangsweise vorgeführt werden soll.

WETTER: Warm und sonnig

Wetterlage: Das Hoch mit Schwerpunkt über der Nordsee ändert seine Lage und Intensität wenig, so daß die Zufuhr trockener und warmer Festlandsluft anhält und auch im Alpenvorland sich durchsetzt.



Vorhersage für Dienstag:

Gesamtbundesgebiet: Südlich der Donau anfangs noch wolkig, im Tagesverlauf auch dort zunehmende Aufheiterungen. Höchsttemperaturen dort um 23 Grad. Im übrigen Bundesgebiet sonnig und sehr warm mit Höchstwerten um 28 Grad. Nachts Abkühlung auf 18 bis 13 Grad. Nachts schwacher, am Tage mäßiger, zeitweise böig auffrischender Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten:

Allgemein wolkenarm und trocken.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	32°
Bonn	24°	Kopenh.	22°
Dresden	19°	Las Palmas	21°
Essen	21°	London	17°
Frankfurt	22°	Madrid	19°
Hamburg	24°	Mailand	18°
List/Sylt	23°	Mallorca	25°
München	14°	Moskau	20°
Stuttgart	19°	Nizza	21°
Algier	21°	Oslo	23°
Amsterdam	21°	Paris	22°
Athen	24°	Prag	17°
Barcelona	22°	Rom	22°
Brüssel	20°	Stockholm	18°
Budapest	17°	Tel Aviv	29°
Bukarest	22°	Tunis	24°
Helsinki	19°	Wien	16°
Istanbul	25°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.05 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 18.53 Uhr, Untergang: 3.34 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Auch Europäer hungern, wenn der Prophet es will

PETER M. RANKE, Beirut

Im Beiruter Moslemviertel Musseitbe hockt der Straßenfeger Hadsch Mustafa unwillig und hungrig im Schatten. Straßenhändler und Geschäftsleute verkaufen nichts zu essen, nichts zu trinken. Noch nicht einmal Bananen oder trockenes Sesamgebäck gibt es. „Es ist Ramadan“, stöhnt Hadsch Mustafa, „ausgerechnet in der heißesten Zeit des Jahres.“

In der gesamten moslemischen Welt wird zur Zeit nur mit halber Kraft gearbeitet. Der Fastenmonat Ramadan vom 11. Juni bis 9. Juli ist eine harte Prüfung – und das nicht nur für Moslems. Auch Europäer oder Amerikaner sind angehalten, am Tage in der Öffentlichkeit nicht zu rauchen, nicht zu trinken oder zu essen – von Marokko bis Persien, von Ägypten bis Pakistan und Indonesien. In Saudi-Arabien können Ausländer, die gegen die Fasten-Regeln verstoßen, sogar sofort ausgewiesen werden.

Im heiligen Monat Ramadan, dem 9. nach dem islamischen Mondkalender, empfing der Prophet Mohammed in der Steinwüste bei Mekka die ersten göttlichen Offenbarungen. Daher gebietet der Islam, daß es in den vier Wochen keinen Unterschied zwischen arm und reich geben darf, alle sollen fasten und in sich gehen. Erst in der Nacht, wenn man einen schwarzen Faden nicht mehr von einem weißen unterscheiden kann und wenn Böllerschüsse das Ende des täglichen Fastens verkündet haben, beginnen die großen Essen, die Familienfeiern bis früh in den Morgen.

Häuser und Gärten stehen auch fremden Gästen offen

Der Ramadan ist bei allem Ungemach auch noch ein teurer Monat. Denn zu keiner Zeit wird nachts so viel und so gut gegessen und getrunken. Das festliche Abendessen, „Iftar“ genannt, ist nicht nur eine soziale Pflicht den Armen gegenüber. Geschäftsleute, Regierungsbeamte, Politiker – alle müssen viele Iftar für ihre Angestellten und Freunde geben. Häuser und Gärten stehen dann auch fremden Gästen offen, und man begrüßt einander freudig mit „Ramadan Kerim“ – gelobt sei Ramadan.

Aber in der Eisenhütte von Heluan am Nil, in einer staatlichen Kunststoff-Fabrik bei Algier oder in den Banken der Golfstaaten findet man nicht nur Lob für die Fastenzeit. Die Manager klagen: Die Leute kommen übermüdet zur Arbeit, die Banküberweisungen brauchen jetzt Wochen, die Bürokratie schläft vor sich hin. Die Verkehrsunfälle mit dösenden Fahrern häufen sich. Mit dem modernen Wirtschaftsleben, das die moslemische Welt doch anstrebt, ist der Ramadan nicht zu vereinbaren. Doch wegen der islamischen Orthodoxie wird er strenger denn je befolgt.

Von der Abschaffung des Fastenmonats kann daher keine Rede sein, im Gegenteil. Nicht einmal die Ägypter gehen dazu über, den genauen Beginn des Ramadan nach genauen Berechnungen der Astronomen festzulegen. So hatte man sich in diesem Jahr mit den Astronomen zwar auf den 12. Juni als Beginn geeinigt, aber was geschah? Zwei fromme Rechtsgelehrte in Saudi-Arabien sahen die schmale Sichel des neuen Mondes schon am Abend des 11. Juni, und daher mußten auch die Ägypter die Fastenzeit einen Tag vorverlegen. Jetzt leiden sie einen Tag länger ohne trinken, essen oder rauchen – und auch ohne Bad oder Geschlechtsverkehr am Tage.

Frommsein fällt schwer in trockener Sommerhitze

Politiker und Geschäftsleute im Westen schieben Besprechungen und Reisen in die moslemische Welt tunlichst auf: Nach Ramadan beginnt Mitte Juli das kleine „Beiram“-Fest, das etwa eine Woche dauert. Und dann ist sommerliche Ferienzeit, die Schulferien haben z. B. in der arabischen Welt schon überall begonnen. Dann klappt auch nichts mehr, die Gesprächs- und Verhandlungspartner sind meistens verreist.

Einziger Trost: In ein paar Jahren fällt der Ramadan wieder in die Frühjahrs- und Winterzeit und Frommsein fällt wieder leichter als in der trockenen Sommerhitze.

(SAD)

ZU GUTER LETZT

„Neu in Berlin: Schneller Wohnen.“ Anzeige in Berliner Zeitungen

